

vom Ratsbüro genehmigt
am: 20. Dezember 2002
auf dem Zirkulationsweg

PROTOKOLL

der **17./18.** Sitzung
vom Dienstag, 10. Dezember 2002
1. Teil 16.00 - 18.00 Uhr
2. Teil 19.00 - 22.30 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube

Vorsitz: Iren Eichenberger (OeBS) Präsidentin 2002

Protokoll: René Gisler (Nichtmitglied)

StimmzählerIn: Wilhelm Hefti (SP) und Theres Brambrink (FDP)

Anwesend: von total 50 Mitgliedern:
Ratspräsidentin und 48 Mitglieder (1. Teil)
Ratspräsidentin und 48 Mitglieder (2. Teil)
5 Stadträte

Entschuldigt für die ganze Sitzung: Herbert Distel (CVP)

Entschuldigt für den Anfang der Sitzung: Christian Hablützel (SP)

**Traktandum 1 Voranschlag 2003 der Einwohnergemeinde SH einschl.
Leistungsauftrag/Globalbudget 2003 Pilotabteilungen Seite 559**

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

14.11.00	VdSR - Reorganisation des Museums zu Allerheiligen und Integration des Kulturdienstes	SPK
09.04.02	VdSR - Platzgestaltung Herrenacker	SPK
20.06.02	VdSR - Gesamthafte Überprüfung von Bauordnung u. Zonenplan	SPK
20.08.02	INTERPELLATION Thomas Neukomm (SP) - Überbauung Herrenacker Süd auf gutem Weg?	
20.08.02	INTERPELLATION Peter Möller (GB) - Erfahrungen mit Tempo-30-Zonen in der Stadt Schaffhausen	
22.08.02	MOTION Roland Schöttle (FDP) Neunützung der Militärunterkunft Breite	
03.09.02	MOTION Dr. Gertrud Walch (SVP) Teilrevision der städtischen Ruhegehaltsverordnung	
16.09.02	INTERPELLATION Peter Möller (GB) - Verwendungszweck von Wahrzeichen	
23.09.02	VdSR - Teilrevision von Art. 27 und 28 der Stadtverfassung, Erhöhung der Stellenkapazität im Stadtrat	SPK
05.11.02	VdSR Baurecht GB Nr. 8999 auf GB Nr. 8566, Fritz Happle 8200 SH, Vertragsänderung durch Flächenreduktion und Neubegründung für die Gesellschafter Bernhard Sigg, Jürg Tanner, Martin Tanner und André Tosi, 8200 SH.	GPK
12.11.02	MOTION Peter Neukomm (SP) Regelung der Abgaben der städtischen Werke	
12.11.02	VdSR - Vergabe der Parzelle GB Nr. 9260 "Rheinhalde" im Umfang von 892 m2 im Baurecht an Cornelia Süess und Nicolas Perrin, 8200 Schaffhausen	GPK
28.11.02	INTERPELLATION Alfred Zollinger (SVP) bzw. GPK Rahmen- bzw. Landschaftsplan "Herblingertal"	
28.11.02	INTERPELLATION Roland Schöttle (FDP) Kompetenzhoheit für die Veränderung von gültigen Bauzonenplänen im Industriequartier Herblingertal	

Kleine Anfragen von

Hüseyin Palaz (OeBS)	Sasag AG Digital Paketprogramm	10.09.02	13/2002
Peter Neukomm (SP)	Förderung des Wassersparens in der Stadt SH	22.10.02	14/2002
Peter Wullschleger (CVP)	Öffentliche Toilettenanlagen in der Stadt SH	05.11.02	15/2002
Urs Tanner (SP)	Bergier-Wanderausstellung nach Schaffhausen?	01.12.02	16/2002
Dr. Raphael Rohner (FDP)	Erneuerung bzw. Ergänzung der Museumsabteilung Industriegeschichte	06.12.02	17/2002

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE
**Traktandum 1 Voranschlag 2003 der Einwohnergemeinde SH einschl.
Leistungsauftrag/Globalbudget 2003 Pilotabteilungen**

Der Grosse Stadtrat heisst den **Leistungsauftrag/Globalbudget 2003 der 5 Pilotabteilungen** mit **48 : 0 Stimmen** gut.

Der Grosse Stadtrat heisst den **Voranschlag 2003 der Einwohnergemeinde SH bzw. die bereinigten Anträge der GPK** in der Schlussabstimmung mit **44 : 0 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Voranschlag für das Jahr 2003 wird genehmigt und gemäss Art. 11 lit. a der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.
2. Der Gemeindesteuerfuss wird auf 108 % festgesetzt und gemäss Art. 11 lit. b der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.
3. Die folgenden Ausgaben werden gemäss Art. 11 lit. d der Stadtverfassung einzeln dem fakultativen Referendum unterstellt:

	Fr.
Wiederkehrende Ausgaben der laufenden Rechnung:	
3480.365.303 Stiftung Sporthalle Schweizersbild Schaffhausen, Beitrag an die Betriebskosten	60'000.-
5490.365.514 Beitrag an Mittagstisch Bocksriet	30'000.-
5490.365.514 Beitrag an Mittagstisch Breite	30'000.-
5490.365.514 Beitrag an Mittagstisch Zündelgut	30'000.-
8400.365.915 Beitrag an Verein "SH total" für Bereitstellung der Infrastruktur Wohnortmarketing	30'000.--
Einmalige Beiträge der Investitionsrechnung:	
341.500.302 Schweizersbild; 3. Rasenspielfeld	400'000.-
620.501.615 Dorfkern Herblingen, Verkehrsberuhigungen	350'000.-

4. Der Stadtrat wird ermächtigt, die im Jahre 2003 benötigten fremden Mittel zu beschaffen.

Das bereinigte Budget 2003 ergibt in der **Laufenden Rechnung einen Aufwandüberschuss von Fr. 2'199'900.--**. Die **Investitionsrechnung** ergibt einen budgetierten **Mehraufwand von Fr. 12'280'800.--**.

Bemerkungen:

- Ein Antrag von Hans Ith (SVP), die Position 0300.307.001 - Teuerungszulage für Pensionierte analog dem Kanton zu streichen - Fr. 145'000.-- - unterliegt in der Abstimmung unter Namensaufruf mit 20 : 28 Stimmen bei 1 Enthaltung.
- Ein Antrag von Paul Bösch (OeBS), den Steuerfuss bei 109% zu belassen - unterliegt in der Abstimmung unter Namensaufruf mit 17 : 29 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

BEGRÜSSUNG

Ratspräsidentin Iren Eichenberger (OeBS) eröffnet die Ratssitzung mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der BesucherInnen auf der Tribüne.

MITTEILUNGEN der Ratspräsidentin:

Drei Ratsmitglieder haben sich bei ihr für eine persönliche Erklärung gemeldet.

Walter Hotz (FDP) persönliche Erklärung *

"Erlauben Sie mir als Kommissionsmitglied "Platzgestaltung Herrenacker" eine kurze persönliche Erklärung abzugeben.

Anläßlich unserer 6. Kommissionssitzung vom vergangenen Donnerstag hat uns der Kommissionspräsident mitgeteilt, daß der Stadtrat der Meinung sei, die festgefahrene Diskussion um die Platzgestaltung Herrenacker mit einer neuen Idee, nämlich mit einem neuen Brunnen, wieder ins Rollen zu bringen. Dies konnte die Öffentlichkeit auch am vergangenen Samstag aus der Tagespresse entnehmen.

Ich weise diese Aussage des Stadtrates entschieden zurück. Die Kommission hat an allen Sitzungen intensiv gearbeitet - und zwar mit all ihren politischen Interessengruppen.

Und es entspricht überhaupt nicht der Tatsache, daß wir mit unseren Diskussionen festgefahren sind. Im Gegenteil.

Wir bemühen uns, alle Ideen und Vorschläge, die uns bisher zugetragen worden sind, zu berücksichtigen - sofern dies möglich ist.

Daß der Stadtrat nun mit einer neuen Variante daher kommt, ist doch sehr fraglich; hat er doch einen Wettbewerb ausgeschrieben und die Mitglieder bestimmt für die Beurteilung der eingegangenen Projekte. Das Beurteilungsgremium hat sich für ein Projekt entschieden, über das die Kommission zu beraten hat.

Ich möchte Sie nur daran erinnern, daß die kleine Anfrage von Frau Theres Brambrink, die während der Kommissionsarbeit eingereicht wurde, in etwa so beantwortet wurde, daß die stadträtliche Vorlage nicht mehr in der Verfügungsgewalt des Stadtrates liege.

Lesen Sie bitte nochmals die Antwort des Stadtrates vom 11. September 2001 auf die kleine Anfrage von Frau Susanne Günter. Dabei ging es um die Frage, ob das Projekt noch angehalten werden kann. Ich zitiere die Antwort des Stadtrates: "Ein Stopp würde das Verfahren „Wettbewerb auf Einladung" und das Vorlageprojekt abrupt und kaum nachvollziehbar ins Stocken bringen. Wegen der Schnittstelle zum Parkhaus ist eine sog. „Denkpause" politisch nicht vertretbar." Ende des Zitats.

Zusammenfassend halte ich nochmals fest, daß es für mich inakzeptabel ist, wenn von stadträtlicher Seite via Presse die Kommissionsarbeit in Frage gestellt wird; übrigens über das gleiche Medium, das der Stadtrat vor ein paar Wochen noch "auf den Mond schießen" wollte - im Zusammenhang mit den Berichten über die Kündigung der Museumsdirektorin.

Was Sie nämlich, sehr geehrte Frau Stadträtin, meine Herren Stadträte mit ihrer Vorgehensweise bewirken, ist nach meinem Dafürhalten eine "Hüst und Hott-Politik".

Thomas Hauser (FDP) Erklärung im Namen der SPK *

"Ich möchte keine persönliche Erklärung, aber eine kurze Erklärung der Kommission "Platzgestaltung Herrenacker" abgeben.

Dabei entschuldige ich mich, dass Sie das Wesentliche bereits den Schaffhauser Nachrichten vom 7. Dezember entnehmen mussten, bevor Sie es hier aus erster Hand zu hören bekommen. Aber im Zusammenhang mit dem Plan des EXPO-Brunnens häuften sich bei mir die Telefonanrufe von allen Seiten - dies vor allem am vergangenen Freitag. So habe ich auch den Schaffhauser Nachrichten eine Stellungnahme abgeben, mit dem deutlichen Vermerk zwar, man dürfe diese erst im Anschluss an die heutige Sitzung veröffentlichen.

Mir wurde das zwar mündlich zugesichert - dann kam es anders. Ich bitte Sie nochmals um Entschuldigung.

Nun zur Kommissionserklärung: Die vorberatende Kommission war nach sechs Sitzungen mitten in der Detailberatung und kurz vor dem Abschluss der Kommissionsarbeit. Ins Stocken kam die Kommission dabei aber nie. Der Grund für die relativ lange Eintretensdebatte war der Wunsch, zuerst einmal die Bedürfnisse und die Nutzungsmöglichkeiten genau abzuklären. Dann kam während der Detailberatung auf einmal ein neuer Brunnen - "magie de l'énergie" der EXPO 2002 in Neuenburg ins Spiel. Obwohl die Kommission vom Stadtrat offiziell und schriftlich nie über diese Idee informiert wurde, hörte man in verschiedenen ständigen Kommissionen wie GPK und Verwaltungskommissionen der Werke von einer Kehrtwendung im Stadthaus. Gleichzeitig klopfen bei mir verschiedene Vertreter der Zünfte mit der Bitte an, diesen Brunnen in die Vorlage anstelle des geplanten Wasserspiels mit den kommunizierenden Brunnen und Stelen aufzunehmen.

Da aber eine vorberatende Kommission eine Vorlage des Stadtrates nicht abändern kann und die Kommission nicht weiss, wie ernst es dem Stadtrat mit diesem EXPO-Brunnen ist, beschloss die Kommission, die Arbeit zu sistieren oder einzustellen, bis der Stadtrat schriftlich erklärt, hinter welcher Variante er steht: Gestaltung des Herrenackers gemäss Vorlage oder nur noch EXPO-Brunnen mit Pflasterung des Platzes? Diese Antwort erwarten wir bis Ende Dezember. Am 13. Januar folgt dann die 7. Sitzung der Kommission. Dort werden wir mit höchster Wahrscheinlichkeit je nach Antwort des Stadtrates auf das Eintreten zurückkommen und die Vorlage via Stadtparlament an den Stadtrat zurückweisen oder wie geplant an der Vorlage im Detail weiter arbeiten.

Nun zum Abschluss muss man noch wissen, dass es mit dem Kauf des EXPO - Brunnens enorm pressiert. Dies mag auch ein Grund dafür sein, dass in den Medien eine gewisse Hektik oder Gier nach Informationen aufkam."

Stadtrat Kurt Schönberger persönl. Erklärung zum Thema Platzgestalt. H'acker *
"Namens des Gesamt-Stadtrates nehme ich zu den Feststellungen des Kommissionspräsidenten wie folgt Stellung:
Der SR hat an seiner heutigen Sitzung Kenntnis genommen vom Beschluss der Spezialkommission vom 5. Dezember 2002. Er wird der Aufforderung der Kommission nachkommen, und ihr die verlangte schriftliche Stellungnahme zukommen lassen. Und zwar so rechtzeitig, dass die nächste Sitzung der SPK vom 13. Januar 2003 stattfinden kann.

Gestatten Sie mir die nachfolgende kurze Erklärung, ohne indessen auf das Geschäft formell einzutreten, was, weil dieses heute ja nicht traktandiert ist, ohnehin nicht möglich ist.

Der Gesamt-Stadtrat wurde vom Baureferenten jeweils über den Stand der Dinge der Kommissionsberatungen orientiert. Eine Praxis, die wir im SR pflegen und die zwecks Orientierung der nicht beteiligten Mitglieder des Stadtrates sehr wertvoll ist. Dabei entstand der Eindruck, dass die Beratungen nicht mehr richtig vom Fleck zu kommen schienen. Zu viele Meinungen waren feststellbar, und zu knapp waren die jeweiligen Beschlüsse der Kommission in den durchgeführten Abstimmungen.

Und genau in diese Phase, meine Damen und Herren, kam der Vorschlag der Zünfte, die den Brunnen aus der Expo ins Spiel gebracht hatten. Der SR liess sich dieses Projekt vorstellen. Dabei kam er zum Schluss, dass deren Vorschlag für die Gestaltung des Herrenackers möglicherweise zu einer Entkrampfung der Situation beitragen könnte und deshalb prüfenswert sei. Und genau dies, und n u r dies, meine Damen und Herren, wollte der Stadtrat. Es war nie seine Absicht, damit eine Unsicherheit zu streuen. Vielmehr sah er im Vorschlag der Zünfte eine Chance, für die Stadt Schaffhausen zu einer auch politisch tragfähigen Lösung zu kommen; eine Lösung, die der Stadtrat zumindest geprüft und die Vor- und Nachteile dargestellt haben wollte. Und deshalb kam auch die Empfehlung des Baureferenten anlässlich der letzten Kommissionssitzung, einer Delegation der Zünfte in der SPK die Möglichkeit zu geben, das Projekt kurz vorzustellen. Die Kommission hat bekanntlich davon nicht Gebrauch gemacht.

Der SR wird sich zuhanden der vorberatenden Kommission also wunschgemäss und termingerecht schriftlich vernehmen lassen."

Termine pro Memoria:

Einladung des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartementes RR E. Meister zur **Info-Veranstaltung** zum **Reformprojekt "sh.auf"**
Mittwoch, 11. Dezember 2002, 16.30 Uhr in der Rathauslaube.

Die Ratspräsidentin verweist im weiteren auf eine Voranzeige der **alliance F** (Bund Schweiz. Frauenorganisationen) vom 8. Nov. 2002, welche die Politikerinnen zur **"Athena 2003"** vom **4. - 6. April 2003** ins Kongresshotel nach Fürigen einlädt.

Neu eingegangene Geschäfte:

28.11.02 INTERPELLATION Alfred Zollinger (SVP) bzw. GPK
Rahmen- bzw. Landschaftsplan "Herblingertal"

28.11.02 INTERPELLATION Roland Schöttle (FDP)
Kompetenzhoheit für die Veränderung von gültigen
Bauzonenplänen im Industriequartier Herblingertal

Diese beiden Vorstösse werden auf die Tagesordnung der nächsten GrSR-Sitzung gesetzt.

Kleine Anfragen:

Urs Tanner (SP)	Bergier-Wanderausstellung nach Schaffhausen?	01.12.02 16/2002
Dr. Raphael Rohner (FDP)	Erneuerung bzw. Ergänzung der Museumsabteilung Industriegeschichte	06.12.02 17/2002

Verhandlungsbereit sind durch die GPK folgende Geschäfte gemeldet worden:

VdSR - Baurecht GB Nr. 8999 auf GB Nr. 8566, Fritz Happle 8200 SH,
Vertragsänderung durch Flächenreduktion und Neubegründung für die
Gesellschafter Bernhard Sigg, Jürg Tanner, Martin Tanner und André Tosi,
8200 SH.

**VdSR - Vergabe der Parzelle GB Nr. 9
von 892 m2 im Baurecht an Cornelia Süess und Nicolas Perrin, 8200 SH**

Diese beiden Geschäfte sind zur Behandlung am 17. Dezember 02 traktandiert.

PROTOKOLL

Das Ratsprotokoll Nr. 16 der Sitzung vom 26. November 2002 wurde durch das Büro geprüft und genehmigt. Es liegt heute beim Ratssekretär zur Einsichtnahme auf. Anmerkungen werden keine angebracht.

TAGESORDNUNG

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt.
Die Tagesordnung wird gutgeheissen.

An dieser Stelle schlägt die **Ratspräsidentin** dem Rat vor, anstelle des rekonvaleszenten Herbert Distel (CVP) Theres Brambrink (FDP) als Ersatz-Stimmenzählerin für die heutige Sitzung einzusetzen.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

Traktandum 1 Voranschlag 2003 der Einwohnergemeinde SH einschl. Leistungsauftrag/Globalbudget 2003 Pilotabteilungen

EINTRETENSDEBATTE

Dieses Geschäft wurde usanzgemäss in der GPK vorberaten.

Die Ratsmitglieder sind inzwischen in den Besitz **der Anträge der GPK vom 27. Nov. 2002** gelangt. Diese Anträge gelten als gestellt.

Weiter wurde dem Rat als Folge der Verabschiedung des neuen VBSH-Fahrplankonzeptes durch den GrSR am 12. November 02 ein **neues VBSH-Budget 2003** zugestellt. Ebenso hat er bezüglich **Leistungsauftrag/Globalbudget Pilotabteilungen WoV 2003 Stadt Schaffhausen - Altersheim Steig** - eine neue Seite 007 erhalten.

Alfred Zollinger (SVP) Präsident und Sprecher der GPK *

"Es liegt mir sehr daran, mit den nachfolgenden Erklärungen mitzuhelfen, dass die Budgetdebatte innert nützlicher Frist über die Bühne geht. Zusätzlich gehe ich davon aus, dass sich alle Fraktionen mit der Botschaft des Stadtrates vom 17. September 2002, der dazugehörenden „Bibel“ von 322 Seiten Umfang, sowie den Aenderungsanträgen der GPK, datiert 27. November 2002, intensiv befasst haben. Meine Ausführungen werde ich in folgende Kapitel unterteilen:

- Budget 2003 allgemein
- Behandlung innerhalb der GPK
- Aenderungsanträge der GPK
- WOV-Globalbudgets 2003
- Anträge Budget 2003
- Gedanken betreffend Zukunft

Budget 2003 allgemein

Die vom Stadtrat mit Datum vom 17. September 2002 erhaltene Botschaft betreffend Voranschlag 2003 weist in der laufenden Rechnung einen Aufwandüberschuss von Fr. 2'577'300.-- auf. Die Investitionsrechnung prognostiziert einen Ausgabenüberschuss von Fr. 11'027'400.--, was eine erneute Schuldenzunahme bedeutet. Sofern die Aenderungsanträge der GPK genehmigt werden, ergeben sich die nachfolgenden Zahlen für das Budget 2003:

- | | | |
|-------------------------|--------------------|-------------------|
| • Laufende Rechnung | Aufwandüberschuss | Fr. 2'245'900.-- |
| • Investitionsrechnung | Ausgabenüberschuss | Fr. 12'280'800.-- |
| • Spezialfinanzierungen | Aufwandüberschuss | Fr. 1'619'400.-- |

Dazu kommen noch allfällige Investitionen aufgrund von positiv verlaufenden Volksabstimmungen.

In den letzten Jahren wurde regelmässig von sogenannten „Einmal-Erträgen“ profitiert, wie z.B. Verkauf SASAG-Aktien, Polizeimaterial, Aktien der Wohnbaugenossenschaft Niklausen etc., was dieses Mal nicht der Fall ist. Hoffen wir aber, dass die erstmals vorgesehene Einnahme vom Spielkasino von Fr. 1 Mio keine Eintagsfliege bleibt, sondern sich kontinuierlich entwickeln wird.

Mit einer Steuersenkung um einen Steuerpunkt von 109 auf 108 Punkte will die Stadt ein weiteres positives Signal setzen. Aber auch die Belastung der Haushalte sollte unter dem Strich auf der Gebührensseite nicht ansteigen, stehen doch der Einführung der Sackgebühr Preissenkungen bei Strom und Gas gegenüber. Die weiteren wesentlichsten Schwerpunkte im vorliegenden Budget sind:

- Lohnsteigerung Verwaltungspersonal um 2,1 %, verbunden mit Mehrkosten für die Sozialleistungen, d.h. 1,2 % Teuerungsausgleich und 0,9 % für Stufenanstiege, Beförderungen und Mutationen.
- Abschreibungen 12,04 %.
- Reduzierte Ablieferung der städt. Werke und
- Mehreingang Steuern gegenüber Budget 2002 trotz der 1%-igen Steuerfussenkung.

Die in der Botschaft präsentierten Kennzahlen haben sich gegenüber dem Budget 2002 verbessert, und unter Berücksichtigung der GPK-Aenderungsanträge weisen diese nochmals eine leicht positive Steigerung auf.

Per Saldo kann festgehalten werden, dass ein Budget mit diesem Aufwandüberschuss im Streubereich liegt. Es ist zu hoffen, dass sich die Steuereinnahmen inkl. der Steuerrestanzen positiver entwickeln als vorgesehen. Dazu kommt erfreulicherweise, dass die Einwohnerzahl der Stadt Schaffhausen wieder zunimmt, was hoffentlich auch noch nicht budgetierte Einnahmen bringt. Darüber, sowie über den Stand der Steuerrestanzen werden wir heute noch Informationen von der Frau Finanzreferentin erhalten. Trotz allem muss festgehalten werden, dass „Nice-to-have“-Positionen nach wie vor keinen Platz haben, was auch für die nächsten Jahre Gültigkeit hat.

Es ist nämlich davon auszugehen, dass sich die unerfreulichen Konjunkturdaten sowie laufend negative Unternehmungsmeldungen in nächster Zeit kaum ändern werden.

Behandlung innerhalb der GPK

Am 19. September präsentierte Frau Stadträtin Vero Heller zusammen mit den Herren Thomas Jaquet, Zentralverwalter und Alfred Stamm, Finanzkontrolle, das Budget 2003.

Nach der anschliessenden Eintretensdebatte beschloss die GPK mit 6 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, auf das vorliegende Budget einzutreten. Als Schwerpunkt wurde die Entwicklung der Taxen und Gebühren 2001, 2002 und Budget 2003 aller Abteilungen festgelegt. Die Termine für die Gruppenarbeiten, d.h. Erstellung der Fragenkataloge sowie die entsprechenden Abgabetermine wurden fixiert. Es wurden wiederum zwei Dreiergruppen gebildet. Zusätzlich wirkte der Sprechende in beiden Gruppen mit.

An der GPK-Sitzung vom 5. November 2002 konnten erfreulicherweise durch Frau Stadträtin Heller, Thomas Jaquet und Alfred Stamm der weitaus grösste Teil der gestellten Fragen zu unserer vollen Zufriedenheit beantwortet werden. Ebenso wurden verlangte Unterlagen abgegeben. Die ersten Budgetänderungen wurden vorgenommen. Am Schluss der Sitzung waren wir bei einem Defizit von Fr. 4,1 Mio angelangt. Weitere Ausgaben waren noch in der Pipeline und allfällige Nachtragskredite durch den Stadtrat sind auch nicht inbegriffen. Daher war ich gezwungen, alle Stadträte aufzufordern, an der nächsten Sitzung Vorschläge zu unterbreiten, wo Ausgaben reduziert und Einnahmen gesteigert werden können, um ein einigermaßen befriedigendes Budget zu präsentieren.

Die Beantwortung der noch hängigen Fragen erfolgte an der GPK-Sitzung vom 20. November 2002. An dieser Sitzung nahmen neben den drei vorgenannten Personen noch temporär die restlichen Stadträte teil, die zu speziell referatsbezogenen Fragen Stellung nehmen mussten. Ich kann nur bestätigen, dass auch dieses "Frage- und Antwortspiel" als erfolgreich bezeichnet werden kann. Zur Verbesserung des Budgets präsentierte der Stadtrat zwei Beschlüsse, nämlich Reduktion der Sachkosten sowie der Abschreibungen. Dadurch konnte das Defizit wieder auf ein vertretbares Niveau gebracht werden. Besten Dank.

Aenderungsanträge der GPK

Als Ausgangslage dient die Botschaft des Stadtrates vom 17. September 2002, die auf Seite 3 für die laufende Rechnung einen Aufwandüberschuss von Fr. 2'577'300.— und auf Seite 5 für die Investitionsrechnung einen Ausgaben-Überschuss von Fr. 11'027'400.— ausweist.

Diese beiden Zahlen finden Sie wieder auf der Liste der GPK-Anträge, datiert vom 27. November 2002. Danach sind jeweils die Aenderungsanträge der GPK aufgeführt, die **alle** anlässlich der Detailberatung als gestellt zu betrachten sind. In der hintersten Kolonne, bezeichnet mit „Auswirkung Budget 2003“, werden mit Minus zusätzliche Ausgaben und ohne Vorzeichen zusätzliche Einnahmen bezeichnet. Die aufgeführten GPK-Antragspositionen kann ich wie folgt kommentieren:

Laufende Rechnung

Allgemein

- Fr. 160'000.--

Die im Landesindex der Konsumentenpreise ausgewiesene Teuerung beträgt in der Zeitspanne September 2000 bis September 2002 1,19 %, gerundet 1,2 %. Für die Budgetierung war 1 % Teuerungsausgleich vorgegeben. Deshalb musste der Teuerungsausgleich generell noch um 0,2 % angehoben werden.

Sachaufwand Fr. 790,000.--

Gemäss Beschluss des Stadtrates vom 19. Nov. 2002 wurde der ursprünglich total vorgesehene Sachaufwand von Fr. 31'777'700.-- um 2,5 % auf Fr. 30'987'700.-- gekürzt.

Es wird keine lineare Kürzung, sondern eine sachbezogene Reduktion erfolgen.

Position 0300 307.001**Leistungen für Pensionierte - Fr. 145'000.--**

Teuerungszulage betr. Indexierung der Renten für 2003.

Da die Kantonale Pensionskasse wegen ihres schlechten Deckungsgrades nicht in der Lage ist, den Teuerungsausgleich zu zahlen, soll dafür die Stadt Schaffhausen als Arbeitgeberin in die Lücke springen und diesen Betrag übernehmen.

Ich weise darauf hin, dass diese Fr. 145'000.-- vor der Abstimmung des Kantonsrates vom 2. Dez. 2002 als Nachtrag aufgenommen wurden. Bekanntlich lehnte der Grosse Rat den Teuerungsausgleich für kantonale RentnerInnen ab. Eine allfällige Diskussion ist in der Detailberatung, bei der Behandlung von Seite 30, zu führen.

Position 1500 314.309**Militär Fr. 50'000.--**

Dieser Aufwandposten wurde in der laufenden Rechnung gestrichen. Er erscheint aber wieder in der Investitionsrechnung unter „Schiessanlage Birch“.

Position 1500 314.351 und 314.352**Militär - Fr. 22'000.-- und - Fr. 45'000.--**

Nachträge, gemäss Beschluss des Grossen Stadtrates vom 26. Nov. 2002 betreffend Sanierung der Schiessanlagen Herblingen und Buchthalen.

Position 3489 318.00**Sportkommission Fr. 2'000.--**

Dieser Aufwandposten wurde gestrichen, da dafür die Webservice-Dienstleistung der Stadt Schaffhausen benützt werden kann.

Position 4403 301.000 und 303.000**Spitex Info- und Fachstelle total Fr. 48'000.--**

40 Stellenprozente wurden auf die Position 5709/Sekretariat Heime verschoben gemäss Stadtratsbeschluss vom 17. Sept. bzw. 22. Oktober 2002.

Position 4900 361.001**Allgem. Gesundheitswesen - Fr. 311'300.--**

Erhöhung des Pro-Kopf-Beitrages auf Fr. 65.-- im Zusammenhang mit der Verbilligung der Krankenversicherungsprämien, Anteil Stadt Schaffhausen.

Positionen 5700, 5703 und 5704 301.000 und 303.000**AH am Kirchhofplatz, Steig und Wiesli total - Fr. 958'100.--**

Nachträge, gemäss Beschluss des Grossen Stadtrates vom 26. Nov. 2002 betreffend Stellenplanerweiterung der erwähnten Altersheime.

Dabei ist zu bemerken, dass Fr. 338'400.-- den WOV-Pilotbetrieb AH Steig betreffen, wofür wir zum Auswechseln eine neu erstellte Seite 7 für die Zusammenstellung „Leistungsauftrag/Globalbudget Pilotabteilungen 2003“ erhalten haben.

Position 5709 301.000 und 303.000**Sekretariat Heime - Fr. 58'700.--**

Umbuchung Fr. 48'000.--, entspricht den 40 Stellenprozenten ex Position 4403/Spitex Info- und Fachstelle. Zusätzlich kommt eine befristete Anstellung Jan. – März 2003.

Position 6201 312.000**Strassensignalisation und –beleuchtung Fr. 85'000.--**

Minderaufwand infolge Reduktion der Strompreise per 1. Oktober 2002.

Position 6210 363.000 und 380.019**Parkgebühren Fr. 5'000.-- / - Fr. 5'000.--**

Umbuchungen bzw. Richtigstellung eines Schreib- oder Rechnungsfehlers im Zusammenhang mit dem neuen Budget 2003 der VBSH.

Position 7120 318.506**Betrieb Gem.-Kläranlage, Anteil Stadt - Fr. 50'000.--**

Durchführung einer separaten Zählerablesung durch die städt. Werke per Ende Dezember 2002 inkl. Rechnungsstellung im Januar 2003 infolge Erhöhung der Abwassergebühr per 1. Jan. 2003.

Position 8400 361.006**Handel, Industrie, Gewerbe - Fr. 40'000.--**

Beteiligung der Stadt zu einem Drittel an den Kosten für die Aktualisierung, Weiterentwicklung und Auswertung statistischer Daten usw. im Rahmen des Projektes Wirtschaftsindikatoren.

Position 9200 341.000**Finanzausgleich - Fr. 600'000.--**

Erhöhung des Beitrages der Stadt Schaffhausen an den Finanzausgleich auf total Fr. 950'000.-- gemäss Beschluss des Grossen Rates. Es kann davon ausgegangen werden, dass bis 2006 diese Grössenordnung bestehen bleibt, müssen doch neu 23 Gemeinden unterstützt werden, bisher waren es deren 15.

Position 9420 314.347**Betrieb und Unterhalt L,schaften des Finanzvermögens Fr. 80'000.--**

Streichung infolge Pächterwechsel. Es muss aber damit gerechnet werden, dass bei Bedarf und nach Absprache mit dem neuen Pächter ein neuer Antrag für bauliche Anpassungen im Park Kasino gestellt werden wird.

Position 9900**Abschreibungen Fr. 1'666'500.--**

Beschluss des Stadtrates vom 19. November 2002, den ursprünglichen Gesamtbetrag zu reduzieren. Die Abschreibungssätze wurden deshalb unterschiedlich festgelegt. Der effektive Abschreibungssatz beträgt danach 12,04 %, und liegt damit über der Quote, die vom kantonalen Gemeindegesetz vorgeschrieben wird.

Und nun zu den GPK-Aenderungs-Anträgen in der Investitionsrechnung:

Position 029 644.000**Uebrigter allgemeiner Aufwand Fr. 90'000.--**

KSD, Teilrückzahlung aus Ausgleichskonto, die irrtümlicherweise nicht berücksichtigt worden ist.

Position 090 503.800**Nichtüberbaute und überbaute Verwaltungsliegenschaften Fr. 16'600.--**

Betrag wurde gestrichen, da die Mehrwertbeiträge für die Platzgestaltung Herrenacker erst nach dessen Fertigstellung anfallen, was kaum im Jahre 2003 der Fall sein dürfte.

Position 150 503.150**Militär - Fr. 250'000.--**

Dieser Betrag setzt sich zusammen aus Fr. 200'000.-- gemäss Beschluss des Grossen Stadtrates vom 26. Nov. 2002, Sanierung Schiessstand Birch, plus Fr. 50'000.-- ex laufender Rechnung Position 1500/314.309.

Position 341 661.000**Sportplätze - Fr. 50'000.--**

Reduktion, da die Subvention des Kantons nur noch für das Rasenspielfeld Schweizersbild anfällt.

Position 350 524.205**Uebrige Freizeitgestaltung (KSS) - Fr. 160'000.--**

Neue Position, beinhaltend 2 x Fr. 80'000.-- für die Dachsanierungen der Winter- und Freibadgarderoben, da beide Flachdächer undicht sind und sofortiger Handlungsbedarf besteht.

Position 620 501.626 - Fr. 1'500'000.-- und 661.000 Fr. 300'000.--**Strassenverkehrsanlagen inkl. Signalisation und Strassenbeleuchtung**

Geschätzte Aufwändungen im Jahre 2003 für das Buszentrum Bahnhof sowie der dafür zu erwartende Kantonsbeitrag.

Position 790 503.742**Planung Fr. 50'000.--**

Kann gestrichen werden, da dieser Betrag in die demnächst unterbreitete Vorlage des Stadtrates „Projektierungskredit Areal Kiefer/Landhaus“ eingebaut wird.

Position 942 703.110**Liegenschaften des Finanzvermögens Fr. 250'000.--**

Streichung, da zurzeit noch kein fundiertes Konzept vorliegt. Es kann aber damit gerechnet werden, dass zu gegebener Zeit eine entsprechende Vorlage des Stadtrates kommen wird.

Die restlichen Aenderungsanträge sind einerseits beim Parkplatzgebührenfonds auf eine bereits erwähnte Richtigstellung und andererseits bei den VBSH auf kostenneutrale Verschiebungen sowie den Beschluss des Grossen Stadtrates vom 12. Nov. 2002 betreffend Beschaffung Gelenkbusse zurückzuführen.

WOV-Budgets 2003

Am 11. November 2002 fand die GPK-Sitzung „WOV-Budgets 2003“ statt. Daran nahmen alle Leiter der Pilot-Abteilungen sowie der Controller, Werner Bianchi, teil. Die im voraus an die Pilot-Abteilungen gerichteten Fragen wurden auch hier zu unserer vollen Zufriedenheit beantwortet. Daneben waren vor allem strategische Diskussionen äusserst wertvoll. Die Gespräche beziehen sich im Gegensatz zum normalen Budgetdialog auf eine ganze Produktegruppe und werden deshalb viel globaler geführt, ohne aber allfällig notwendige Details ausser Acht zu lassen.

Die Budgetierung für die 5 Pilotabteilungen erfolgte wiederum nach den WOV-Grundsätzen, d.h. das zuständige Referat schloss mit der Pilotabteilung eine Leistungsvereinbarung ab, die im gemeinsamen Gespräch erarbeitet wurde. Diese Leistungsvereinbarungen, die Ihnen die GPK zur Annahme empfiehlt, stehen unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Grossen Stadtrat.

Die Entwicklung der Abteilungsergebnisse zu Vollkosten gemäss Budget 2003 gegenüber dem Budget 2002 sehen wie folgt aus:

Einerseits weisen die Steuerverwaltung, das Stadtarchiv und das Vormundschafts- und Erbschaftsamt negativere Ergebnisse aus, und andererseits schliessen das Altersheim Steig und die Stadtgärtnerei und Friedhofverwaltung positiver ab. Kumuliert ergibt sich für die 5 Pilotbetriebe eine Ergebnisverschlechterung von lediglich Fr. 3'800.-- oder 0,08 %, was per Saldo als sehr gut bezeichnet werden kann. Denn es ist zu berücksichtigen, dass beim Altersheim Steig im Zusammenhang mit der Vorlage „Stellenplanerweiterung Heime“, die vom Grossen Stadtrat am 26. Nov. 2002 bewilligt worden ist, noch Fr. 338'400.-- Personalkosten eingebaut werden mussten. Die dadurch neu zu erstellende Seite 7 haben wir erhalten und selbstverständlich ausgetauscht.

Anträge Budget 2003

Unter Berücksichtigung der vorliegenden GPK-Anträge konnten die laufende Rechnung um Fr. 331'400.-- und die Spezialfinanzierungen um Fr. 5'000.-- verbessert werden. Die Investitionsrechnung dagegen erhöht sich um Fr. 1'253'400.--, was trotz allem im Hinblick auf die nicht unbedingt gute Wirtschaftslage positiv ist.

An der GPK-Sitzung vom 20. November 2002 wurden, gemäss Punkt 1 der Anträge,

- der Voranschlag 2003 der Einwohnergemeinde Schaffhausen mit den ergänzenden Anträgen der GPK sowie
- die Leistungsaufträge mit den Globalbudgets 2003 der fünf WOV-Pilotabteilungen der Stadt Schaffhausen verabschiedet.

Ebenfalls wurde dem Punkt 2 der Anträge, Neufestsetzung des Steuerfusses auf 108 %, d.h. Reduktion um 1 %, zugestimmt.

Bei Punkt 3 der Anträge ist unter „Einmalige Beiträge der Investitionsrechnung“ die Position 942.703.110 Begegnungszentrum Herblingen Fr. 250'000.— aufgrund des Aenderungsantrages der GPK zu streichen.

Punkt 4 der Anträge, wo Sie sicher bemerkt haben, dass es 2003 und nicht 2002 heissen sollte, wurde ebenfalls zugestimmt.

Bei den einzelnen Anträgen wurden keine Gegenanträge gestellt. Die Schlussabstimmung ergab die einstimmige Zustimmung mit 7 : 0.

Allen am Budget beteiligten Personen, sei es für das Zusammentragen von Zahlen oder die Beantwortung der GPK-Fragen, danke ich herzlich. Speziell erwähnen muss ich dabei Frau Stadträtin Vero Heller sowie die Herren Jaquet und Stamm, die viele Frage- und Antwort-Stunden im Kreise der GPK verbringen „durften“. Auch unserem Sekretär René Gisler, herzlichen Dank für die immer prompte und ausführliche Erstellung der Protokolle.

Ich kann nur bestätigen, dass sämtliche Budgetgespräche auf sachlicher Ebene stattfanden und Emotionen bei unserer Konsensfindung keinen Platz hatten. Ich bin überzeugt, dass dies das Vorgehen ist - miteinander diskutieren und Lösungen suchen -, um dem Grossen Stadtrat ein vertretbares Budget zu präsentieren. Aus meiner Sicht gelang dies der GPK, obwohl es am Knochen sehr wenig Fleisch hatte bzw. die Luft äusserst dünn war.

Gedanken betreffend Zukunft

Erfreulicherweise konnten die Steuereinnahmen gegenüber dem Budget 2002 höher veranschlagt werden. Aber es kann ja nicht sein, dass dadurch einfach entsprechend der Aufwand erhöht wird. Die Schuldentilgung wäre doch vorrangig.

Ich muss dem Stadtrat und dem Parlament gegenüber meine Worte des Vorjahres in Erinnerung rufen:

- Wie und wo können Ausgaben reduziert werden und
- Wie und wo können Einnahmen gesteigert werden?

Nur mit diesem Vorgehen ist es möglich, ausgeglichene Budgets zu präsentieren und zuversichtlicher in die Zukunft zu blicken. Selbstverständlich gehören auch die Ueberprüfung des Angebots der zu erbringenden Dienstleistungen, die Gebührenansätze sowie die laufende Ueberwachung des Personalbestandes dazu. Wir können nicht warten, bis die Aufgabenteilung Stadt/Kanton/andere Gemeinden festgelegt ist. Handlungsbedarf ist laufend angesagt. Also handeln wir doch dort, wo wir nicht auf andere angewiesen sind!

Nach diesen teilweise kritischen Bemerkungen bitte ich Sie im Namen der GPK, auf das vorliegende Budget 2003 - verbunden mit den Aenderungsanträgen der GPK - und auf die Leistungsaufträge/Globalbudgets 2003 der fünf WOV-Pilotabteilungen einzutreten und der Vorlage mit den beantragten GPK-Aenderungen zuzustimmen."

Alfred Zollinger (SVP) Fraktionserklärung SVP/EDU *

"Die Fraktion SVP/EDU wird auf das Budget 2003 eintreten und auch den Anträgen inkl. Aenderungen der GPK zustimmen.

Obwohl wir, trotz der minimalen Steuerfussenkung von 1 %, ein ausgeglichenes Budget erwartet haben, machen wir mit.

Aber es liegt uns sehr daran, darauf hinzuweisen, dass sich der Stadtrat endlich mit den Fragen befassen soll:

- Wo können Ausgaben gesenkt und
- Wo können Einnahmen erhöht werden?
- Wieviel Kultur und andere Unterstützungen kann sich die Stadt noch leisten?

Vor allem auf der Einnahmenseite sind bei den „heiligen“ Kühen, wie Museum, Munot, Stadtbibliothek etc. nicht "medizinische", sondern finanzielle Verbesserungen zu überprüfen.

Auf der Ausgabenseite sind Förderungsbeiträge, Unterstützungen jeglicher Art usw. sehr selektiv zu gewähren, und wenn immer möglich mit einer klar formulierten Leistungsvereinbarung zu verbinden, die auch regelmässig auf deren Erfüllung hin überprüft werden muss.

In der laufenden Rechnung wie auch in der Investitionsrechnung haben wir keinen Platz für „Möchte-gerne-Positionen“. Ausschreibungen von Wettbewerben sind nur noch vorzunehmen, wenn das Ergebnis innerhalb nützlicher Frist umgesetzt und auch finanziert werden kann. Was nützt es, einen Wettbewerb heute durchzuführen, wenn eine Realisation erst in x Jahren möglich ist, und man dann in der Schublade nur noch über „kalten Kaffeedampf" verfügt? Zweckmässigkeit ist der Ästhetik vorzuziehen. Damit kann auch das Kosten-/Nutzenverhältnis optimal erreicht werden.

Der Stadt muss es in Zukunft gelingen, Budgets zu präsentieren, die mindestens ausgeglichen sind und trotzdem Schuldenabbau, verbunden mit regelmässigen Steuerfussreduktionen ermöglichen. Das heisst auch, der Dienstleistungskatalog der Stadt ist kritisch zu überprüfen und anzupassen. Wir sind uns bewusst, dass man nicht nur fordern kann, sondern auch bereit sein muss, auf gewisse Ansprüche und Begehrlichkeiten zu verzichten."

Peter Käppler (SP) Fraktionserklärung *

"Zuerst möchte ich dem Präsidenten der GPK für seine ausführliche und präzise Berichterstattung danken. Ein Dank gebührt ihm auch für die umsichtige und konsequente Leitung der GPK-Sitzungen, was angesichts der Komplexität der Geschäfte ja nicht gerade leicht ist. Die umfangreiche Behandlung des Budgets wurde in der GPK mit ausgesprochener Fairness und lösungsorientiert angegangen. Dafür danke ich den Mitgliedern der GPK und auch den stark involvierten Mitgliedern der Stadtverwaltung sowie dem Stadtrat. Dass die gute Zusammenarbeit nicht mehr selbstverständlich ist, zeigte uns die Budgetdebatte im Kantonsparlament vor acht Tagen. Ich bin froh, dass die parlamentarische Arbeit in unserer Stadt in dieser Beziehung von höherer Qualität ist.

Natürlich waren die Verhandlungen nicht einfach in Minne verlaufen, es gab doch einige Positionen, die zur Diskussion Anlass gaben. Dafür waren jedoch selten ideologische Gründe ausschlaggebend, stand doch die Sorge um die finanzielle Entwicklung in der Stadt im Vordergrund. Es ist unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass unsere Stadt finanziell gut dasteht, denn nur eine finanziell gesunde Stadt ist auch eine starke Stadt!

Nach dem Budget 2002 und der Rechnung 2001 hatten wir gehofft, dass die Trendwende zur Besserung der finanziellen Lage geschaffen ist. Nun eine Schwalbe macht eben wirklich noch keinen Sommer; der Einbruch der Konjunktur, bevor sie richtig begonnen hatte, trifft unsere Gemeinde natürlich stark. Die Verschuldung wird mit dem Budget 2003 wieder zunehmen, der Selbstfinanzierungsgrad ist noch weit vom Ziel entfernt.

Auf der Einnahmenseite wird der Anstieg sicher kleiner als erwartet und auch schwieriger zu realisieren sein. Bei den Steuereinnahmen ist aufgrund der konjunkturellen Entwicklung kaum ein Anstieg zu erwarten. Zudem beschneiden wir unsere Einnahmen mit der Steuerfussenkung noch zusätzlich. Die SP Fraktion findet eine einprozentige Steuersenkung zum jetzigen Zeitpunkt nicht angebracht. Sie wird den Handlungsspielraum der Stadt beschneiden, einen Schuldenabbau verunmöglichen, antizyklisches Verhalten beschränken und bringt dem/r einzelnen BürgerIn nun wirklich fast nichts. Es ist kaum zu erwarten, dass diese Senkung werbewirksam für unsere Stadt sein wird. Für eine Stadt mit ihren vielfältigen Aufgaben ist es nicht möglich, im - in den in Kommunen und Kantonen - vehement ausgetragenen ruinösen Kampf um den günstigsten Steuerfuss mitzuhalten, ohne wichtige und uns lieb gewordene Aufgaben einzuschränken. Trotz der Bedenken wird die SP aber keinen Gegenantrag stellen, sofern im Rahmen des Budgets bei den Sozial- und Personalleistungen keine wesentlichen Abstriche beschlossen werden.

Zu zusätzlichen Einnahmen führt eine weitere Taxenerhöhungs-Runde bei den Heimen. Die SP verfolgt diese Entwicklung mit äusserster Sorge. Die Kosten in den Heimen steigen auch aufgrund des sehr hohen Eintrittsalters der BewohnerInnen. Mit den Taxen kann dies vielleicht ausgeglichen werden, die strukturellen Probleme bleiben aber bestehen. Aus unserer Sicht ist der Plafond erreicht. Wir müssen aufpassen, dass die Tarife nicht noch höher werden, weil wir sonst Gefahr laufen, dass die Heime unterbelegt sind. Das Heimreferat ist darum dringend aufgefordert, hier nach Lösungen zu suchen.

Es ist natürlich, dass bei der Beratung des Budgets der Fokus auf die Ausgabenseite gerichtet wird. Zu einem grossen Teil sind die Ausgaben jedoch nicht beeinflussbar, da sie sich nach Vorgaben des Kantons und des Bundes richten. So werden mit den steigenden Arbeitslosenzahlen die Fürsorgeausgaben stark ansteigen. Der vom Volk beschlossene Abbau bei der Arbeitslosenversicherung wird sich hier beträchtlich auswirken.

Die Stadt soll im Rahmen ihres Spielraumes Geld ausgeben und damit einen Beitrag für ein vielfältiges und breites Angebot leisten; dies ist unbestritten und erwünscht. Dass wir dabei aber weit davon entfernt sind, einen angemessenen Beitrag für diese Leistungen vom Kanton und von den Agglomerationsgemeinden zu erhalten, ist unbefriedigend. Ja wir bezahlen im nächsten Jahr noch Fr. 600'000.-- mehr in den Finanzausgleich!

Bei der Behandlung der neuen Anträge für Ausgaben waren wir aber schon erstaunt, wie oberflächlich zum Teil Gesuche für städtische Beiträge vom Stadtrat behandelt und ins Budget eingebracht werden. Es darf einfach nicht sein, dass für grössere Beträge, welche an Betriebe und Vereine gesprochen werden, keine genauen Angaben wie Betriebskonzept oder Budget verlangt werden. Die SP schliesst sich in diesen Punkten der Haltung der GPK an, auch wenn wir, wie beim Quartierzentrum Herblingen oder der KSS, Sympathien für die Projekte hegen. Wir erwarten vom Stadtrat in Zukunft termingerechte und aussagekräftige Anträge zu solchen Geschäften.

Mit dem Budget auch zu tun haben die Schulden unserer Stadt. Schulden in Form von Krediten sind das eine, die Schulden, welche wir uns durch mangelnden Unterhalt an den Liegenschaften anhäufen, das andere.

Hier besteht nach unserem Erachten ein grosser Handlungsbedarf! Weil es immer noch keine zentrale städtische Liegenschaftenverwaltung gibt, ist der Unterhaltsbedarf unklar, und es fehlt auch eine konkrete Planung. Wir wissen also nicht, in welcher Grössenordnung die Unterdeckung liegt. Sicher ist aber, dass die vom Stadtrat jetzt vorgeschlagene Kürzung des Sachaufwandes von 790'000.- Franken auch hier Auswirkungen zeigen wird. Zudem gibt es einen eigentlichen „Projektstau“ im Stadthaus. Viele Projekte stehen an, respektive kommen nicht vom Fleck. Zum Beispiel ein auf den Frühling 2002 versprochener Bericht zum Vorgehen bei der Gesamtsanierung "Stadthausgeviert". Die Folge davon ist, dass die dringend nötigen Sanierungen hinausgezögert und dadurch auch teurer werden. Wir warten aber auch auf die Machbarkeitsstudie über ein neues Fussballstadion, die Schulraumplanung für die Breite. Bei der KSS stehen nebst den erwähnten defekten Dächern diverse weitere Sanierungen an, bei den Schulhäusern und Kindergärten werden Sanierungen und Umbauten aufgeschoben. All dies sind Projekte mit grossen Kostenfolgen. Trotzdem schaffen wir es momentan nicht, Gelder zurückzustellen für die anstehenden Aufgaben, und fahren die Investitionen und den Unterhalt zurück. Unserer Fraktion ist es hier nicht wohl. Wir leben über unsere Verhältnisse und hinterlassen der nächsten Generation einen Schuldenberg.

Noch eine Bemerkung zum Budget der WoV-Abteilungen. Zu Diskussionen Anlass gab die Aussagekraft dieser Rechnung. Solange diese Abteilungen im Inselbetrieb tätig sind, ist es schwer, Vergleiche mit ähnlichen Abteilungen anzustellen. Die Lesbarkeit des Budgets leidet darunter, dass interne Verrechnungen verständlicherweise wenig gemacht werden; was aufgrund der Kosten, welche solche Verrechnungen auslösen, zwar verständlich ist. Dies führt andererseits zu schwer interpretierbaren Aussagen bezüglich Kostendeckungsgrad, so z.B. wenn eine Abteilung im Heim einen Deckungsgrad von 255% erreicht, eine andere dann nur 55%, oder eine Abteilung, die eigentlich rentiert - die Stadtgärtnerei - ein negatives Produkteergebnis ausweist. Hier müssen noch Lösungen für eine bessere Handhabung gefunden werden. Spannend und interessant ist bei der Behandlung des WoV-Budgets der direkte Kontakt zu den AbteilungsleiterInnen. Der Zeitaufwand für die Behandlung dieses Geschäftes ist aber relativ hoch.

Die SP Fraktion empfiehlt Ihnen, auf das Budget einzutreten und den Anträgen der GPK zu folgen. Wir hoffen auf eine spannende und faire Debatte. Es geht ja um die Zukunft unserer Stadt, und daran müssen wir gemeinsam arbeiten."

Thomas Hauser (FDP) Fraktionserklärung FDP *

"Gleich zu Beginn kann ich Ihnen bekanntgeben, dass die FDP Fraktion auf den Voranschlag 2003 der Stadt Schaffhausen eintreten und ihn auch im positiven Sinn verabschieden wird.

Das vorgesehene Defizit ist vertretbar und kann, wenn nichts Unvorhergesehenes - vor allem in den Bereichen wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitslosigkeit - dazwischen kommt, auf einen guten Rechnungsabschluss hoffen lassen. Dies vor allem dann, wenn die Einwohnerzahl - und damit die Zahl der Steuerpflichtigen - wie im auslaufenden Jahr weiter zunimmt.

Ich stelle an sich bei jeder Budgetdebatte fest: Finanzverantwortliche präsentieren lieber einen verhaltenen Voranschlag und 1 1/2 Jahre später einen besseren Rechnungsabschluss, als umgekehrt.

Wie der GPK-Präsident ausgeführt hat, steckte hinter diesem Budgetresultat eine grosse Arbeit, die an dieser Stelle den zuständigen Stellen verdankt sei.

Die geplante Senkung des Steuerfusses um einen Punkt werten wir von der FDP als richtig und absolut vertretbar. Wenn es sich auch nur um einen Punkt handelt, senden wir doch ein positives Zeichen nach aussen. Lieber den Steuerfuss in kleinen Schritten senken und vermehrt in den Medien positiv auffallen, als nur alle "zig" Jahre mit einem grösseren Schritt von sich hören lassen. Das Wort Steuerfussenkung macht hellhörig und beflügelt sicher zu einem Teil die bereits angesprochene Zuwanderungsbewegung von Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern.

Fazit: Dank der FDP-Initiative für einen flexibleren Steuerfuss können wir nun sukzessive beginnen, den Steuerfuss zu senken, ohne Angst haben zu müssen, in schlechten Zeiten sei keine Umkehr möglich.

Das Hauptthema der Vorberatung des Voranschlages anlässlich der FDP-Fraktionssitzung bildete das Kapitel Kultur und Freizeit. Dabei suchten wir zur Verbesserung der ständig steigenden Ausgaben nicht nach Budgetstreichungen, sondern nach der Generierung von neuen Einnahmen. Wie es Edi Mittler bei der Begründung seiner Motion "City-Card" klar und deutlich aufzeigte, sind wir nach wie vor der Meinung, dass Eintritte beim Museum oder beim Munot, Ausleihgebühren bei den Bibliotheken usw. angezeigt sind. In diesem Bereich muss endlich gehandelt werden. Wenn wir ewig, wie bald seit 20 Jahren, in diesem Saal über die Abgeltung der Zentrumsfunktionen durch den Kanton diskutieren, ohne dass Merkwürdiges geschieht oder auf den Finanzausgleich warten, verharren wir vergebens in einer "Baron von Habenicht"-Strategie, das heisst, obwohl uns das Geld fehlt, verschenken wir Eintritte und Gebühren und gaukeln eine Grosszügigkeit vor, die wir uns nicht leisten können. Wir haben den Stadtrat schon mehrmals aufgefordert in dieser Richtung gemäss FDP-Vorschlägen tätig zu werden - leider bisher ohne Erfolg.

Dies war aber im Umfeld des Steuerfusses auch lange Zeit so, bis eben die FDP-Initiative zur Flexibilisierung des Steuerfusses lanciert wurde. Wenn im Bereich Eintritte und Gebühren nichts geschieht, muss halt auch hier in nächster Zeit mit einem entsprechenden Vorstoss gerechnet werden, indem wir nebst Strom-, Wasser- und Gas-Tarifen, den Abwasser- und Kehrichtgebühren, zusätzlich Eintritts- und Ausleihgebühren in der Stadtverfassung verankern wollen.

Zu einzelnen Positionen werden sich verschiedene Vertreterinnen und Vertreter der FDP Fraktion in der Detailberatung noch melden. Eines sei zu den verschiedenen Anträgen von Stadtrat und GPK gleich hier schon festgestellt: Alle Finanzbegehren, die an Bedingungen geknüpft sind, Bedingungen, die wir aufgestellt haben, wie zum Beispiel Betriebskonzept KSS-Schwimmbadüberdachung, die bis heute abend nicht erfüllt sind, werden wir ablehnen. Gleichzeitig werden wir analog dem Grossen Rat den Teuerungsausgleich für Pensionierte nicht unterstützen; dies im Sinne einer Gleichbehandlung bei Kanton und Stadt.

Wie eingangs erwähnt, wird die FDP auf den Voranschlag eintreten und ihn in der Schlussabstimmung positiv würdigen."

Peter Möller (GB) Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB *

"Gleich zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich gerne einem Auftrag meiner Fraktion nachkommen. Aus deren Sicht verdienen meine GPK-Kollegen ein Lob für die sachbezogene Behandlung des Budgets in der GPK. So waren bei verschiedenen Budgetpositionen wohl unterschiedliche Meinungen vorhanden, doch wurde sachlich diskutiert, und es konnten tragfähige Lösungen gefunden werden. Dies im Gegensatz zu anderen Parlamenten in diesem Kanton, in denen dies - einmal zurückhaltend ausgedrückt - wohl nicht immer der Fall war.

Über die Beratungen in der GPK hat Sie der GPK-Präsident ausführlich informiert. Dem ist nicht mehr viel beizufügen, wobei ich davon ausgehe, dass einzelne Budgetposten auch in der Plenumsdiskussion noch Anlass zu Wortmeldungen geben werden.

Der Voranschlag 2003 weist einen Fehlbetrag in der laufenden Rechnung auf, der gerade noch etwa als "rote Null" bezeichnet werden kann und uns somit noch tragbar erscheint. Nachdenklich stimmt uns einmal mehr - es verkommt beinahe zu einer lieben Gewohnheit -, dass der Gebäudeunterhalt auf tiefstem, schon beinahe nicht mehr vertretbarem Niveau gehalten wird. Weiter müssen wir besorgt zur Kenntnis nehmen, dass die Verschuldung angesichts des vorliegenden Selbstfinanzierungs-Grades weiter ansteigt. Allgemein kann festgestellt werden, dass die finanzielle Lage der Stadt nicht rosig aussieht. Es bleibt nur zu hoffen, dass die positive Bevölkerungsentwicklung, die dieses Jahr in der Stadt Schaffhausen zu beobachten war, auch im Jahr 2003 anhält.

Bei genauer Durchsicht der budgetierten Einnahmen unserer Stadt fällt auf, dass dort vor allem die Entgelte zu einer Steigerung beitragen. Was nichts anderes bedeuten kann, als dass verschiedene Gebühren und Taxen in den letzten Jahren gestiegen sind, oder auf das nächste Jahr steigen werden. Dieser Eindruck wird auch bei einer Durchsicht der Tax- und Gebührenordnungen von verschiedenen Verwaltungsabteilungen der Stadt bestätigt. Ausser beim Gas- und Elektrizitätswerk weisen die Gebühren durchwegs steigende Tendenz auf. Die Verlagerung der Einnahmen von der Steuerseite auf die Gebührensseite ist klar als unsozial zu werten, da bei den Gebühren in der Regel nicht auf das Einkommen abgestellt wird.

Dies alles wäre nun eigentlich Grund genug, der beantragten Senkung des Steuerfusses ablehnend gegenüber zu stehen. Doch können wir uns gerade noch überwinden, dieser Senkung zuzustimmen. Dies aus folgenden Gründen: Der Grosse Stadtrat hat vor einem Jahr der Lohnanpassung für das städtische Personal in vollem Ausmass zugestimmt und ist damit seiner Verantwortung als Arbeitgeber nachgekommen, indem er seinem Personal auch die ihm zukommende Wertschätzung ausgesprochen hat. Zudem sind im Budget keine unsinnigen Sparmassnahmen auf dem Buckel von Personal und Bevölkerung ersichtlich. Im Sinne eines positiven Zeichens gegenüber den Stadtschaffhauser Einwohnerinnen und Einwohnern können wir deshalb der Reduktion des Steuerfusses um einen Punkt gerade noch zustimmen. Weiteren Steuersenkungen - das möchte ich hier in aller Klarheit deklariert haben -, werden wir aber nur zustimmen können, wenn gleichzeitig ein Schuldenabbau möglich ist, und nicht weiter an der Gebührenschaube gedreht wird oder gar neue Gebühren eingeführt werden.

Nun ist zu vermuten und es hat sich auch bewahrheitet, dass aufgrund des Ergebnisses der Beratungen im Kantonsrat auch in diesem Rat noch der Antrag gestellt werden wird, den Betrag für den Teuerungsausgleich für die städtischen Rentnerinnen und Rentner aus dem Budget zu streichen. Das wäre eine unsinnige Sparmassnahme. Sollte dieser Antrag eine Mehrheit finden, dann ist der Bogen für uns überspannt, und wir werden der Senkung des Steuerfusses nicht mehr zustimmen können.

Zu einzelnen Budgetpositionen werden in der Detailberatung noch Fragen und unter Umständen auch Anträge aus unserer Fraktion gestellt werden. Wir werden auf das Budget eintreten und ihm - je nach Ausgang der Debatte - dann auch zustimmen.

Abschliessend möchte auch ich noch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der städtischen Verwaltung und den Exekutivmitgliedern für die kompetente Fragenbeantwortung im Rahmen der GPK-Verhandlungen danken."

Raphaël Rohner (FDP) Votum *

"Wer die kürzlich veröffentlichten Wirtschaftskennzahlen für die Region Schaffhausen genau studiert und die aktuellsten Entwicklungen im Bereich der Arbeitslosenzahlen zur Kenntnis genommen hat, weiss, dass die sogenannten fetten Jahre bereits wieder vorbei sind – sofern wir überhaupt welche gehabt haben –, und dass es einiges an Anstrengungen brauchen wird, bis die Indikatoren und Kennzahlen wieder positiv lauten werden.

Die Schweizer Wirtschaft hat zu kämpfen, auch wenn ihr nach umfassenden Restrukturierungsmassnahmen anfangs der 90-er Jahre selbst von Fachleuten aus dem Ausland attestiert wird, sie sei an und für sich gut gerüstet, ja sogar fit für die Zukunft.

Die Region Schaffhausen, deren Grenz- und Randlage uns seit der tiefgreifenden Restrukturierung in der Schwerindustrie Ende der 70-er Jahre und dem seinerzeit massiven Abbau an Arbeitsplätzen zu schaffen macht, kann sich zwar wieder auf gewisse feste wirtschaftliche Werte in der Industrie, im Dienstleistungssektor und bei den KMU abstützen, muss aber insgesamt als strukturell anfällig in Bezug auf ihr wirtschaftliches Entwicklungspotenzial beurteilt werden. Wir sind daher gehalten, den Unternehmern, die in unserer Stadt und in unserem Kanton Arbeitsplätze erhalten oder gar neue schaffen, die nötige Beachtung zu schenken und die Rahmenbedingungen so auszugestalten, dass die Attraktivität sich nicht nur auf schöne Worte und gutes Zureden beschränkt, sondern auch messbar ist.

Die Wirtschaftsförderung von Stadt und Kanton trägt einiges zur Ansiedlung neuer Unternehmungen in Schaffhausen bei. Als Beweis hier ein kurzes Zitat, wie das von aussen beurteilt wird, aus der BILANZ November 2002, Dossier Steuern 2003: "Kein anderer Kanton akquiriert Firmen so aggressiv wie Schaffhausen." Der Stadtrat nimmt seine diesbezügliche Führung ebenfalls wahr und unterstützt diese Ansiedlung im Rahmen seiner Möglichkeiten. Hierfür sei allen Beteiligten für einmal der ausdrückliche Dank ausgesprochen.

Wir alle wissen sehr wohl, dass die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region in Zeiten der Globalisierung auf Stufe Region oder gar Gemeinden kaum beeinflussbar ist.

Sie ist es bekanntlich auch auf Stufe Bund nur noch in stark eingeschränkter Weise. Trotzdem sind wir indessen von den positiven und negativen Entwicklungen der Wirtschaftstrends im Zusammenhang mit unserem städtischen Finanzhaushalt nicht unwesentlich, ja sehr direkt betroffen.

Somit sind wir in unseren Entscheidungen gehalten – und nun komme ich zum vorliegenden Budget der Stadt Schaffhausen – uns an den tatsächlichen finanziellen Möglichkeiten und an den wirtschaftlichen Gegebenheiten zu orientieren. Wer die Zahlen der laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung im Budget analysiert, Vergleiche mit den Vorjahren anstellt und Entwicklungen hinterfragt, stellt unschwer fest, dass der finanzpolitische Handlungsspielraum des Stadtrates nicht eben gross ist.

Dazu kommt, dass die von den Kommunen zu erfüllenden Aufgaben oftmals vom kantonalen Recht oder gar vom Bundesrecht vorgegeben sind. Teilweise wachsen sie noch weiter an und müssen auf Stufe Gemeinde hin- bzw. wahrgenommen werden. Die sogenannt gebundenen Ausgaben betreffen weit mehr als die Hälfte des Budgets und schränken die Möglichkeiten weiter ein. Die erwarteten steuerlichen Einnahmen werden bei einer objektiven Beurteilung nicht übertroffen werden. Wir werden uns glücklich schätzen müssen, wenn wir sie nur annähernd erreichen werden.

Unter Berücksichtigung dieser wenig erfreulichen, recht schwierigen Rahmenbedingungen und Perspektiven muss das vom Stadtrat vorgelegte Budget aus realpolitischer Sicht als gut bezeichnet werden. Der Stadtrat hat aus meiner Sicht seine finanzpolitische Führungsverantwortung während des Budgetprozesses wahr genommen, sich nach dem Grundsatz „Wünschbares ist von Machbarem zu trennen“ leiten lassen und ist trotzdem bestrebt gewesen, das Dienstleistungsangebot für die Einwohnerinnen und Einwohner auch in Zukunft auf einem qualitativ guten Niveau zu halten. Das ist zur Zeit keine einfache Aufgabe, was es als Volksvertreterinnen und Volksvertreter entsprechend zu würdigen gilt.

Wenn der Stadtrat dann noch eine bescheidene Steuerfussreduktion anbietet, so ist ihm dies besonders zugute zu halten, führt er doch damit einen mit dem Budget 2002 eingeleiteten Prozess der steuerlichen Entlastung weiter, der uns mittelfristig auf ein Steuerniveau bringen sollte, welches die diesbezügliche Attraktivität der Stadt spürbar verbessern wird, ohne eine Neuverschuldung nach sich zu ziehen. Wir können es uns zur Zeit einfach nicht leisten, mehr zu fordern, als es der Stadtrat vorliegend anbietet.

Die FDP der Stadt Schaffhausen hat sich zwar immer für Steuerfussenkungen stark gemacht, dabei aber stets betont, dass sie diese Forderung nicht ohne Berücksichtigung der realen Möglichkeiten des Finanzhaushaltes der Stadt vertreten wird. Daran wird sie sich auch heute halten.

Eine glaubwürdige, nachhaltige und damit auch seriöse Finanzpolitik setzt voraus, dass steuerpolitische Anliegen in engem Zusammenhang mit Strukturveränderungen postuliert werden. Gleichzeitig muss der Reduktion der Verschuldung bzw. der Verhinderung einer Neuverschuldung ein ebenso grosses Augenmerk geschenkt werden. Die in diesem Frühjahr für erheblich erklärte, von der FDP und SVP mit vorbereitete und mit unterzeichnete Motion „Gesunde und attraktive Finanzen“ von GrSR Peter Wullschleger zeigt im Grundsatz den richtigen Weg auf.

Der Stadtrat wird uns dazu die geeigneten Vorschläge betreffend die operative Umsetzung unterbreiten.

Bei all diesen Forderungen und Absichtserklärungen soll aber eines nicht vergessen werden: Der Staat wird auch in Zukunft in den Kernbereichen wie Schule, öffentliche Sicherheit, öffentlicher Verkehr, Gesundheitswesen etc. optimale Dienstleistungen anzubieten haben. Das hat seinen Preis.

Mit fundamentalen Strukturveränderungen, so wie sie vom Kanton im Projekt „SH-auf“ (Aufgabenteilung und Finanzierungsentflechtung) angestrebt werden, soll den Gemeinden mit mittlerer Leistungsfähigkeit der dringend benötigte finanzpolitische Handlungsspielraum zurück gegeben werden. Verschiedene Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Schaffhausen – mithin auch die Mitglieder des Stadtrates – wirken aktiv in diversen Projektgruppen mit und nehmen deren Interessen wahr. Der Stadtrat hat dabei auch schon die umstrittene Frage der Abgeltung der Zentrumslasten geeignet thematisiert. Ich bin davon überzeugt, dass mit diesem wegweisenden Projekt eine Reform eingeleitet werden kann, die sich für die Stadt Schaffhausen positiv auswirken und uns den notwendigen Handlungsspielraum geben wird.

Wenn wir von Strukturveränderungen sprechen, so werden wir aber auch unabhängig von kantonalen Reformprojekten auf städtischer Ebene unsere Aufgaben als Parlamentarierinnen und Parlamentarier wahrzunehmen haben: Die anstehende und vom Stadtrat angekündigte Parlamentsreform, die Begleitung der Umsetzungsphase bei der flächendeckenden Einführung von WoV, dies alles wird sich auf unsere finanzpolitische Arbeit auswirken. Es steht ein eigentlicher parlamentarischer Paradigmenwechsel bevor, auf den wir uns jetzt schon mental vorzubereiten haben.

Wir werden schon in naher Zukunft nicht mehr - wie heute Abend - über einzelne Budgetpositionen und Finanzstellen sprechen, sondern über zu erbringende Dienstleistungen und entsprechende Leistungsaufträge zu beraten haben. Die Anforderungen an uns alle werden steigen. Wir werden in Pflicht stehen, wenn es dann um grundsätzliche Fragen der Erbringung staatlicher Dienstleistungen gehen wird. Hier werden sich neue Perspektiven finanzpolitischer Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen, die wir verantwortungsbewusst wahr zu nehmen haben werden.

Ich komme zum Schluss:

Die GPK hat das Budget 2003 zusammen mit der Finanzreferentin und den übrigen Mitgliedern des Stadtrates eingehend diskutiert und uns verschiedene Änderungsanträge unterbreitet. Die zahlreichen Fragen an die zuständigen Referenten und an die Verantwortlichen der Abteilungen sind weitgehend zufriedenstellend beantwortet worden. Die GPK hat unter Leitung ihres Präsidenten Alfred Zollinger gute und vor allem konstruktive Arbeit im Budgetprozess geleistet. Wir werden somit weitgehend darauf verzichten können, in der Detailberatung weitere Änderungsanträge zu stellen oder uns auf Einzelpositionen zu kaprizieren.

Das prognostizierte Ergebnis ist zwar nicht umwerfend, muss aber wie schon gesagt in Würdigung der Umstände als akzeptabel beurteilt werden.

Der Defizitbetrag liegt zudem im Bereich, der noch als in der sogenannten Budgetgenauigkeit liegend bezeichnet werden kann.

Wir werden – wie von GPK-Mitglied Thomas Hauser bereits erwähnt – auf das Budget 2003 eintreten und ihm zusammen mit der beantragten Steuerfussreduktion zustimmen."

Peter Wullschleger (CVP) Votum *

"Vieles wurde schon gesagt, was ich unterschreiben kann. Nachdem ich aber den Auftrag erhalten habe, Ihnen im Namen der CVP einige Gedanken zum Budget 2003 zu vermitteln, kann ich Sie davor nicht verschonen.

Der Voranschlag 2003 der Stadt Schaffhausen sieht in der laufenden Rechnung ein Defizit von nunmehr rund 2,2 Millionen Fr. vor. Wird berücksichtigt, dass bei der Erarbeitung des Budgets die Ausgaben eher grosszügig, die Einnahmen aber zurückhaltend bemessen werden, kann man den budgetierten Fehlbetrag als im Streubereich liegend akzeptieren.

Ziel hätte aber ein ausgeglichenes Budget sein müssen, wie dies in der Weisung des Stadtrates an die Budgetverantwortlichen zur Aufstellung des Budgets 2003 vorgegeben war. Ein ausgeglichener Voranschlag wäre auch im Einklang mit der Motion „Gesunde und attraktive Finanzen“ gestanden, welche anfangs dieses Jahres erheblich erklärt und an den Stadtrat überwiesen wurde. Diese Motion verlangt vom Stadtrat unter anderem, Massnahmen zu ergreifen, um die Neuverschuldung zu verhindern. Ob ein Budgetdefizit von 2,2 Millionen Fr. die richtige Antwort auf das erheblich erklärte Anliegen ist, überlasse ich Ihrer Beurteilung. Dennoch bleibe ich bei meiner anfänglichen Aussage: Bei einem Gesamtaufwand von 195 Millionen Fr. lässt sich mit dem vorgesehenen Budgetdefizit von 1,2 % der Gesamtrechnung leben.

Nachdem wir wirtschaftlich vor einem schwierigen Jahr 2003 stehen und auch die folgenden Jahre kein Honiglecken sein werden, gebe ich einfach zu bedenken, dass die budgetierten Steuererträge eher optimistisch angesetzt sind. Den KMU wird nämlich ein kühler Wind um die Ohren wehen, was auch in Zusammenhang steht mit der schlechten Verfassung, in welcher sich Deutschland - unser wichtigster Aussenhandelspartner - befindet. Auch die Arbeitslosenquote wird im kommenden Jahr noch höher zu liegen kommen. Und ob sich der Finanzplatz Zürich, einer der steuerkräftigsten Wirtschaftszweige mit Wirkung bis nach Schaffhausen, nächstes Jahr schlagartig erholen wird, wage ich zu bezweifeln.

Ich gehe auch nicht davon aus, dass das für das Rechnungsjahr 2003 zu erwartende Defizit mit einem Haushaltsüberschuss im Jahr 2004 ausgeglichen werden kann. Die Aussichten bezüglich Entwicklung der Schweizer Wirtschaft und der Staatsquote sind dazu einfach zu schlecht. Unsere Produktivität und somit die Wirtschaft wächst vergleichsweise unterdurchschnittlich, die Staatsausgaben und die Verschuldung steigen jedoch überdurchschnittlich an. Das führt längerfristig zu verhältnismässig geringerem Wohlstand, eine Entwicklung, die sich bereits deutlich abzeichnet, wenn auch auf hohem Niveau. Unter diesem Gesichtspunkt ist die veranschlagte Steuerfuss-Senkung nicht falsch.

In diesem Zusammenhang müssen wir jedoch eines deutlich sehen: Soll das Kartenhaus nicht eines Tages zusammenbrechen, kommen wir über kurz oder lang nicht um tiefgreifende Massnahmen herum. In der Schweiz wird sich das Preis- und auch das Salärniveau dem europäischen Umfeld angleichen. Diese Entwicklung wird auch vor der öffentlichen Hand nicht Halt machen. Hier den richtigen Zeitpunkt nicht zu verpassen, verlangt unsere ganze Aufmerksamkeit. Die Vertreter und Vertreterinnen des öffentlichen Personals tun gut daran, sich mit dieser Zukunft vertraut zu machen, ebenso mit der Tatsache, dass eben auch die Produktivität in der Verwaltung verbesserungsfähig ist. Das hat im übrigen wenig mit Fleiss zu tun, der beim Personal der öffentlichen Hand mindestens im gleichen Ausmass vorhanden ist wie in der sogenannten privaten Wirtschaft. Es geht hier vielmehr um Verwaltungsstrukturen, Prozesse und Dienstleistungen, die nicht mehr zeitgemäss sind und rasch einer Überarbeitung bedürfen.

Obwohl somit gewichtige Indikatoren gegen ein Erstarren der öffentlichen Haushalte sprechen, finde ich es beruhigend, dass Stadtrat und GPK mit ihren Budgets letztlich Optimismus ausstrahlen.

Soviel Expertenwissen kann sich die CVP schlecht verwehren, und ich darf getrost hoffen, dass meine mahnenden Worte nur Schwarzmalerei sind.

Wir werden deshalb auf den Voranschlag 2003 eintreten und dem Global-Budget der WoV Pilotabteilungen zustimmen, gestatten uns aber im Einzelfall, eine vom Stadtrat bzw. von der GPK abweichende Auffassung zu vertreten."

Jakob Deppe (FDP) Votum *

"Erlauben Sie mir als Liberaler, einige Querdenker-Überlegungen zum heute vorliegenden Budget anzustellen.

Auf Seite 1 der Botschaft erfahren wir, dass wir einen Aufwandüberschuss von CHF 2'577'300.- - bzw. jetzt korrigiert von ca. 2,2 Mio Franken haben werden. Übersetzt heisst das Defizit!

Auf Seite 2 der Botschaft heisst es ~~insgesamt~~ stellen wir fest, dass sich die Finanzlage gegenüber 2002 verschlechtert." Das hat man auch aus den heutigen Voten heraus gehört.

Auf Seite 7 der Botschaft ist ersichtlich, dass ein gleich hoher Steuereingang bei den natürlichen Personen, ja sogar ein höherer bei den juristischen Personen prognostiziert wird.

Letzteres ist meines Erachtens sträflicher Optimismus. Die Tendenz bei den Steuereingängen ist bei den natürlichen Personen seit 1995 rückläufig.

Man schaue sich auch einmal die publizierten Zahlen des Gewerbeverbandes an über die Einschätzungen unserer regionalen Wirtschaft, also der juristischen Personen.

Zitat: "Wir erleben den stärksten Rückgang seit Beginn der Umfrage des Gewerbeverbandes". Diese wird seit ca. 10 Jahren gemacht.

Seit der Stadtrat das Budget 2003 erarbeitet hat, wurden neue Fakten bekannt, welche die Flexibilität des Grossen Stadtrates erforderlich machen.

So gab Finanzreferentin Veronika Heller an einer Medienkonferenz vom 21. November über die neu erhobenen Wirtschaftsindikatoren bekannt, dass in den 90er Jahren SteuerzahlerInnen im Alter von 30 - 65 Jahren aus Schaffhausen weggezogen, nicht wegen den hohen Steuern, sondern weil hier zu wenig Arbeitsplätze vorhanden waren.

Und es zogen SteuerzahlerInnen ab 65 Jahren zu, deren Steuersubstrat das der Weggezogenen mehr als wettmachte.

Es kamen also ältere Leute mit grösseren Vermögen, und dies trotz des höheren Steuerniveaus. Für sie zählte die hohe Lebensqualität, die tiefen Landpreise und Mietzinsen, der gut ausgebaute öffentliche Verkehr in der Stadt Schaffhausen und die schöne Landschaft mehr als der Steuerfuss.

Diese Fakten erfordern wie gesagt Flexibilität:

Der Grosse Stadtrat sollte sich daher überlegen, ob er nicht auf diese Steuersenkung verzichten möchte, da eine Senkung der Steuern um einen einzigen Prozentpunkt kaum Neuzuzüge aus andern Kantonen bewirken wird.

Was bringt denn tatsächlich 1 %-Punkt Steuerreduktion?

Verheiratete sparen bei einem Reineinkommen von Fr. 70'000.- sage und schreibe Fr. 44.98 pro Jahr, bei einem Reineinkommen von Fr. 30'000.- sind es sensationelle Fr. 12.54. Dank dieser Reduktion kann ich Ihnen eine Völkerwanderung nach Schaffhausen prophezeien, ähnlich jener Völkerwanderung nach Neuhausen! Neuhausen hat 6 %-Punkte tiefere Steuern als Schaffhausen! Es muss folglich noch andere Qualitäten geben, dass nicht alle SchaffhauserInnen nach Neuhausen ziehen.

Wenn man mit dem Steuerfuss wirklich etwas bewirken wollte, müsste der Steuerfuss gewaltig herunter - Grössenordnung 30% - auf ca. 80%-Punkte. Das wäre attraktiv. Dann würde man Leute anziehen. Dies hätte eine Einbusse auf der Einnahmenseite von rund CHF 28 Mio zur Folge - dies wäre wohl auch nicht realistisch.

Es wurde auch schon gesagt, dass man mehr Geld in den Unterhalt stecken sollte. Das predige ich schon lange in diesem Rat. Ich verzichte heute darauf, nachdem ich vor Jahren einmal mit drei Stimmen gegen den Rest dieses Rates kolossal untergegangen sind.

Das Wichtigste wäre, Schulden abzubauen. Die ungedeckte Schuld beträgt ca. 60 Mio Franken. Bei etwa 5 Prozent haben wir einen Zinsschuldendienst von 3 Mio Franken pro Jahr. Da flattern die Noten einfach so weg.

Die Stadt sollte also gescheiter Schulden abbauen. Man kann mit diesem Geld auch die Stadt attraktiver machen, z.B. mit diesem Expo-Wasserspiel-Brunnen - einer Attraktion für BesucherInnen und BewohnerInnen dieser Stadt. Ich könnte mir vorstellen, dass sich dieser Brunnen sehr wohl in das Konzept des Wettbewerb-Gewinners einfügen liesse - ganz zu schweigen davon, dass Schaffhausen die Philosophie der Expo mittragen und die Idee des Schaffhauser Brückenschlages von der Romandie in die Nordschweiz lebendiger machen könnte."

Esther Bänziger (SP) Votum

"Ich habe nicht gedacht, als ich mich meldete, dass Köbi Deppe aus der freisinnigen Fraktion einiges sagen würde, was ich Ihnen auch zu bedenken geben wollte. Ich möchte einige Dinge sagen, welche Sie sich vielleicht noch einmal überlegen. Thomas Hauser hat von vielen positiven Signalen gesprochen. Die Frage ist, welches sind positive Signale? Sind positive Signale diese ewigen Steuerfussenkungen, welche auf der anderen Seite wieder Vieles negativ machen, z.B. die Erhöhung von Gebühren? Wenn Sie sagen, dass Sie den Teuerungsausgleich für die Pensionierten streichen möchten - ist dies ein positives Signal? Ich kann mir kaum vorstellen, dass Sie da auf grossen Beifall stossen werden. Wir haben gehört, dass die Bevölkerungszahl in der Stadt Schaffhausen wieder ansteigt, das ist sehr positiv. Wie wir vernommen haben, handelt es sich bei den Neuzugezogenen nicht vorwiegend um Sozialhilfeempfangende, sondern um Menschen, die etwas zum Steuersubstrat beitragen. Das heisst mit anderen Worten, dass diese Steuern, die wir bezahlen müssen, offenbar nicht die erste Priorität sind, weshalb man sich einen Wohnort aussucht. Dies hat Köbi Deppe gerade auch bestätigt. Gute Schulen, eine schöne Landschaft, ein gut ausgebauter ÖV, kein störender Fluglärm und solche Sachen sind wichtige Kriterien für die Wahl des Wohnortes. Wenn wir über den Steuerfuss etwas erreichen wollen, müssen wir ihn derart senken, dass dies finanziell nicht verkraftbar ist. Ich bitte Sie, sich Gedanken darüber zu machen, was in der Tat positiv und was negativ ist."

Peter Neukomm (SP) Votum

"Ich möchte an dieser Stelle meinen Vorredner Köbi Deppe unterstützen. Er hat einiges angesprochen, was bedenkenswert ist. Ich habe gestern mit einem Vertreter eines Wirtschaftsunternehmens der Region gesprochen und gefragt, was eigentlich die Wirtschaft von uns erwartet. Volkswirtschaftlich ist das, was wir jetzt beabsichtigen, Humbug. Ich komme darauf zurück.

Ich möchte zuerst auf etwas hinweisen, was schon Peter Kämpfer in seiner Fraktions-Stellungnahme gesagt hat, und was stark mit dem zusammenhängt, was auch Köbi Deppe angetönt hat. Seit längerer Zeit akkumuliert sich bedrohlich ein ungeheurer Investitionsbedarf im Infrastrukturbereich dieser Stadt, welcher immer wieder aufgeschoben wird - das sind wir ja Weltmeister. Nicht zuletzt deshalb, weil die Liegenschaftsverwaltung noch nicht professionalisiert ist, haben wir noch keinen präzisen Überblick. Aber wir alle wissen doch einiges. Das sollte uns zu denken geben. Ich fürchte, dass es einmal ein schlimmes Erwachen gibt. Ein kleiner Teil unserer Schulden ist auf Seite 5 der stadträtlichen Botschaft zum Budget 03 aufgeführt. Wir haben bei den Kindergärten, den Turnhallen, den Sportstätten, den Heimen einen riesigen Sanierungsbedarf, welchen wir - wenn wir den Steuerfuss senken - immer weniger bewältigen können.

Der Selbstfinanzierungsgrad unserer Stadt liegt unter 60%, und es werden auch dieses Jahr wieder zusätzliche Schulden angehäuft.

Das ist der eine Bereich. Der Bereich, den jetzt Köbi Deppe angesprochen hat, und der auch mich dazu bringen würde, heute zu sagen, dass wir heute auf eine Steuerfussenkung verzichten müssen, weil wir dieses Geld - auch für die Wirtschaft - viel besser verwenden können, ist ein anderer.

In einer rezessiven Phase, in welcher wir uns jetzt befinden, mit dramatisch ansteigenden Arbeitslosenzahlen, bräuchte es zusätzliche Investitionen, welche die Konjunktur stützen, und nicht Steuergeschenke an Leute, die es nicht nötig haben, weil sie in den letzten Jahren überproportional von der Wirtschaftsentwicklung profitiert haben. Steuerfussenkungen in dieser Situation heute sind volkswirtschaftlich ein Blödsinn; nicht zuletzt auch in Anbetracht der Wirtschaftsprognosen und des zu erwartenden Rückgangs der Steuereinnahmen.

Was erwartet die Wirtschaft von uns?

Vielleicht müssen Sie jetzt auch einmal die Ohren spitzen. Ich habe wie erwähnt gestern mit einem Vertreter einer bedeutenden Schaffhauser Firma im Investitionsgüterbereich gesprochen. Für ihn ist es klar, was es hier und heute braucht: Es braucht zusätzliche Investitionen der Kommunen, die schnell wirksam werden. Sie wissen, dass es beim Bund anders ist. Wenn der Bund ein Konjunktur-Anschubprogramm bringt, dann wird es meist erst wirksam, wenn die Konjunktur schon wieder am Steigen ist. Die Kommunen haben hier sicher eine Chance. Und was machen wir?

Wir sorgen dafür, dass künftig Geld für Investitionen fehlt, dass unsere Investitionskraft weiter eingeschränkt wird.

Auch aus dem Stadtrat kommen da nur zaghafte Impulse: Er will mit seinem magischen Dreieck zaubern, was ihm aber einfach nicht so recht gelingen mag. Zwei der drei Ecken bleiben m.E. stumpf: Der Schuldenabbau kommt nicht vom Fleck und das Investitionsvolumen bleibt angesichts des grossen Investitionsbedarfs dieser Stadt bescheiden. Bei Lichte betrachtet ist auch die dritte Ecke des magischen Dreiecks eigentlich auch schon entzaubert: Das eine Steuerprozent bewirkt bezüglich der Konkurrenzfähigkeit bei der fiskalischen Belastung der natürlichen Personen rein gar nichts. Wir sprechen nur von den natürlichen Personen; bei den juristischen Personen sind wir absolute Spitze in der Schweiz. Rechnen Sie mal aus, was das für die grosse Bevölkerungsmehrheit bis hinauf in die oberste Mittelschicht ausmacht. Das sind doch Peanuts! Keine Peanuts wären diese Gelder aber im städtischen Haushalt, wenn sie zielgerichtet für zusätzliche Investitionen und damit auch für den Schuldenabbau eingesetzt würden. In diesem Sinne sind die Prioritäten heute auch aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Situation einfach falsch gesetzt. Es wird ideologisch einem Steuerfuss gehuldigt, statt pragmatisch auf die aktuelle wirtschaftliche Situation zu reagieren.

Ich möchte an dieser Stelle einen Satz zum hochgelobten Steuerfuss, der heute im Tages Anzeiger zu lesen war, von Regierungsrat Christian Huber (SVP) Kt. ZH, zitieren: "Eine giesskannenartige Steuerfussenkung ist der falsche Weg. Wenn es um Standortqualität geht, spielt der Steuerfuss weder die erste, noch die wichtigste Rolle. Viel wesentlicher sind die Gestaltung der Steuertarife und die gezielte Entlastung." Der Steuerfuss - das müssen wir uns eingestehen - bewirkt nicht viel. Wir könnten mit diesem Geld etwas viel Schläueres machen - auch für unsere Wirtschaft.

Es braucht eine Reaktion auf den aktuellen konjunkturellen Sinkflug und die Entwicklung am Arbeitsmarkt. Die Wirtschaft benötigt dringend eine spürbare Verstärkung der öffentlichen Investitionstätigkeit. Es gilt mit dafür zu sorgen, dass Arbeitsplätze geschaffen oder gerettet werden können. Setzen wir hier positive Signale.

Mit einer Steuerfussenkung von 1%-Punkt machen wir genau das Gegenteil: Sie zwingt unsere Stadt auf Investitionen zu verzichten, wenn sie sich nicht weiter verschulden will. Diese eine Million Franken, die künftig jedes Jahr fehlen wird, kann nicht mehr investiert werden. Nehmen wir doch unsere politische Verantwortung wahr und geben wir dem Stadtrat ein Signal in diese Richtung. Belassen wir den Steuerfuss auf 109% und setzen das Geld gezielt ein für zusätzliche Investitionen in unsere Infrastruktur, welche zum Teil in einem lausigen Zustand ist. Damit können wir gleich zwei Fliegen auf einen Schlag erledigen: Wir tilgen einerseits Schulden der Stadt, weil die vernachlässigten Investitionen in die Liegenschaften Schulden für unsere Stadt bedeuten, und andererseits tragen wir mit dazu bei, die Wirtschaft in der Region zu stützen. Der Spielraum ist da, damit wir auf diese Reduktion von 1%-Punkt verzichten können. Der Kanton hat 2% Steuerfussenkung vorgelegt. Die Leute haben eine gewisse steuerliche Entlastung nächstes Jahr im Kanton Schaffhausen. Ich bitte Sie, sich dies noch einmal durch den Kopf gehen zu lassen."

Stadträtin Veronika Heller Stellungnahme des Stadtrates *

"Der Stadtrat hat dieses Budget 2003 im August 2002 verabschiedet - wenn es draussen normalerweise heiss ist -, nachdem er das Rohbudget mit hohem Defizit auf ein vertretbares Mass zurückgestutzt hatte.

Damals lag die Zahl der arbeitslosen Personen im Kanton bei 2,3 %, in der Stadt bei 2,8 %.

Heute morgen habe ich die November-Zahlen erhalten:

- Der Kanton ist auf 2,8 % geklettert und
- die Stadt Schaffhausen auf 3,3 % !

Damit liegen wir zwar noch im schweizerischen Mittel, doch das ist ein schwacher Trost.

Betroffen sind 598 Personen - 20 % mehr als noch im August. Und 1132 Personen, also doppel so viele, sind auf Stellensuche.

Wir befinden uns einmal mehr in einer Besorgnis erregenden Situation.

Das Seco hat trotz zum Teil guten Quartalsabschlüssen seine Prognosen Ende November zurückgenommen - der Wirtschaftsaufschwung lässt auf sich warten (vgl. NZZ vom Freitag, den 29. November 2002).

"Keine Weihnachtswunder 2002, aber solides langfristiges Wachstum erwartet" - reichlich optimistisch die Schaffhauser Kantonalbank.

Es fragt sich wirklich, ob das kleinräumige Schaffhausen und die ebenso kleinräumige Schweiz im nächsten Jahr eine "harte Landung" vor sich haben oder "ein neues Durchstarten" erleben werden. (vgl. Tages-Anzeiger-Magazin Nr. 49, 7. Dezember 2002, S. 4. ff.).

Wie bereits mehrfach erwähnt worden ist, ist es uns immerhin gelungen, in den letzten beiden Jahren die Einwohnerzahlen wieder zum Steigen zu bringen. Das hat auch dazu geführt, liberaler Querdenker, dass wir bei den Steuereinnahmen davon ausgegangen sind, es müsste eigentlich etwas mehr eingehen; dies war im August.

Die Wirtschaftsindikatoren haben uns relativ detaillierte Informationen gebracht - erstmals für das Jahr 2000. Ich habe bei der Einwohnerkontrolle noch einmal nachgefragt, Fredy Zollinger, in Bezug auf die Bevölkerungsmutationen in der Stadt. Ich habe die folgende Auskunft erhalten:

Todesfälle 2002: 325 gegenüber 268 im Vorjahr ("Sterbeüberschuss" 2002 von 57 Personen).

Die Bevölkerungszunahme insgesamt beträgt über das ganze Jahr 283 Personen. Der Einwohnerkontrolle ist es nicht möglich, die Daten anders als mit den Jahresschlusszahlen so zu analysieren, wie Sie es gerne hätten, weil der Aufwand relativ gross ist. Denn wenn sich die Leute bei der EWK anmelden, so sagen sie ja nicht, welches steuerbare Einkommen sie haben usw.. Wenn wir die Basis der Wirtschaftsindikatoren weiter entwickeln wollen, kann man dann die Daten 2001 und 2001 aufbereiten. Für die Aufbereitung unter dem Jahr ist der Aufwand jedoch zu gross.

Vor allem wegen diesen vielen unsicheren Umständen bin ich sehr froh, dass es der GPK gelungen ist, die Budgetberatungen in sachlich-freundlichem Klima durchzuführen. Im Laufe der Beratungen hatte nämlich die Vorlage "Pflegestellen in den Altersheimen" und die Änderung des Dekretes über den Finanzausgleich im Kanton zu massiven Verschlechterungen der Laufenden Rechnung geführt.

Der Stadtrat hat daraufhin der GPK vorgeschlagen, in zwei Bereichen Korrekturen vorzunehmen:

- den Sachaufwand um 2,5 % zu kürzen
(der neue Stand ist immer noch etwas über demjenigen der Rechnung 2001);
- und die Abschreibungen in einem Ausmass zu reduzieren, so dass sie immer noch den gesetzlichen Vorschriften zu genügen vermögen.

Diese Massnahmen haben zu dem Resultat geführt, das Ihnen bereits bekannt ist, einem Defizit in der Laufenden Rechnung von ca. Fr. 2,2 Mio.

Im selben Zeitraum hat die Investitionsrechnung - vor allem wegen der erfolgreichen Abstimmung über das regionale Buszentrum, den notwendigen Sanierungen der Schiessanlage Birch und der Wintergarderoben der KSS - eine Zunahme der Ausgaben von ursprünglich 11 Mio auf 12,3 Mio (gerundet) erfahren.

Die Leistungsaufträge für die WoV-Abteilungen gaben, von einigen Details abgesehen, zu keinen besonderen Massnahmen Anlass.

Die Fraktionserklärungen waren sehr ausführlich und haben auf verschiedene Punkte Bezug genommen. Ich werde dann - vor allem wenn wir in der Detailberatung sind - auf die einzelnen Vorbehalte zu sprechen kommen.

Im Namen des SR beantrage ich Ihnen deshalb, auf das Budget 2003 einzutreten und dieses - wenn immer möglich ohne grössere Verschlechterungen - gutzuheissen, so wie Ihnen Alfred Zollinger die GPK-Anträge heute Abend erläutert hat. Diese Anträge widerspiegeln auch die Dynamik, dass Daten und Erkenntnisse seit der Budgetverabschiedung im August durch den SR zwischenzeitlich in die GPK-Beratung einfließen, so dass wir das Budget heute auf einem aktuellen Stand diskutieren können.

Dankbar bin ich, wenn Sie - wie der Stadtrat und die GPK - am Schluss und in Kenntnis des definitiven Resultates - ebenfalls zur Auffassung gelangen, die vom Stadtrat beantragte und von der GPK mit getragene Steuerfussreduktion um einen Punkt, d.h. von jetzt 109 auf 108 %, sei richtig und mehr liege nicht drin.

Die Gedankenspiele des liberalen Querdenkers habe ich auch schon gemacht. Wenn ich einfach umbauen könnte, wie ich wollte, ohne Stadtrat und Parlament, würde ich dies auch tun. Aber wir haben ja ein Konkordanz-System. Da muss man Mehrheiten finden. Ich meine, dass der Konsens, den wir jetzt gefunden haben, durchaus tragfähig ist. Er sollte uns eigentlich auch erlauben, unter dem realpolitischen Aspekt dieses Budgets ins nächste Jahr zu starten.

Zum Schluss danke ich der ganzen GPK, insbesondere dem GPK-Präsidenten Alfred Zollinger, für die konstruktiven Beratungen, die sachliche, umfassende Berichterstattung und das weitgehende Mittragen der Anträge des Stadtrates.

Einen grossen Dank hat auch der Ratssekretär René Gisler verdient. Er hat dafür gesorgt, dass wir jeweils umgehend mit den ausgefertigten Protokollen versehen wurden, an denen praktisch nichts auszusetzen war.

Mein Dank geht auch an das städtische Personal und dessen Vertreterinnen und Vertreter. Sie haben ohne Murren Verständnis aufgebracht dafür, dass für das nächste Jahr keine zusätzliche Realloohnerhöhung möglich ist. Die Stadt wollte dem Kanton Gelegenheit geben, wieder soweit aufzuholen, dass die Revision des Personalgesetzes ebenauf starten kann. Schade, dass der Kanton diese Chance vertan hat.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich auch dafür eingesetzt, mitgedacht und mitgearbeitet, um das Budget in den Rahmen zu setzen, der als ausgeglichen bezeichnet werden kann. An der Reduktion des Sachaufwandes werden sie kaum Freude haben. Diese ist jedoch nicht linear gedacht; sie soll vielmehr dadurch erreicht werden, dass einzelne Posten - die Abteilungen sollen diese selber bestimmen - fallen gelassen oder zeitlich hinausgeschoben werden.

Ihre Fragen, soweit vorhanden, werden wir in der Detailberatung beantworten - oder dies zumindest versuchen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit."

Josef Eugster (SVP) Votum

"Ich muss auf das Votum von Peter Neukomm zurück kommen. Ich möchte Sie an zwei Geschäfte erinnern, die wir in diesem Parlament behandelt haben und die volkswirtschaftlich betrachtet ein "Riesenblödsinn" sind.

Ich spreche von der Container-Lösung im Sportstadion Breite und vom Ballondach in der KSS. Mit dem Geld, das die Stadt und die Vereine da investieren, hätten wir ein sehr grosses Investitionskapital verzinsen und amortisieren können und hätten dann etwas Nachhaltiges. Wir könnten ein Stadion bauen, das mindestens 30 Jahre seinen Dienst erfüllen würde, wir könnten auch das längst fällige Lehrschwimmbecken bauen. Dies würde die ganze Situation in der KSS entspannen. Man müsste sich überlegen, in welche Richtung man die Investitionen tätigen soll."

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen zum Eintreten erfolgten, lässt die **Ratspräsidentin** über das Eintreten abstimmen.

ABSTIMMUNG

Der Rat beschliesst einstimmig mit 48 : 0 Stimmen EINTRETEN auf den Voranschlag 2003.

An dieser Stelle - um 18.00 Uhr - unterbricht die Ratspräsidentin die Sitzung für eine Pause bis 19.00 Uhr.

TEIL 2

DETAILBERATUNG

Begonnen wird mit dem **LEISTUNGSaufTRAG/GLOBALBUDGET 2003 der PILOTABTEILUNGEN**

Ernst Spengler, 1. Vizepräsident verliest die Dokumentation seitenweise.

Altersheim Steig, Seite 7 wurde ausgewechselt.

Altersheim Steig, Seite 10 03 Verpflegung

Urs Tanner (SP) nimmt Bezug auf die Standards bezüglich Zufriedenheit der BewohnerInnen mit der Qualität der Verpflegung und der Zufriedenheit der externen BezügerInnen von Mahlzeiten und Nahrungsmitteln - Indikator Reklamationen -, wo der Standard je mit kleiner als 1% vorgegeben wird. Der Votant setzt diese Standards in Relation zur Zufriedenheit der BewohnerInnen mit dem Pflegekonzept und der Regelung der Sterbebegleitung auf Seite 9 - Indikator Beurteilung in Umfrage durch OptiHeim -, wo ein Standard von weniger als 10% Unterqualität vorgegeben wird. Urs Tanner findet letztere Zahl relativ schlecht. "Sind diese <10% Unterqualität sau-mies, mittelmässig schlecht oder gut?"

SR U. Hunziker geht davon aus, dass diese Standards durch das Qualitätssicherungs-System OptiHeim gesetzt werden. Diese tolerierte Unterqualität von <10% sollte in Relation zu den Fragebogen gesetzt werden können, sonst macht eine Interpretation wenig Sinn.

Steuerverwaltung, Seite 22 01 Steuern natürliche Personen

Erwin Sutter (EDU)

"Mir und auch andern fällt auf, dass der Versand der definitiven Steuerrechnungen seit Einführung der jährlichen Veranlagungen im Rückstand ist, trotz mehr Personal (siehe Personalkosten Seite 21) im Steueramt.

Das Leistungsziel "Periodengerechte Veranlagung" ist auf 75% definitive Veranlagungen gesenkt worden. Im Vergleich dazu die Zahlen aus den Vorjahren:

2000 : 86%

2001: 87%

2002: Ziel = 85%.

Durch die neu eingeführte Kontoführung bei den Steuern mag es für das Steueramt nicht mehr so wichtig sein, ob die Steuereingänge definitiv sind, denn bei Abweichungen wird das ja einfach durch positive oder negative Zinsen ausgeglichen.

Ein anderer Punkt ist allerdings der Einfluss auf Kennzahlen des Budgetierungsprozesses. Da wir beim Thema WoV ja nicht nur Zahlen anschauen, sondern auch politische Fragen diskutieren sollten, möchte ich generell zum Thema Budgetierung Stellung nehmen.

Wenn Stadtrat und Grosser Stadtrat das Budget für das kommende Jahr behandeln, dann müssen wir uns auf Vergleichszahlen der definitiven Rechnung des Vorjahres und des Budgets des laufenden Jahres abstützen. Die laufenden Rechnungsdaten sind uns nicht bekannt. Das Budget ist ja im Prinzip eine Prognose über die Finanzzahlen des kommenden Jahres.

Bei den Einnahmen sind die Steuereinnahmen der wichtigste Input. Hier, wie auch bei den laufenden Ausgaben, erhalten wir über das laufende Jahr keine Informationen. Wir befinden uns also praktisch im Blindflug, bis uns dann im Frühling die definitive Rechnung aufs Pult fliegt. Das ist eine unbefriedigende Situation, und ich möchte daher der Finanzreferentin folgende Fragen stellen:

- 1) Stellen Sie dem Stadtrat die laufenden Rechnungszahlen zur Verfügung und zwar als Monats- oder mindestens Quartalsabschlüsse bzw. wie steuert der SR die laufenden Ausgaben?
- 2) Sehen Sie es als sinnvoll an, eine Hochrechnung oder Prognose über die Rechnung des laufenden Jahres anzustellen (vielleicht machen Sie das ja bereits intern)? Ich meine damit nicht nur die laufenden Rechnungszahlen, sondern eine wirkliche Prognose im Sinne einer Hochrechnung - etwa vergleichbar mit derjenigen, die bei Abstimmungen auch gemacht wird. Am Anfang werden Sie vielleicht stärkere Abweichungen mit dem Rechnungsergebnis haben, aber mit der Zeit werden Sie durch den Lerneffekt die richtigen Indikatoren auswählen und zu guten Prognosen kommen.
- 3) Wie stellen Sie sich dazu, mit dem Voranschlag für das kommende Jahr eine Vorschau über die Rechnungszahlen des laufenden Jahres zu präsentieren?

Zum Leistungsziel für das Steueramt möchte ich folgendes vorschlagen:

- Das Leistungsziel "Periodengerechte Veranlagung" sollte weiterhin auf mindestens 85% und nicht 75% festgelegt werden.
- Als weiteres Leistungsziel sollte das Steueramt die voraussichtlichen Steuereinnahmen pro Quartal liefern. Die notwendigen Informationen betreffend Zu- und Wegzug von EinwohnerInnen müsste das Steueramt ja ohnehin kennen.

Alfons Cadario (EVP) schliesst sich bezüglich Leistungsziel "Periodengerechte Veranlagung" der Meinung von Erwin Sutter an, wonach dieses bei ca. 85% angesiedelt werden sollte.

Der Votant beanstandet gleichzeitig die grauen Schattierungen in der WoV-Dokumentation, welche das Lesen erschweren. Er bittet die Verwaltung, künftig die Schattierung wegzulassen und auf die Darstellung schwarz/weiss zu wechseln.

SR Veronika Heller sichert zu, dass man sich Mühe geben werde, den Druck zu verbessern. Die Finanzreferentin ist mit E. Sutter und A. Cadario einverstanden, dass sich das Leistungsziel "Periodengerechte Veranlagung" - Indikator Anzahl definitive Veranlagungen in % - von 75 auf 85 % entwickeln sollte. Sie weist jedoch darauf hin, dass die Sache mit der Gegenwartsbesteuerung erst dieses Jahr anfang, richtig zu laufen. Es gab auch Schwierigkeiten mit der KSD auf der EDV-Seite, was anfangs Jahr Monate gekostet hat, um die definitiven Rechnungen zu erstellen. Weiter hatte die Steuerverwaltung in diesem Jahr 70% Revisionsanträge - das Steuerjahr 2001 betreffend - zu bearbeiten. Das macht den Anspruch von E. Sutter etwas schwierig. Die Vergleichsmöglichkeiten werden dann bestehen, wenn die Gegenwartsbesteuerung voll läuft. Dies ist immer noch im Umbruch.

"Wir sind daran, bessere Zahlen und Grundlagen zu erarbeiten. Die Prognosen haben Sie normalerweise im Finanzplan für das laufende Jahr. Nur sind wir im Finanzplan im Verzug. Die Finanzkontrolle Kanton und Stadt wurde zusammengeführt. Bisher hat die Fiko den Finanzplan gemacht, zusammen mit dem Investitionsprogramm. Neu macht diese Arbeit der Controller. GrSR R. Rohner hat vorhin angedeutet, was alles bezüglich Reorganisation beim Kanton läuft, wo das städtische Kader in Kommissionen auch stark gefordert wird. Da bleiben gewisse Dinge liegen, weil die Ressourcen sowohl beim Personal als auch in der Exekutive beschränkt sind. Bezüglich Personalaufstockung in der Steuerverwaltung ist noch zu sagen, dass erst eine Person angestellt wurde. Eine nächste Anstellung ist ungefähr auf Feb. 03 geplant. In dieser Übergangsphase ist es durchaus vertretbar und realistisch, in Übereinstimmung mit dem Chef der Steuerverwaltung mit diesen 75% zu operieren. Ich gehe davon aus, dass sich dieser Satz jedes Jahr verbessern wird."

Die Finanzreferentin bittet um Verständnis für die geschilderte Situation. Sie weist schliesslich noch darauf hin, dass - falls in absehbarer Zeit eine weitere kant. Steuergesetz-Revision mit entsprechenden Änderungen kommt -, dann zumal wieder eine andere Ausgangslage zu berücksichtigen sein wird.

Steuerverwaltung, Seite 24 03 Steuerinkasso

Erwin Sutter (EDU) stellt folgende zwei Fragen:

1. Das Leistungsziel, Betreibungsbegehren rasch einzureichen, wurde von 30 (2001) auf 50 Tage heraufgesetzt. Was sind die Gründe?
2. Im Jahre 2000 wurden auch die Restanzen in % des Steueraufkommens per Ende Jahr als Leistungsziel angestrebt. In jenem Jahr wurden bei einem Ziel von 10% noch 11.3% Restanzen angegeben. Seit 2001 fehlt dieses Ziel. Wäre es nicht angebracht, dieses Leistungsziel weiter zu verfolgen? In diesem Zusammenhang stellt sich generell die Frage, wie im Budget Kreditoren und Debitoren behandelt werden. Solche muss es ja geben, nur, wo und wie werden diese ausgewiesen?

SR Veronika Heller erklärt bezüglich der neuen 50-tägigen Frist, dass hierfür die Post verantwortlich sei. Verzögerungen bei der Zustellung der Mahnungen führen zwangsläufig zu Verzögerungen beim zweiten Schritt - der Einleitung des Betreibungsbegehrens. Bezüglich Restanzen gibt die Finanzreferentin dem Fragesteller recht. Die Steuerverwaltung ist intern auf gewisse Schwierigkeiten gestossen, diese in der Übergangsphase richtig darzustellen. "Wenn Sie wünschen, dass wir die Restanzen ausweisen, so werden wir das wieder tun. Es macht jedoch im Budget nicht viel Sinn, weil es dann geschätzte Restanzen sind. In der Rechnung sind sie effektiv aufgeführt. Dort weisen wir die effektiv eingegangenen Steuern aus. Im Geschäftsbericht haben wir die Sollzahlen, weil vorher abgeschlossen wird. Dies gibt immer wieder Differenzen, die zu Verwirrungen führen können."

Bezüglich Debitoren antwortet SR Heller, dass diese in der Buchhaltung ausgewiesen sind. Die Darstellung ist eine Frage des Detaillierungsgrades.

Erwin Sutter (EDU) bestätigt, dass die Restanzen für das Budget keine grosse Rolle spielen. Es geht ihm aber darum, dass die Leute in der Steuerverwaltung ein Ziel verfolgen und versuchen, die Restanzen möglichst klein zu halten. Daher soll das Ziel irgendwo genannt werden.

Bei WoV geht es um Zielsetzungen, dass man den Hebel richtig ansetzt, dass man versucht, die Prozesse zu verbessern, und diese Zahl nicht irgendwo als "Datenleiche" ausweist.

SR Veronika Heller: "Das machen die Leute in der Steuerverwaltung natürlich, denn sie haben kein Interesse daran, möglichst viele Restanzen zu haben, welche sie laufend wieder in die Finger nehmen müssen. Sie bemühen sich ernsthaft, die Pendenzen raschmöglichst zu erledigen."

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen zu den Leistungsaufträgen der 5 Pilotabteilungen Altersheim Steig, Stadtarchiv, Stadtgärtnerei/Friedhofverwaltung, Steuerverwaltung sowie Vormundschafts- und Erbschaftsamt.

ABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst den **LEISTUNGS-AUFTRAG/GLOBALBUDGET 2003 der PILOTABTEILUNGEN** mit **48 : 0 Stimmen** gut.

DETAILBERATUNG

Begonnen wird auf Seite 11 des grossen Buches

III. LAUFENDE RECHNUNG

Ernst Spengler, 1. Vizepräsident verliest die Seitenzahlen.

Seite 14 **0120 310.200 GrSR Drucksachen, Publikationen**

Lotti Winzeler (OeBS) erkundigt sich, weshalb die Vorlagen an das Parlament nicht beidseitig bedruckt werden. Es wäre ein Beitrag an die Umwelt und an die Eindämmung der Papierflut.

Stadtpräsident M. Wenger verweist darauf, dass es einmal der Wunsch war, die Vorlagen an das Parlament nicht beidseitig zu bedrucken. Grundsätzlich würde dem Anliegen von L. Winzeler kein Widerstand geleistet. Dies würde mithelfen, massiv Papier zu sparen. Wenn das Parlament der Verwaltung signalisiert, dass dies gewünscht wird, wird sie diesem Wunsch künftig Rechnung tragen. (Es wird jedoch kein diesbezüglicher Antrag gestellt.)

Seite 30 **0300 307.001 Teuerungszulage an RentenbezügerInnen**

Fr. 145'000.-- (figuriert unter den GPK-Anträgen)

Hans Ith (SVP): "Es kann doch nicht angehen, dass wir wieder einen Graben schaufeln zwischen den kantonalen und den städtischen Pensionierten (städt. Bus-Chauffeur/ASS, ex Kantons/Stadtpolizist). Ich stelle daher den Antrag, den Betrag von Fr. 145'000.-- zu streichen."

Peter Möller (GB): "Aus meiner Sicht ist es nicht notwendig, dass dieser Rat dem Fehlentscheid des Kantonsrates folgt. Diese Differenz können wir StädterInnen gut tragen. Deshalb plädiere ich dafür, dass wir bei den Anträgen der GPK bleiben."

Thomas Hauser (FDP): "Ich habe beim Eintreten gesagt, dass wir im Interesse der Gleichschaltung zwischen Stadt und Kanton den Antrag von Hans Ith unterstützen, den Teuerungsausgleich für die städt. Pensionierten zu streichen. Als Folge der Gespräche beim heutigen Nachtessen und wahrscheinlich auch als Reaktion auf das Votum von Peter Möller in der Eintretensdebatte bröckelt bei uns diese Nein-Mehrheit. Es gibt diverse Enthaltungen."

Peter Neukomm (SP): "Den Fehler, den der Kantonsrat gemacht hat, dürfen wir nicht machen. Das ist kontraproduktiv - ich glaube, Stadtpräs. M. Wenger hat Ihnen das in der Pause erklärt - im Hinblick auf die Frühpensionierungen, welche zurück gehen werden, wenn den Pensionierten im Gegensatz zu den aktiven Beschäftigten der Teuerungsausgleich vorenthalten wird. Mit den Frühpensionierungen haben wir viel Geld sparen können. Das ist die buchhalterische Komponente. Es gibt aber noch eine andere Komponente. Es verstösst meines Erachtens gegen Treu und Glauben, wenn man plötzlich den Teuerungsausgleich streicht. Man hat viele Leute in den Staatsdienst geholt mit dem Versprechen, dass sie diesen haben. Sie haben dafür andere Nachteile. Es ist auch volkswirtschaftlich unsinnig, weil die Leute nämlich Kaufkraft verlieren. Machen Sie nicht den gleichen Fehler wie der Kantonsrat - stimmen Sie dem Antrag Hans Ith nicht zu!"

Christian Hablützel (SP): "Ich möchte Ihnen auch warm ans Herz legen, diesen Teuerungsausgleich nicht zu streichen. Ich habe auch mit Schrecken in der Presse gelesen, dass es nebenbei bei der Pensionskasse eine Unterdeckung geben soll. Diese Unterdeckung heisst nämlich nur das Nichteinbezahlen der Beiträge der öffentlichen Hand. Wir senden schlechte Signale, wenn wir jetzt auf dem Buckel der RentnerInnen diese finanziellen Konflikte austragen."

Stadträtin V. Heller: "Ich bitte Sie auch, beim Antrag der GPK bzw. des Stadtrates zu bleiben. Es geht ja auch um die Glaubwürdigkeit der Stadt als Arbeitgeberin - auch wenn wir gegenüber den Pensionierten ehemalige Arbeitgeberin sind -, dass wir dafür sorgen, dass diese Indexierung bestehen bleibt. Dies auch deshalb, weil wir vor etwa vier Jahren einen Grundsatzentscheid gefällt haben, wo wir ganz klar gesagt haben, wenn die Aktiven diese Indexierung erhalten, dann sollen ihn auch die Pensionierten erhalten. Diesen Grundsatz möchte ich beibehalten. Der Kanton hat schon eine andere, wesentlich grössere Differenz geschaffen als letzten Montag. Ich gehe auch davon aus, dass wir uns bemühen, möglichst gleiche Angebote zu haben. Aber wenn das beim Kanton nicht möglich ist, bin ich der Meinung, dass wir das in der Stadt realisieren wollen. Sie sehen, dass diese Teuerungszulage einen Betrag von Fr. 145'000.-- im Jahr ausmacht."

Peter Neukomm hat schon angetönt, was es uns kosten würde, wenn die Leute plötzlich auf die Frühpensionierung verzichten würden. 2001 hatten wir 25 vorzeitige Rücktritte - Nettoeinsparung Fr. 400'000.--, ohne Sozialleistungen. Das können Sie in der Jahresrechnung 01, Seite 43 nachlesen. Im Jahr 2002 haben wir provisorisch bis jetzt 17 Rücktritte - Einsparung Fr. 314'000.--, ohne Sozialleistungen. Wenn wir diese Verlässlichkeit der Stadt als Arbeitgeberin aufrecht erhalten, so ist dies letztlich für die Stadt absolut von Vorteil. Den Vertrauensverlust, den man durch das Abschneiden dieses Teuerungsausgleichs erleiden würde, kann man gar nicht berechnen. Daher bitte ich Sie, diesen Betrag im Budget zu belassen."

Alfred Zollinger (SVP)

Votum des GPK-Präsidenten

"Es geht nicht um den Betrag. Ich möchte nochmals an mein Votum erinnern. Dieser Betrag von Fr. 145'000.-- ist von der GPK auf Ersuchen des SR beantragt worden, bevor die Abstimmung im Kantonsrat erfolgte. Wenn die Abstimmung im Kanton früher gewesen wäre, weiss ich nicht, was die GPK vorgeschlagen hätte. Vermutlich wäre der Antrag nicht stehen geblieben. Ich habe ein Problem mit der Schaffung dieser Differenz zum Kanton. Bei jeder Gelegenheit hören wir vom "Betriebsunfall", den es vor einem Jahr bei der Reallohnerhöhung (Diff. zum Kanton 0,5%) gegeben hat. Wenn wir diesem Teuerungsausgleich jetzt zustimmen, so wird dieser auch eingebaut." Der GPK-Präsident macht deutlich, dass er dem Antrag von H. Ith auf Streichung folgen wird, da er diese erneute Differenz zum Kanton nicht akzeptiert.

Bernhard Egli (OeBS): "Es geht nicht darum, wer Fehler macht und wer nicht. Der Kantonsrat befasst sich mit den kantonalen Angestellten und wir uns mit den städtischen Angestellten. Stadt und Kanton haben den gleichen Markt. Wenn wir ein wenig besser sind auf diesem Markt, kriegen wir vielleicht die besseren Leute. Warum nicht? Wir müssen für die Stadt schauen. Weshalb sollen wir diesen Marktvorteil nicht ausnützen?"

Erwin Sutter (EDU) ist dafür, dass die Pensionierten den Teuerungsausgleich erhalten. Aber es dürfe nicht sein, dass die Pensionskasse mit Steuergeldern, d.h. auf Kosten der SteuerzahlerInnen saniert wird. "Es ist eine Sache der PK, ob sie Teuerungszulagen auszahlen kann oder will und nicht Sache der SteuerzahlerInnen. Daher gehört dieser Betrag nicht ins Budget hinein, und es kann nur Nein zu dieser Position heissen, obwohl ich den Pensionierten diese Zulage noch so gönnen würde."

Edgar Mittler (FDP) schliesst sich den Ausführungen von Erwin Sutter an. Er bemängelt, dass immer von Fehlern des Kantonsrates gesprochen wird und weist darauf hin, dass es Mehrheiten gibt. Diese Mehrheiten haben so beschlossen. "Es ist eine Zumutung, wenn man sagt, es sei ein Fehler des Kantonsrates." Der Votant verweist im weiteren auf das PK-Reglement, welches erlaubt, bei besonderen Umständen von einem Ausgleich der Teuerung abzusehen. In diesem Jahr werden auch viele private Pensionskassen eine Unterdeckung aufweisen. Da wird jedoch nicht der Arbeitgeber einspringen. "Der automatische Teuerungsausgleich ist eigentlich nur bei staatlichen Pensionskassen möglich. In der Privatwirtschaft gibt es praktisch keine Pensionskassen, welche reglementarisch die Teuerung ausrichten. Es gibt dort freiwillige Erhöhungen, welche vom Geschäftsergebnis abhängig sind. Es kommt darauf an, wie die Sache gemanagt wird. Wenn man falsch managt, und die Stadt dies dann mit Steuergeldern richten soll, das kann ich nicht unterstützen." Der Votant wird dem Streichungsantrag von H. Ith folgen.

Stadtpräsident M. Wenger stellt klar, dass nicht zur Diskussion steht, mit dem städtischen Beitrag von Fr. 145'000.-- die PK quasi zu sanieren. "Es steht nur zur Diskussion, ob wir den RentnerInnen - den ehemaligen MitarbeiterInnen der Stadt - die Teuerung für das Jahr 2003 ausgleichen sollen. Aufgrund der Dekretsrevision im Kantonsrat müssen Sie jedes Jahr neu entscheiden. Sie müssen dies aufgrund der Finanzlage der Stadt entscheiden, d.h. das Thema kommt spätestens in einem Jahr wieder. Leider hat man bei der Gesetzes-Revision im Kantonsrat eine wichtige Anregung, die ich damals gemacht habe, nicht berücksichtigt."

Ursprünglich hatte man vor, wenn der Deckungsgrad rückläufig und unter 100 Prozent ist, und wenn Aktive und die RentnerInnen gleich behandelt werden, über die Teuerung zu sprechen. Dann wäre die Teuerung nicht ausbezahlt worden - gerecht auch bei den Aktiven nicht. Das ist das Problem, das man hätte lösen sollen. Man hätte die Gleichbehandlung einführen sollen. Ich habe das im Kantonsrat beantragt und bin leider damit gescheitert. Das führt dazu, dass sich bei der Frühpensionierung genau diese Problematik stellt, welche die Finanzreferentin und Peter Neukomm geschildert haben."

Peter Kämpfer (SP): "Der GPK-Präsident hat die Bemerkung gemacht, dass er nicht wisse, wie die GPK in Kenntnis der Abstimmung im Kantonsrat in dieser Frage entschieden hätte. Ich denke, sie hätte sicher nicht einheitlich darüber entschieden. Es ist müssig, darüber zu diskutieren, ob der Kantonsrat einen Fehler gemacht hat oder ob es ein "Betriebsunfall" gewesen ist, als wir vor einem Jahr in der Stadt beschlossen haben, eine höhere Reallohnerhöhung als der Kanton für die Angestellten zu gewähren. Ich glaube, dass wir auf der richtigen Seite sind, das hat Bernhard Egli schon gesagt. Es ist volkswirtschaftlich richtig, den Teuerungsausgleich an die RentnerInnen zu gewähren. Es ist ein Blödsinn, diesen abzulehnen. Es geht hier nicht um die Unterdeckung in der PK; diese ist viel höher. Das können wir nicht mit dem zur Diskussion stehenden Betrag ausgleichen." Der Votant verweist noch auf die Gründe, weshalb die Pensionskassen Probleme mit der Deckung haben - zu starkes Engagement bei den Aktien, deren Kurse zum Teil dramatisch eingebrochen sind (zu hohes Risiko, zu wenig Sicherheit). Peter Kämpfer votiert für die Belassung des Betrages im Budget.

Peter Wullschlegler (CVP): "Es ist eigentlich Sache des Arbeitgebers, für Pensionierte zu schauen. Die PK ist das Mittel dazu. Wenn nun eine PK reglementarische Pflichten nicht erfüllen kann, ist es einem Arbeitgeber unbenommen, entsprechend ergänzend zu handeln. Meines Erachtens haben wir es vorliegend mit einem solchen Fall zu tun. Auch in der Privatwirtschaft ist das hin und wieder der Fall gewesen, dass Unternehmungen ihren Pensionierten eine Zusatzleistung erbrachten. Die CVP ist deshalb für die Ausrichtung dieser Teuerungszulage - auch wenn der Kanton anders gehandelt hat. Wir machen dies heute unter diesem Titel und nicht unter dem Titel des Missmanagements von Pensionskassen. Die Pensionskasse konnte in den letzten Jahren - weil sie Gelder auch in Aktien anlegte - ihren Deckungsgrad erhöhen. Dass dieser Deckungsgrad aufgrund der Aktienbaisse etwas zurückgefallen ist, gehört zur Marktentwicklung. Wenn wir meinen, dass die Entwicklung immer aufwärts geht, dann muss ich Ihnen sagen: Aus dem Alter, wo ich an Märchen geglaubt habe, bin ich längst raus."

Kurt Zubler (SP): "Ich möchte nur kurz Edi Mittler entgegnen. Er hat bezüglich Fehler, "Betriebsunfällen" etc. die Mehrheiten im Kantonsrat reflektiert. Man müsse diese respektieren. Wir erachten den Grossen Stadtrat immer noch als autonome Behörde, welche selbständig entscheidet, sonst können wir diese Sache in Form einer Kompetenzübertragung gleich dem Kantonsrat zuweisen. (...) Die Mehrheitsverhältnisse im Kantonsrat waren dort so, hier im Grossen Stadtrat hoffen wir, seien sie anders."

Peter Neukomm (SP): "Ich bin erschüttert ob diesem Kadavergehorsam, der bei einigen Leuten in diesem Rat gegenüber dem Kanton besteht. Dass die Mehrheit immer recht hat, Edi Mittler, ist eine alte Weisheit."

Ich weiss nicht, ob Du gleicher Meinung bist, wenn Du in der Minderheit bist. Es ist immer eine Frage des Standpunktes.

Ich habe eigentlich das Wort ergriffen, um zu beantragen, die Abstimmung sei unter Namensaufruf durchzuführen. Die Rentnerinnen und Rentner der Stadt haben ein Anrecht darauf, zu wissen, wer ihnen den Teuerungsausgleich entziehen will."

Alfons Cadario (EVP) erklärt, dass der Rat ein falsches Signal aussendet, wenn er diese Position streicht. "Wenn die Arbeitslosenzahlen steigen, sollten wir möglichst viele Frühpensionierungen anstreben, damit wir die guten Leute, welche jetzt arbeitslos sind, von der Strasse weg bringen."

Stadträtin V. Heller nimmt ein Votum von Erwin Sutter auf. "Es geht weder darum, die Pensionskassen zu sanieren, noch denen etwas zuzuhalten. Das kantonale PK-Dekret hat diesen Fall geregelt, was man tut, wenn es eine Unterdeckung gibt. Da wird der Arbeitgeber informiert, dass er die Teuerung ausgleichen kann, wenn er das will. Daher haben wir diese Position in die Anträge genommen. Die Gründe, die dafür sprechen, haben Sie gehört. Der SR bleibt bei seinem Antrag."

Stadtpräs. M. Wenger gibt Peter Neukomm zu bedenken, "dass das ganze Elend im Kantonsrat mit den Abstimmungen unter Namensaufruf angefangen habe. Ich würde dem Rat zutrauen, dass er das ohne dieses Instrument machen kann, dass sich auch ohne Namensaufruf eine Mehrheit finden lässt." Der Stadtpräsident empfiehlt, die Abstimmung ohne Namensaufruf durchzuführen.

Roland Schöttle (FDP) bittet Peter Neukomm, seinen Antrag - Abstimmung unter Namensaufruf - zurückzuziehen. "Ich prophezeie, es gibt gesamthaft auf das Budget bezogen bessere Resultate aus der ganzen Affäre, was so nicht der Fall sein wird."

Die **Ratspräsidentin** stellt fest, dass ein Antrag von Peter Neukomm (SP) auf Abstimmung unter Namensaufruf vorliegt. Sie fragt daher, wer die Abstimmung unter Namensaufruf wünscht. Das nötige Quorum von 10 Stimmen (gemäss § 47 der Geschäftsordnung des GrSR) wird erreicht.

ABSTIMMUNG unter Namensaufruf

Der Grosse Stadtrat beschliesst mit 28 : 20 Stimmen bei 1 Enthaltung, die Position 0300 307.001 Teuerungszulage an RentenbezügerInnen Fr. 145'000.-- im Budget zu belassen.

Die Namensliste liegt dem Protokoll bei.

Seite 52 **2140 365.002 Beitrag an die Berufsabteilung
des Musikkonservatoriums Fr. ---**

Walter Hotz (FDP): "SR U. Hunziker ist von Amtes wegen in der Stiftung Musikschule vertreten. Die Musikschule hat - wie in der Presse zu lesen war - erfreulicherweise einen Gewinn von Fr. 90'000.-- erzielt. Die Frage ist, ob eine Stiftung überhaupt einen Gewinn machen muss. Wie aus dem Budget 03 ersichtlich ist, fällt der städtische Beitrag - Rechnung 2001 Fr. 550'000.-- - weg.

Es ist jedoch festzustellen, dass die Zustände in der Musikschule bezüglich Infrastruktur sehr dürftig sind. In den letzten Jahren wurde ein Holz-Notenständer durch einen aus Plastik ersetzt.

Der Schulgeld-Tarif für Erwachsene wurde innerhalb der letzten 10 Jahre um 38% erhöht, derjenige für SchülerInnen um 16%. Ich bin der Meinung, dass die preisliche "Schallgrenze" jetzt erreicht ist. Für eine Familie, welche 2, evtl 3 Kinder in die Musikschule schicken will, ist dieser Tarif zu hoch. Ich bitte SR U. Hunziker, dass er dieses Anliegen mit in die Stiftung nimmt, dass der Beitrag für das nächste Jahr evtl. erhöht werden könnte."

SR U. Hunziker: "Bezüglich des baulichen Zustandes der Musikschule haben wir heute Morgen an der Stadtratssitzung ein Datum für eine Besprechung vereinbart, an welcher wir mögliche Projekte gegen einander abwägen werden, und wie wir da weiter vorgehen sollen. Was den Schulgeld-Tarif anbelangt, so möchte ich Walter Hotz darauf hinweisen, dass wir den Familienrabatt einführen werden, womit die Situation entschärft und den Konditionen der Musikschule des SMPV angepasst wird. Ich frage mich allerdings, wie weit es Aufgabe der Steuerzahlenden sein kann, die Musikstunden Erwachsener zu subventionieren."

Seite 60 **2190 311.00 Schulamt Anschaffung Informatik und bewegliches Inventar Fr. 15'800.--**

Alfons Cadario (EVP) stellt die Notwendigkeit der Anschaffung eines Zeiterfassungssystems in Frage. In der Industrie werde häufig auf dieses System verzichtet, weil Aufwand und Ertrag nicht übereinstimmen. Es brauche eine Kontrolle, Abrechnung und Auswertung, die Geräte müssten unterhalten werden. Er befürchtet, dass die Angestellten mit diesem System zum "Minutendenken" erzogen werden. Er erkundigt sich nach den Kosten für dieses System, verzichtet jedoch im Moment auf einen Streichungsantrag.

SR U. Hunziker erklärt, dass im Schulamt ein Zeiterfassungssystem verwendet werde, welches in der Handhabung umständlich sei. "Es wurde daher eine neue Variante ins Auge gefasst. Es ist ein differenziertes System, welches ermöglicht, die tatsächliche Arbeitszeit abzurechnen. Heute ist der erste Handgriff der Angestellten das Einschalten des Computers, und sobald der Computer läuft, läuft auch die Arbeitszeit." Gemäss **Thomas Jaquet, Zentralverwalter** kostet diese Anschaffung Fr. 5'100.--.

Seite 84 **3480 365.303 Stiftung Sporthalle Schweizersbild SH, Beitrag an die Betriebskosten Fr. 60'000.--**

Peter Möller (GB) weist darauf hin, dass dieser Posten in der GPK einiges zu reden gab. "So bekundeten verschiedene Sprecher Mühe damit, dass zuerst eine Halle auf privater Basis - natürlich mit einem städtischen Baubeitrag - erstellt wird, und dann plötzlich das Begehren kommt, dass die Stadt einen massgeblichen Beitrag an die Betriebskosten tragen soll. Nach geführter Diskussion war grundsätzlich niemand gegen diesen Beitrag, da durch den Sport auch eine wichtige Präventionsarbeit für die Jugend geleistet wird. Für die GPK war aber klar, dass dieser Betriebskostenbeitrag nicht einfach ohne Gegenleistung gesprochen werden kann. Wenn die Stadt einen Betriebskostenbeitrag leistet, so muss ihr auch ein Benützungsrecht für die Halle eingeräumt werden.

Zudem hätte die Stiftung Sporthalle Schweizersbild der Stadt gegenüber auch die revidierte Rechnung offen zu legen. Anscheinend sind diesbezüglich Gespräche erfolgt zwischen dem Baureferenten und den Verantwortlichen der Stiftung. Ich bin nun interessiert, wie weit der Stand der Dinge in dieser Angelegenheit ist. Sollte kein Entgegenkommen der Stiftung spürbar sein, so bin ich dafür, dass der Beitrag aus dem Budget gestrichen wird."

SR K. Schönberger: "Ich bin froh, dass Peter Möller diese Frage stellt. Wir haben in der GPK vom Pachtvertrag gesprochen. Dieser enthielt die Parkplatzfrage und andere Punkte. In diesem Pachtvertrag ist aber dieses Benützungsrecht der Stadt für die Halle nicht enthalten. Wir haben dies auch nicht schriftlich. Wir haben zusammen abgesprochen, dass wir ein Benützungsrecht bekommen. Dies ist jedoch nicht schriftlich formuliert - weder in einem Protokoll noch in einer Vereinbarung. Aber die Bereitschaft der Stiftung ist vorhanden. Ich kann das selbstverständlich zu Händen der GPK nachliefern. Ich hoffe, dass der Betrag im Budget bleibt. Er wird selbstverständlich erst dann ausgelöst, wenn dieses Papier vorhanden ist und von der GPK gutgeheissen wird."

Alfred Zollinger (SVP) bestätigt als GPK-Präsident die Ausführungen des Sportreferenten und unterstreicht nochmals, dass der Beitrag von Fr. 60'000.-- erst bezahlt wird, wenn die GPK das Papier über das städtische Benützungsrecht erhalten und abgeseget hat.

Seite 84 **3480 364.00 KSS Defizitbeitrag Fr. 884'000.--**

Alfred Zollinger (SVP) weist darauf hin, dass das Parlament vom SR noch einen Bericht und Antrag bezüglich Winterüberdachung des 50 Meter Schwimmbeckens in der KSS erwartet (Beschluss GrSR vom 20. Aug. 02). In der GPK wurde über diese Position gesprochen und klar festgehalten, dass sowohl der Beitrag von Fr. 100'000.-- als auch der Anteil an die Betriebskosten von Fr. 46'000.-- gestrichen werden sollen, wenn die entsprechenden Unterlagen dem Parlament anlässlich der Budgetsitzung noch nicht vorliegen. Zwischenzeitlich ist die GPK bereit, im Hinblick auf die SR-Vorlage auf einen Antrag zur Streichung des Baubeitrages von Fr. 100'000.-- zu verzichten. Hingegen beantragt der GPK-Präsident, den Betriebskostenbeitrag von Fr. 46'000.- zu streichen, da die exakten Kosten erst nach genauer Prüfung des Betriebs- u. Energiekonzeptes bekannt sein werden. Der Betrag soll demzufolge vom SR in die Vorlage eingebaut werden. Der Defizitbeitrag von Fr. 884'000.- reduziert sich dadurch um Fr. 46'000.-- auf neu Fr. 838'000.--.

Urs Tanner (SP) nimmt Bezug auf seine Motion in obiger Angelegenheit, welche der GrSR am 20. August 02 mit 38 : 3 Stimmen überwiesen hat. Er ist froh, dass er diese Motion nicht in eine Interpellation umgewandelt hat, sonst wäre der entsprechende Beitrag vielleicht irgendwann - 2005 - im Budget gewesen. Er bedauert, dass die Sache nun eine Verzögerung erfährt, da der SR bereits am 13. Aug. 02 im Besitz des Betriebskonzeptes war. "Man hatte 4 Monate Zeit, das Betriebskonzept zu erstellen und einen Antrag vorzubereiten. Es ist eine Tragödie, dass wir diesen Betriebskostenbeitrag hier wieder heraus nehmen müssen. Inhaltlich muss ich dieser Massnahme leider zustimmen." Der Votant bittet den Rat, wenigstens den Baubeitrag von Fr. 100'000.-- in der Investitionsrechnung zu belassen als positives Signal für die privaten Geldgeber, welche sich bis jetzt bezüglich dieses Projektes sehr zurückhaltend engagiert haben.

Er erwartet im übrigen rasch einen Bericht und Antrag des SR zu diesem Projekt.

SR K. Schönberger findet es ein wenig übertrieben, wenn Urs Tanner von einer Tragödie spricht. "Was wir haben, sind das Betriebskonzept und das Energiekonzept. Was wir jedoch nicht haben, ist die Zusicherung seitens des Kantons, einen Betrag an die Betriebskosten zu leisten. Wir haben uns im SR geeinigt, Zweidrittel der veranschlagten Betriebskosten von Fr. 70'000.-- zu übernehmen; das sind diese 46'000 Franken. Wir sind dabei davon ausgegangen, dass der Kanton das restliche Drittel übernimmt. An einer Sitzung des Ausschusses der KSS habe ich gehört, dass der Schwimmclub bezüglich dieser Fr. 24'000.-- Schwierigkeiten hat, weil der Kanton diesen Betrag nicht spricht. Ich habe dann mit RR Heinz Albicker Kontakt aufgenommen und von ihm die Mitteilung erhalten, dass der Kanton keinen Betriebsbeitrag an diese Traglufthalle für das Aussenschwimmbecken spricht. Deshalb stehen wir vor einer neuen Situation, weil die KSS- und SC-Verantwortlichen nun davon ausgehen, dass die Stadt schliesslich die vollen Betriebskosten übernehmen soll. Der Betrag von Fr. 70'000.-- würde aber eine neue Vorlage an das Parlament und eine Volksabstimmung erforderlich machen. Damit habe ich im Moment Probleme. Daher ist die Vorlage noch nicht da. Meines Erachtens sollte sich die KSS an diesem Projekt finanziell nicht engagieren; es ist Sache der Vereine, welche die Trägerschaft übernehmen, für diese Differenz bei den Betriebskosten aufzukommen."

Der Baureferent stellt in Aussicht, dass die Sache trotzdem zügig behandelt wird. Er ist froh, wenn der GrSR das Signal aussendet, dass er dem Anliegen Traglufthalle der Wassersport treibenden Vereine positiv gegenüber steht, indem er diese 100'000 Franken als Baubeitrag im Budget belässt. Hingegen ist es zweckmässig, diese Fr. 46'000.-- aus dem Budget zu nehmen, weil die Summe aufgrund des zu liefernden Berichtes und Antrags eine Änderung erfahren wird. "Aus diesem Grunde kann ich dem Antrag von A. Zollinger bzw. der GPK zustimmen."

ABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat beschliesst mit 38 : 1 Stimme, die Position 3480 364.00 KSS Defizitbeitrag um Fr. 46'000.-- zu kürzen.

Seite 88 **3900 315.206 Kirche Unterhalt der Uhren Fr. 3'000.--**

Alfons Cadario (EVP) macht beliebt, die Kontobezeichnung zu ändern, da in dieser Position nebst den Kirchen auch die Uhren im Fronwagturm, Schwabentor, Oberhaus und Güterhof enthalten sind.

SR K. Schönberger nimmt diesen Wunsch entgegen bzw. er wird diesen an den Zentralverwalter Th. Jaquet weiterleiten.

Seite 92 **4403 Spitex Info- und Fachstelle**

Lotti Winzeler (OeBS) weist darauf hin, dass diese Stelle nur noch etwa zu 5% für die Spitex tätig ist. Zur Hauptsache sei sie jedoch für die Heimabklärung für das Heimreferat tätig. Sie plädiert für eine Umbenennung z.B. in Ressortleitung stationäre und ambulante Altersbetreuung.

SR U. Hunziker erklärt sich bereit, diesem Wunsch Rechnung zu tragen.

Seite 104 **5401 Kinder- und Jugendheim**

Esther Bänziger (SP) hat erfahren, dass das Kinder- und Jugendheim den bisherigen Standort an der Rosengasse verlässt und in andere Räumlichkeiten umzieht. In diesem grossen Haus ist auch der Kinderhort untergebracht, welcher auch etwas Neues an zentraler Lage suchen muss. Schliesslich gibt es dort noch einen Eltern-Kind-Treff. Dieser figuriert auch auf der Homepage der Stadt Schaffhausen und erfreut sich offenbar grosser Beliebtheit. Die Votantin berichtet, dass es heisse, die Stadt unterstütze diese Institution überhaupt nicht bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten. Sie bittet um eine kurze Stellungnahme.

SR Urs Hunziker erklärt, dass die Stadt den Eltern-Kind-Treff schon vor einiger Zeit darüber informiert hat, dass das Kinder- und Jugendheim gelegentlich aus der Liegenschaft Rosengasse 26 ausziehen wird. Das ist nun eingetreten. Voraussichtlich in den Sportferien 03 wird man in das Altersheim am Kirchhofplatz umziehen können. "Wir haben effektiv dem Eltern-Kind-Treff in Ermangelung passender Räumlichkeiten kein Alternativangebot machen können. Das liegt nicht an unserem Willen, sondern am fehlenden Platz."

Bernhard Egli (OeBS) schlägt vor, als möglichen Standort für den Eltern-Kind-Treff die "Ochsen-Schüür" zu prüfen, wo die Stadt ein Nutzungsrecht hat und wo tagsüber noch Kapazitäten frei sind.

Seite 104 **5402 301.150 Löhne Reinigungspersonal****Kinderkrippe Ringkengässchen Fr. 1'000.--**

Urs Tanner (SP) stellt fest, dass im Budget 2002 hierfür Fr. 5'000.-- eingesetzt wurden, während im Voranschlag 03 lediglich noch 1'000 Franken vorgesehen sind. "Wird jetzt weniger geputzt oder muss dies das Betreuungspersonal selber machen?"

SR Urs Hunziker antwortet, dass mit Bestimmtheit nicht weniger gereinigt wird. **Thomas Jaquet, Zentralverwalter** weist darauf hin, dass diese 1'000 Franken eine Anpassung an die Rechnung 01 sind, wo hierfür Fr. 767.85 aufgewendet werden mussten.

Seite 106 **5403 432.001 Kinderkrippe Forsthaus Firmenbeiträge Fr. 48'000.--**

Josef Eugster (SVP) weist darauf hin, dass - als man die Vorlage Krippe Forsthaus im Rat behandelte - es die Absicht war, 100'000 Franken Firmenbeiträge zusammen zu bringen. "Ich habe diesen Betrag schon damals angezweifelt. Wie wir im Budget sehen, sind wir jetzt bei 48'000 Franken."

SR Urs Hunziker erklärt dazu, dass die Firmenbeiträge früher zusammen mit den Elternbeiträgen budgetiert wurden - siehe Rechnung 01Pos. 432.000 Fr. 64'100.- Seit 2002 sind diese Beiträge separat ausgewiesen in den Pos. 432.000 und 001.

Josef Eugster (SVP) widerspricht und weist darauf hin, dass man damals argumentiert habe, dass 5 Plätze à Fr. 20'000.-- durch Firmen finanziert werden sollen. Der Heimreferent wird diese Aussage überprüfen.

Seite 106 **5403 432.200 Kinderkrippe Forsthaus****Vergütung Personal für Verpflegung Fr. 3'200.--**

Esther Bänziger (SP) spricht generell jene Institutionen für Kinder an, "wo die sog. Kleinkinderzieherinnen einen sehr verantwortungsvollen Auftrag, aber einen miserablen Lohn haben.

Es kommt dazu, dass ihnen, wenn sie gnädigst mit den Kindern essen dürfen - was zu ihrem Auftrag gehört - noch Essensgeld verlangt wird. Diesen Sachverhalt haben wir schon früher bemängelt - auch schon in der GPK. Wir haben gehofft, dass dieses Verpflegungsgeld jetzt erlassen würde."

SR Urs Hunziker: "Die Verpflegungsbeiträge der sozialpädagogischen Mitarbeitenden in den städtischen Kinderbetreuungsstätten sind seit längerer Zeit Gegenstand von Diskussionen, dies insbesondere auch deshalb, weil die betreffenden Mitarbeitenden bezüglich ihrer Löhne immer wieder auf das Inkrafttreten des sich in Ueberarbeitung befindlichen Personalgesetzes bzw. der zugehörigen Besoldungsverordnung vertröstet werden mussten. Ein Bericht und Antrag an den Stadtrat ist in Arbeit. Sollte der Stadtrat der Argumentation des Schul- und Heimreferenten folgen, so werden wir künftig auf den Einzug der Verpflegungsgelder verzichten, was Mindereinnahmen von ca. Fr. 26'000.-- zur Folge hätte. Diese Beträge sind im Budget 03 als Einnahmen deshalb noch enthalten, weil dies zum Zeitpunkt der Budgeterstellung noch nicht so weit war."

Roland Schöttle (FDP) geht davon aus, dass dieser Verpflegungsbeitrag bis anhin ein Lohnbestandteil war in Form einer Naturalleistung (...).

SR Urs Hunziker erklärt, dass dem nicht so ist. "Die Leute werden vom Personaldienst nach einem vorgegebenen Raster eingestuft. Die Verpflegungsgelder werden diesen Leuten tatsächlich in Rechnung gestellt - sie sind nicht Bestandteil des Lohnes."

Seite 122 **5709 301.00 Besoldungen Sekretariat Heime Fr. 80'200.--**

Paul Bösch (OeBS) nimmt Bezug auf den Kommentar im Budget auf Seite 123. Er fragt, a) weshalb der Vertrag mit der Pro Senectute auf Ende März 2003 gekündigt wurde, und b) warum die Stadt 60 Stellenprozente für Heimabklärungen benötigt, während Pro Senectute mit 40 Stellenprozenten auskommt.

SR Urs Hunziker: "Diese Massnahme - die Kündigung des Vertrages mit der Pro Senectute - erfolgte zur Verbesserung der Kundenfreundlichkeit. Seit meinem Amtsantritt vor gut 1 1/2 Jahren haben sich angehende Heimbewohnerinnen und -Bewohner zwecks Heimabklärung zunehmend beim Heimreferat gemeldet und mussten dann an die Pro Senectute verwiesen werden. Das grösste Problem, das dort bestanden hat, ist, dass dort sehr oft der Telefonbeantworter eingeschaltet ist, der erfahrungsgemäss von älteren Leuten nicht genutzt wird. Meist meldeten sich dann die betreffenden Personen wieder bei uns.

Zur Bemessung der benötigten Stellenprozente (60%) diente eine Stundenerfassung, welche die mit den Heimabklärungen vormalig betraute Mitarbeiterin der Pro Senectute im Jahr 2001 für uns zwecks Budgetierung für das Jahr 2002 erstellt hatte. Der Budgetbetrag 2002 - für die Arbeiten Heimabklärung durch die Pro Senectute - war bereits mit einem Pensum von 60 Stellenprozenten bemessen - früher waren es 40 Stellenprozente. (siehe Pos. 318.302 Aufträge an Dritte). Diese Heimabklärungen haben stark zugenommen. Als die Zeiterfassung erfolgte, hatte die betreffende Sachbearbeiterin eine Restanz von etwa 3 Monaten, d.h. sie musste die älteren Leute bis zu 3 Monaten vertrösten, bis sie ihnen einen Termin geben konnte. Pro Senectute hat selber bei uns 60 Stellenprozente für das Jahr 2002 beantragt."

Seite 138 **6200 314.007 Ausbau von Fuss- und Radwegen Fr. 65'000.--**

Verena Stutz (SP): "Mein Beitrag scheint nicht direkt etwas mit dem Budget zu tun zu haben. Es war aber doch ein Thema in der GPK. Ich muss etwas dazu sagen: Im August 2001 versicherte der Stadtrat in seiner Antwort auf meine kleine Anfrage mit dem Titel ‚Schulwegsicherung Kindergärten‘, dass die notwendigen Verbesserungsmassnahmen binnen 6 - 12 Monaten erledigt würden und der Stadtschulrat über die getroffenen Massnahmen orientiert werde.

Ich weiss, dass einige der bemängelten Punkte bereits erledigt wurden. Mit Schreiben vom 5. September 2002 erkundigte ich mich beim städtischen Tiefbauamt nach dem Stand der Sanierungen. Seit diesem Schreiben sind jetzt 3 Monate verstrichen, ohne dass ich irgendwelche Reaktionen seitens des zuständigen Referates erhalten hätte. Auch im Stadtschulrat ist bis heute keine Stellungnahme eingegangen. Ich hätte besser nochmals eine kleine Anfrage eingereicht, denn so hätte ich heute eine Antwort.

Auch wenn ich ein geduldiger Mensch bin - irgendwann reisst mir der Faden -, und es stellen sich einige Fragen zum Kommunikationsstil:

- Welchen Kommunikationsgrundsätzen hat sich das Bauamt verpflichtet?
- Werden Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt SH ebenso lange nicht beantwortet?
- Wird von den Mitgliedern des städtischen Parlamentes generell eine kleine Anfrage erwartet?
- Wie ernst werden Inputs und Informationswünsche einer anderen Behörde - in diesem Falle des Stadtschulrates - genommen?

Ich hoffe, dass Sie mir erklären, dass das ein Einzelfall sei, denn sonst muss das Baureferat seinen Kommunikationsstil gründlich überdenken.

Selbstverständlich warte ich weiterhin auf eine Antwort auf mein Schreiben."

SR Kurt Schönberger erklärt, dass das Baureferat alle Anfragen sehr ernst nimmt. "Wenn Ihr Brief noch nicht beantwortet ist, braucht es nicht eine zweite Kleine Anfrage, sondern es hätte vielleicht eine Kopie dieses Schreibens an mich oder ein Telefonanruf genügt. Dann hätte ich die Möglichkeit gehabt, nachzufragen. Ich werde dieser Sache nachgehen. Jetzt aber aufgrund dieses einzelnen Vorfalles auf andere zu schliessen und die Kommunikationspraxis des Baureferates pauschal als negativ zu bezeichnen, finde ich nicht richtig. Wir erhalten immer wieder positive Reaktionen, wenn z.B. Strassenarbeiten in einem Quartier anfallen, und die betroffenen BewohnerInnen und Haushaltungen im Voraus orientiert werden. Es ist sicher nicht unser Stil, Anfragen liegen zu lassen bzw. nicht zu beantworten, sondern wir pflegen eine offensive Informationspolitik."

Seite 138 **6201 314.014 Unterhalt Strassenbeleuchtung**

Susanne Günter (FDP) bittet, die Leuchtstreifen an der Bahnhofstrasse zu kontrollieren. Zum Teil sind sie defekt, das Glas ist gerissen und die Glasfasern sind unterbrochen. Dies macht einen unordentlichen Eindruck. Die Bahnhofstrasse sollte auch für Bahnreisende, welche nach Schaffhausen kommen, eine Visitenkarte sein.

SR Kurt Schönberger nimmt diese Bitte auf. Das Problem ist bekannt. Der Baureferent hat den entsprechenden Wartungsauftrag erteilt. Er wird nachfassen.

Seite 174 **9320 463.200 Anteil am Ertrag des Elektrizitätswerkes 1,5 Mio Fr.**

Peter Wullschleger (CVP) erinnert daran, dass man im Zusammenhang mit der Beratung der Tarifrevision 2002 EWS am 29. Oktober 02 in Aussicht gestellt habe, dass die Ablieferungen der Werke im bisherigen Umfang bleiben werden. "Das scheint mir bei diesem Betrag von 1,5 Mio Franken nicht der Fall zu sein, wenn noch angeschaut wird, was für das Jahr 2002 budgetiert wurde und was in der Rechnung 2001 ausgewiesen ist." Der Votant wünscht diesbezüglich eine Stellungnahme des SR.

Stadtpräs. M. Wenger: "Dazu fällt mir ein Vers ein: *Eigentlich will ja immer der Meister den Werken an den Kleister; jetzt kommt noch der Wullschleger - dieser Feger.* Sie sehen, dass wir den Fonds für die Verselbständigung, welcher nicht finanziell unterlegt war, aufgelöst haben. Wir kommen damit auf eine Ablieferung von insgesamt 2,2 Mio Franken, wenn Sie diese 700'000 Franken in Pos. 463.201 noch dazu rechnen. Dies führt dazu, dass wir uns der bisherigen Ablieferung angenähert haben. Denken Sie aber auch daran, dass wir im Rat eine 1,5 Mio teure Tarifsenkungs-Vorlage behandelt haben. Die Referendumsfrist ist glücklicherweise unbenützt abgelaufen. Wir bewegen uns in einem relativ unsicheren Markt. Der Wunsch des SR, die Ablieferungen auf dieser Höhe zu belassen, der war natürlich der Vater dieses Gedankens, der dann in diese Vorlage einfluss. Geben Sie uns noch etwas Zeit, das zu beobachten. Sie werden bei der Rechnung feststellen, wie das Werk 2002 abgeschlossen hat. Vielleicht haben wir etwas mehr Spielraum. Dies hängt immer davon ab, wie günstig wir Energie von der KWS übernehmen können. Wenn wir ein sehr gutes Produktionsjahr haben werden 2003, dann bekommen wir die Kilowattstunde für 4,4 - 4,5 Rappen. Das ist etwas anderes, wie wenn wir sie von der Axpo für 10 Rappen einkaufen müssen. Ich bitte Sie, jetzt nicht an diesen Zahlen herum zu schrauben. Die Rechnung 02 wird es bringen und auch die Motion Peter Neukomm. Mit der Senkung der Stromtarife haben wir den städtischen StrombezügerInnen ein gutes Geschenk gemacht, obwohl ich zugeben muss, dass ich gerne auch Buchthalen und Herblingen damit beglückt hätte. Nachdem die Axpo die Tarifsenkung dort nicht freiwillig mitmachen will, muss sie uns halt das Gebiet mal abtreten."

Peter Kämpfer (SP) macht bezüglich der Ablieferungen der Werke auf die Notwendigkeit eines Systemwechsels aufmerksam. "Es ist wenig dynamisch, bei der Budgetierung zu sagen, Du hast so und soviel Geld zu verdienen. Dies ist bei einem solchen Betrieb schwierig. Der Systemwechsel soll daher dahingehend erfolgen, dass man das Geld nach Vorliegen der Rechnung verteilt." Der Votant plädiert dafür, dass die Höhe der Ablieferung auch künftig in der Kompetenz des Parlamentes bleiben muss.

Josef Eugster (SVP) vertritt ebenfalls die Meinung, dass die Ablieferungen der Werke bei der Rechnung und nicht im Voraus definitiv festgelegt werden müssen.

IV. INVESTITIONSRECHNUNG

Seite 190 **210 503.222 Schulraumplanung Breite/Steig, Projektierung Fr. -.-**

Thomas Neukomm (SP): "Ich benutze die Gelegenheit, unseren Baureferenten zu kitzeln, bezüglich des Startdatums für diesen Wettbewerb. Er wurde schon lange angekündigt."

Stadtrat K. Schönberger: "Ich werde gerne gekitzelt, aber nicht von Ihnen, Herr Neukomm. In diese Sache ist Bewegung gekommen. Wir haben am kommenden 19. Dez. 02 eine erste Sitzung des Preisgerichtes. Dieses Preisgericht entscheidet über das Wettbewerbsprogramm. Dann wird der Wettbewerb ausgeschrieben. Das Vorgehen ist folgendermassen: Im Investitionsprogramm haben wir für die Erweiterung der Schulanlage Breite in den Jahren 04, 05 und 06 insgesamt 7,4 Mio Franken vorgesehen. Der Wettbewerb wird jetzt eingeleitet. Der Start erfolgt im Februar 03. Der Abschluss des Wettbewerbs wird im August 03 sein. Eine Volksabstimmung - denke ich - könnte es im Sommer 04 geben."

Seite 190 **211 503.251 Sanierung Turnhalle Buchthalen**

Peter Neukomm (SP) weist darauf hin, dass man damit gerechnet hat, die Sanierung im Sommer 2002 abzuschliessen. "Wenn man dort vorbei geht, sieht man immer noch eine Baustelle. Es kann noch nicht geduscht werden, die Leute frieren. Es ist dort offensichtlich ein Baustopp. Ich wüsste gerne die Gründe für diesen Baustopp. Sind die Kosten aus dem Ruder gelaufen oder was ist der Grund dafür?"

SR Urs Hunziker beantwortet diese Frage, weil er im Zusammenhang mit dem Unterricht in Buchthalen damit konfrontiert ist. "Wir hatten bei der Sanierung des Garderobentraktes ein Problem mit dem Untergrund im Keller. Man musste nachträglich noch umfangreiche Aushubarbeiten mit einem kleinen Bagger vornehmen, damit der Boden abisoliert werden konnte. Das hat für eine gewisse Zeit den Bau verzögert. Demnächst sollte jedoch der "letzte Nagel" eingeschlagen werden können."

Roland Schöttle (FDP) erkundigt sich, ob im Zusammenhang mit diesen baulichen Erschwernissen Mehrkosten zu erwarten sind.

SR Kurt Schönberger kann diese Frage im Moment nicht beantworten. Er wird sich erkundigen und die Antwort nachliefern.

Verena Stutz (SP) spricht ganz allgemein zu den Sanierungsarbeiten in der Schule. "Nach Informationen der GPK wurde die Sanierung der WC-Anlagen Zündelgut etappiert, was zu einer längeren Baustelle führen wird. Ob es billiger wird, wenn man einen Umbau in 3 Etappen durchführen muss - statt in einem Zug - bezweifle ich."

Der Medienraum Gräfler war ebenfalls im Frühjahr noch im Budget. Er wurde auf das Jahr 2004 verschoben. Hier wurde offensichtlich ein Gesamtkonzept vermisst. Nur frage ich mich: Welches Konzept braucht es, wenn in einem Schulhaus ein Zimmer eingerichtet werden soll, in dem spezifisch Informatik unterrichtet und das als Medienraum genutzt werden soll. Das lässt sich nicht auslagern.

Heute habe ich erfahren, dass der etappierte Einbau von Einzelraum-Heizungen in den Schulhäusern gestrichen wurde für dieses Jahr. Vorgesehen war das Schulhaus Steig, das momentan sowieso saniert wird. Widerspricht das nicht dem Konzept der Energiestadt Schaffhausen?

Ich stelle keinen Antrag, spreche hier aber mein Bedauern aus, dass im Schulbereich bei den Sanierungsarbeiten so heftig gespart wird. Gleichzeitig bringe ich meine innige Hoffnung zum Ausdruck, dass unsere Schule auch in äusserlichen Dingen gut gepflegt und betreut wird."

Seite 190 **214 503.295 Sanierung Musikschule Rosengasse Fr. ---**

Walter Hotz (FDP) gibt an dieser Stelle nochmals der Hoffnung Ausdruck, dass im Budget 2004 hier statt einer schwarzen Null ein gewisser Betrag für dringend nötige Investitionen stehen wird.

Seite 196 **350 524.203 KSS Freibad, Überdachung Fr. 100'000.--**

Alfred Zollinger (SVP) betont als GPK-Präsident nochmals, dass dieser Betrag im Budget bleibt unter Vorbehalt der Genehmigung einer entsprechenden Vorlage durch den GrSR. Erst dann darf das Geld freigegeben werden. Der Baureferent bestätigt die Richtigkeit dieser Prämisse.

Urs Tanner (SP) ist mit dem Vorgehen einverstanden, dass der GrSR erst in den Besitz des Berichtes und des Antrags gelangen will und dann in Kenntnis aller Fakten Stellung beziehen kann. Er begrüsst es jedoch als "Vater" der Motion - wie bereits erwähnt -, dass diese 100'000 Franken im Budget belassen werden.

Seite 208 **942 703.110 Begegnungszentrum Herblingen Fr. 250'000.--**

(Hier hat die GPK beantragt, den Betrag aus dem Budget heraus zu nehmen.)

Rolf Amstad (SP): "Als Herblinger und als Mitglied verschiedenster Institutionen im Quartier Herblingen müsste ich zum Entscheid der GPK, die Investition von 250'000 Franken für ein „Begegnungszentrum Herblingen“ aus dem Budget zu streichen, eigentlich einen Gegenantrag für Wiederaufnahme stellen. Dies wäre ich den QuartierbewohnerInnen wohl schuldig. Aber als Mitglied dieses Parlaments habe ich - und auch die gesamte SP Fraktion - anders entschieden. Wir können den Entscheid der GPK nachvollziehen und fragen uns aber, warum dieses wirklich gute und zukunftsweisende Projekt ohne Vorlage ins Budget aufgenommen wurde.

Im Quartier Herblingen hat leider keine nachhaltige Entwicklung stattgefunden, denn viel zu schnell schossen die Wohnbauten rund um den alten Dorfkern während der Hochkonjunktur aus dem Boden. Ebenfalls hat das Quartier, im Verhältnis zur Grösse der anderen Quartiere - einen hohen Anteil an ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern. Davor dürfen wir heute nicht die Augen verschliessen, ansonsten in naher Zukunft einige Gebiete in Herblingen den gleichen Status wie das Quartier Hochstrasse haben werden.

Die SP Fraktion steht klar hinter dem Projekt „Begegnungszentrum Herblingen“, denn wenn ein solch sinnvolles Konzept direkt aus der Einwohnerschaft eines Quartiers initiiert wird, ist dies mehr als begrüssenswert! Andererseits braucht es die aktive Zusammenarbeit mit der Politik.

Dem Planungsforum - das übrigens nicht nur aus einer Einzelperson besteht - könnte es ja nur recht sein, wenn der Betrag ohne grossen Kommentar bewilligt worden wäre. Doch das Planungsforum hat inzwischen die klare Absicht, dass das „Begegnungszentrum“ unbedingt auf transparentem Weg entstehen soll. Auch das Thema Integration im Quartier ist ein Bestandteil dieses Zentrums. Hier laufen ebenfalls entsprechende Gespräche auf städtischer sowie auf kantonaler Ebene. Die Initianten wollen zudem nicht nur fordern, sondern sie sind entschlossen, durch Aktionen und Sponsoring das Projekt auch finanziell zu unterstützen.

Das Begegnungszentrum braucht eine breite politische Abstützung und auch das Verständnis aus den anderen Quartieren. Es soll auf jeden Fall keine Missgunst entstehen. Klare und aufbauende Informationen sind also äusserst wichtig.

Es wäre sehr tragisch, wenn die ausgezeichnete Vorarbeit - ein Konzept „Quartierzentrum Herblingen“ besteht bereits - durch einen Fehlentscheid aus der Politik in Frage gestellt wird. Meine Kolleginnen und Kollegen der Arbeitsgruppen hätten dafür kein Verständnis. Sie haben aber ein Einsehen dafür, dass die GPK den Betrag nicht ohne fundierte Informationen im Budget 03 belassen kann. Sie erwarten aber sehr bald eine entsprechende Vorlage ans Parlament.

Mir ist es zudem leidig, noch weiter darüber diskutieren zu müssen, wie der Investitionsbetrag ins Budget 03 gebracht wurde. Im Nachhinein ist man immer klüger, denn als das Planungsforum vernahm, dass der Stadtrat hinter dem Vorhaben stand, hat man sich vielleicht blenden lassen.

Es ist nicht Aufgabe des Parlamentes, den Stadtrat an bald fällige Motionen zu erinnern, doch möchte ich trotzdem an die im März 2000 eingereichte Motion „Dorfzentrum Herblingen“ - erheblich erklärt am 6. Juni 2000 - aufmerksam machen. Deren Beantwortung könnte z.B. einen flankierenden Bericht und Antrag zum Thema „Begegnungszentrum“ enthalten. Auf jeden Fall bitte ich heute den Stadtrat um eine verbindliche Zusage, dass er im 1. Semester 2003 dem Grossen Stadtrat Bericht und Antrag zum Begegnungszentrum Herblingen stellen wird. Das Planungsforum und der Quartierverein Herblingen werden selbstverständlich mithelfen, die nötigen Unterlagen dafür zu beschaffen."

SR Kurt Schönberger: "Sie merken vielleicht, dass ich jetzt unruhig geworden bin. Wir haben gemeinsam einen "heissen Draht" in dieser Sache. Sie wissen, dass ich mich voll dafür einsetze. Aber wenn das Planungsforum einen anderen Weg einschlägt als er eingeschlagen werden müsste, ist das nicht mein Problem. Der Stadtrat steht dazu, dass der Dorfkern Herblingen revitalisiert werden muss. Er steht auch dazu, dass in Bezug auf die Sicherheit im Verkehr etwas getan werden muss. Wir hatten gemeinsam ein Gespräch mit den Reiatgemeinden. Da geht es um die Dorfumfahrung. Da habe ich vehement die Anliegen der Herblinger Bevölkerung vertreten und mich dafür eingesetzt, dass jetzt nicht von VertreterInnen im kantonalen Parlament die Forderung kommt, es seien die Verkehrsmassnahmen zurück zu stellen, bis der Kanton einen Entscheid bezüglich der Umfahrung gefällt hat. Wir wollen diese Sicherheitsmassnahmen und auch dieses Begegnungszentrum. Aber wenn die GPK verlangt, dass ein Konzept für den Bau und den Betrieb erstellt wird, dass die Trägerschaft genannt werden muss, dass eine Bedürfnisabklärung gemacht werden muss, dann ist das deren gutes Recht. Ich kann Ihnen jedoch nicht garantieren, dass ich Ihnen die gewünschte Vorlage im ersten Semester bringen kann. Wir arbeiten jedoch daran, und wir brauchen Ihre Hilfe und diejenige des Quartiervereins und des Forums, damit man gemeinsam am selben Strick zieht."

Peter Wullschleger (CVP) "Ich widerspreche den Herblingerinnen und Herblingern unter uns ungerne. Wenn sie eine Vorlage des Stadtrates für ihr Begegnungszentrum für nötig erachten, füge ich mich. Dennoch bleibt mir einiges unklar. Da gibt es in der Stadt Schaffhausen eine Arbeitsgruppe "Zusammenleben", welche das Einrichten von Quartierzentren als notwendig erachtet.

Auf einem Papier dieser Arbeitsgruppe erscheint auch der Name eines Stadtrates. Es gibt im Weiteren ein Planungsforum Herblingen, das diese Empfehlung in einem Konzept nebst Planskizze als Projekt "Begegnungszentrum Herblingen" konkretisiert. Es gibt einen Stadtrat, der dieses Projekt offensichtlich für gut befindet und ins Budget aufnimmt. Am Schluss gibt es eine GPK, die aus nicht nachvollziehbaren Gründen diese Position von 250'000 Franken streicht.

Für mich stellt sich nun die Frage: Was sind die Gründe?

Geldüberlegungen können es nicht gewesen sein, fügt doch die gleiche GPK eine Position über 1,5 Millionen Franken im Zusammenhang mit dem Strassenbau ins Budget ein, welche der Stadtrat offensichtlich nicht als nötig befand.

Anmerkung der Redaktion: Bei diesem von P. Wullschleger angesprochenen Betrag handelt es sich um die Pos. 620 501.626 Buszentrum Bahnhof, welche auf Wunsch des SR in die Anträge der GPK aufgenommen wurde. Der GPK-Präsident hat dies in der Eintretensdebatte erwähnt (Ratsprotokoll Seite 564):

Position 620 501.626 - Fr. 1'500'000.-- und 661.000 Fr. 300'000.--

Strassenverkehrsanlagen inkl. Signalisation und Strassenbeleuchtung

Geschätzte Aufwändungen im Jahre 2003 für das Buszentrum Bahnhof sowie der dafür zu erwartende Kantonsbeitrag (als Folge des positiven Volksentscheides 2002!)

Und das formalistische Erfordernis nach einer konkretisierenden Vorlage kann es meines Erachtens auch nicht gewesen sein, fehlt eine solche Konkretisierung doch auch bei den anderen Positionen des Investitionsbudgets.

Deshalb stellt sich für mich die Frage: Was war denn der Grund für den Streichungsantrag?

Jetzt hat man auch Andeutungen gemacht, dass eine allgemeine Verwunderung herrsche, wie dieser Betrag überhaupt ins Budget gelangen konnte, ohne dass massgebliche Stadträte von diesem Begehren überhaupt Kenntnis hatten. Das ist der Punkt, den ich hier zur Diskussion stellen will. Wenn es um den Baureferenten geht, der da vielleicht nicht begrüsst worden ist, bin ich doppelt erstaunt, weil da in einer Sonderpublikation der SN - datiert 26. September 2002 - steht: "Im weiteren sind die Detailprojektierungen für die Neunutzung des alten Ladengebäudes Coop, auf der Chilbiwiese, mit dem Erweiterungsbau, der Umgebungsgestaltung fortzuführen. Die entsprechenden Finanzmittel für die Realisierung der strassenbaulichen Massnahmen und für das Begegnungszentrum sind im Budget der Stadt Schaffhausen für das Jahr 2003 berücksichtigt."

Der Votant wundert sich, dass man diesen Betrag aus dem Budget gekippt hat. Er glaubt nicht, dass es die eigentlichen Gründe für die Streichung waren, die hier genannt wurden. In Respektierung des Wunsches der in das Projekt involvierten HerblinglerInnen wird P. Wullschleger keinen Antrag stellen.

Peter Kämpfer (SP) wundert sich, woher P. Wullschleger die Informationen her hat, welche die GPK nicht erhalten hat. Die GPK habe das Begegnungszentrum nicht grundsätzlich in Frage gestellt, sondern aufgrund der ungenügenden Information so entschieden. So kenne man die Trägerschaft und die Zuständigkeiten nicht, ebenso wenig das Ausmass des finanziellen Engagements der Stadt - Baubeitrag und allfällige Beteiligung am Betrieb des Zentrums als Folgekosten (Stichwort Sporthalle Schweizersbild). Die Liegenschaft befindet sich schliesslich im Eigentum der Stadt.

Hüseyin Palaz (OeBS): "Ich möchte etwas zum Begegnungszentrum Herblingen sagen, weil ich in dieser Arbeitsgruppe bin. Mein Wunsch ist es, dass die Schweizer und Ausländer gut zusammen leben können, dass sie von den Kulturen nehmen und geben können. Wenn wir konfliktlos leben wollen, müssen wir gegeneinander ehrlich und offen sein, damit wir gegenseitig Vorurteile abschaffen und uns besser kennen lernen. Dafür brauchen wir solche Treffpunkte. Ich habe für die Integration Schule, Eltern und in der Arbeitsgruppe "Zusammenleben" mit gearbeitet. Ziel dieser Gruppe ist es, ein besseres Verständnis zwischen Schweizern und Ausländern, jung und alt aufzubauen. Dadurch sind auch die Begegnungszentren wichtig geworden.

Ich bin seit 1971 in der Schweiz, und seit über 20 Jahren lebe ich in Herblingen. Wenn ich zurück blicke, wie es vor 30 Jahren war und wie es jetzt ist, so gibt es einen gewaltigen Unterschied. Herblingen ist ein lebendiges, selbständiges Quartier geworden, mit Einkaufszentren, mit Freizeitanlagen, Sportanlagen und zentraler Lage für Stetten, Lohn und Büttenhardt.

Dieses Begegnungszentrum ist auch wichtig für die 12 bis 16-jährigen Jugendlichen. Sie können sich treffen, sich unterhalten, und sie können sich kennen lernen.

Schaffhausen hat ausgebildete Leute, die freiwillig als SozialberaterInnen arbeiten. Man kann diese Leute im Ort engagieren, um Schul-, Sozial- und Nachbarschafts-Probleme lösen oder wenigstens mildern zu helfen. Nach meiner Meinung wird sich das Begegnungszentrum auszahlen. Wenn dieses Konzept zustande kommt, werde ich dort freiwillig mitarbeiten und versuchen, den Leuten zu helfen.

Die Situation hat sich verändert, die Menschen sind anders geworden. Die erste Generation bestand nur aus Arbeitern, die zweite Generation redet perfekt deutsch und sie arbeitet bei Banken, Versicherungen, im Handel usw.. Viele Ausländer sind auch Schweizer geworden. Deshalb sollten wir uns verstehen und versuchen, so gut wie möglich miteinander zu leben."

Alfred Zollinger (SVP) nimmt Bezug auf das Votum von Peter Wullschleger. "Wenn wir diese Vorlage vor dem 26. September 2002 - basierend auf den Papieren und Informationen, die wir hatten - gehabt hätten, so hätten wir damals schon gesagt, dass es so nicht geht. Wir können doch nicht Fr. 250'000.-- ins Budget aufnehmen, ohne dass nicht konkrete Angaben da sind hinsichtlich Konzept, Trägerschaft, Finanzierung des Baus und der Betriebskosten. Die GPK sagt nicht, dass das Begegnungszentrum nicht in Frage kommt. Aber für einen solchen Entscheid benötigen wir Unterlagen. Es ist gescheitert, der Stadtrat gelangt mit einer transparenten Vorlage an das Parlament, als jetzt mit einer Hauruck-Übung das Projekt zu gefährden."

Roland Schöttle (FDP) schliesst sich der Meinung des GPK-Präsidenten ohne Vorbehalt an. Er ist froh, dass die Herblingen in diesem Sinne sagen, dass sie das Projekt geordnet auf den Weg bringen und darüber debattieren wollen. "Ich empfehle Ihnen auch, dem Antrag der GPK zu folgen."

Rolf Amstad (SP) wiederholt seine Aussage, wonach man nichts erzwingen will. "Es ist ein heikles Thema, welches auch im Quartier Herblingen noch Überzeugungsarbeit benötigt."

Man will heute Abend im Parlament kein Geschirr zerschlagen, indem man etwas erzwingen will und damit einen Gegenantrag riskiert. Wir haben deshalb den von mir geschilderten Weg gewählt. Mich verwundert ein wenig die Reaktion des Baureferenten. Ich komme mit meiner Haltung der Forderung der GPK nach Präsentation einer fundierten und sauberen Vorlage entgegen. Ich verstehe nicht, weshalb der SR die Zusage nicht machen kann, dass eine Vorlage kommt."

SR Thomas Feurer nimmt Bezug auf das Votum von Peter Wullschleger, welcher den Namen des Stadtrates nicht genannt hat, welcher der Arbeitsgruppe "Zusammenleben" angehört. "Das bin ich! Das hat allerdings nichts mit Herblingen zu tun. Herblingen ist ein Quartier. Mein Name steht auf der Liste, weil sich innerhalb der verschiedenen Integrationsprojekte eine Gruppe den Namen "Zusammenleben" gegeben hat. Ein bedeutendes Ziel dieser Arbeitsgruppe ist, dass sie für die wichtigsten Quartiere in Schaffhausen Quartierzentren fordert - ohne irgendwelche Verpflichtung für uns. Das Argument, dass in diesen Quartierzentren Jugendliche unter 16 Jahren Möglichkeiten haben sollten, ihre Freizeit zu verbringen und das Stadtzentrum zu meiden, ist eine interessante Alternative zur heutigen Situation, wo sie sich in die für diese Altersgruppe gefährliche Stadt begeben - das sage ich Ihnen als Sozialreferent." SR Feurer würde es begrüßen, wenn man bezüglich dieses Begegnungszentrums analog vorgehen würde wie mit der Traglufthalle Aussenschwimmbcken KSS, wo man den Betrag unter Auflagen im Budget belassen hat. Die Sache in Herblingen sei seines Wissens relativ weit gediehen.

SR Kurt Schönberger erklärt, dass er wieder etwas ruhiger geworden sei. "Es gibt da Befindlichkeiten und Empfindlichkeiten, sowohl hüben wie drüben. Ich entschuldige mich dafür. Ich stehe selbstverständlich auch zur Zielsetzung, wie Herr Palaz das gesagt hat - die Integration, die Jugendarbeit usw.. Aber der Antrag kam aus der GPK. Wenn ich da mit dem Kopf durch die Wand gegangen wäre, hätte ich wahrscheinlich riskiert, dass die Sache hier im Rat falsch gelaufen wäre. Dann hätten wir einen Scherbenhaufen gehabt. Selbstverständlich bringen wir einen Bericht und Antrag, GrSR Amstad. Ich habe lediglich gesagt, dass ich nicht garantieren kann, dass dies im ersten Semester 2003 der Fall sein wird."

Peter Möller (GB) reagiert auf das Votum von SR Thomas Feurer bezüglich dessen Vorschlag, mit dem Begegnungszentrum Herblingen analog zu verfahren wie mit der Traglufthalle Aussenschwimmbcken KSS. "Mir scheint es auf Grund der Diskussionen schon so zu sein, dass die Sache mit dem Ballon KSS viel weiter fortgeschritten ist, und dass dort relativ bald mit einer entsprechenden Vorlage gerechnet werden kann. Beim Begegnungszentrum Herblingen sind wir noch nicht soweit. Wir haben jetzt von Rolf Amstad gehört, dass noch Überzeugungsarbeit in Herblingen selbst geleistet werden muss, dass noch einige Abklärungen zu treffen sind. Es ist nicht einmal sicher, dass die Vorlage vor den Sommerferien 03 bereit ist. Dann scheint es mir verfehlt, den Posten zur Sicherheit im Budget zu belassen. Deshalb geschieht die Behandlung unterschiedlich."

Alfred Zollinger, GPK-Präsident schliesst sich der Argumentation und den Überlegungen von Peter Möller an.

SR Thomas Feurer bezeichnet sich als "falschen Referenten" für dieses Projekt.

Gleichwohl insistiert er und verweist auf die Sache mit der IG Kammgarn und dem Zeichnen von Anteilscheinen der Genossenschaft in der Höhe von Fr. 300'000.- durch die Stadt. Die Stadt hat damals den Betrag im Budget belassen unter der Prämisse, dass die IG Kammgarn die gleiche Summe durch Private aufbringt. "Ich kann Ihnen sagen, dass es wesentlich einfacher ist für die Leute in Herblingen, Geld zu sammeln, wenn man weiss, dass auch bei der Stadt Geld ausgelöst werden kann, wenn das Quartier eine bestimmte Summe aufbringt."

Peter Wullschleger (CVP) kann sich gut vorstellen, dass man auch in diesem Fall nach der Idee von SR Feurer vorgehen könnte. "Ich akzeptiere den politischen Willen der Herblingler, wenn sie sagen: Nein, wir wollen die ganze Sache nicht gefährden. Wir wollen alles auf dem Tisch haben. Für mich war es interessant, zu hören, wie das eigentlich gelaufen ist. Ich hoffe, dass es in allen anderen Dingen nicht so gelaufen ist."

Esther Bänziger (SP): "Diese Diskussion passt zu den Themen Stadtentwicklung und Jugendleitbild. Letzteres fehlt immer noch. Da haben Sie sicher auch in den heutigen SN von diesen Schlägereien gelesen. Wir müssen zu unseren jungen Leuten wirklich besser schauen. Sie sind zu wenig betreut. Sie sind zu oft auf der Strasse. Ob die Eltern dies tolerieren sollen oder nicht: Wir können die Eltern zu nichts zwingen, also haben wir eine Verantwortung. Wenn wir wollen, dass sich die Situation verbessert, müssen wir das in den Quartieren anbieten und dies nicht nur den Quartieren überlassen. Ich denke aber auch, dass solche Beträge nicht einfach ohne Unterlagen im Budget erscheinen dürfen. Aber die Stadt soll vorwärts machen."

Bernhard Egli (OeBS) weist darauf hin, dass wir einen relativ grossen Posten für die Verkehrsberuhigung in Herblingen im Budget haben. "Man kann nicht alles miteinander machen. Wenn wir die Vorlage für ein Begegnungszentrum Herblingen Mitte des nächsten Jahres erhalten, so ist es zeitlich gerade richtig, einen entsprechenden Betrag ins Budget 2004 aufzunehmen. Eine Umsetzung 2003 ist unrealistisch."

Rolf Amstad (SP) bekräftigt im Anschluss an das Votum von Bernhard Egli, "dass für die HerblinglerInnen die Beruhigungsmassnahmen ganz klar erste Priorität haben. Das Begegnungszentrum hat zweite Priorität. So muss es hinüber gebracht werden; dann läuft es rund."

Seite 208 **942 703.102 Stadthaus-Geviert,
Sanierung ehemaliger Klosterbauten Fr. --- bzw.
942 703.111 Stadtbüro, Planungskredit Fr. 150'000.--**

Susanne Günter (FDP) wünscht in ein paar Stichworten Auskunft über den Umfang dieser Planung und welche Folgekosten dadurch ausgelöst werden.

SR Kurt Schönberger erklärt, dass das Stadtbüro eine zentrale Anlaufstelle sein soll für die BürgerInnen dieser Stadt. Geplant ist das Stadtbüro im Bereich Haus Eckstein und den Räumlichkeiten, wo heute die Signalisationsabteilung der Verkehrspolizei untergebracht ist. Die Signalisationsabteilung soll ausgelagert werden. "Über die Folgekosten bzw. über die Kosten für das, was hier entstehen soll, kann ich keine Angaben machen." Die Kosten sollen als Resultat aus den Abklärungen, welche diesem Planungskredit zugrunde liegen, hervorgehen.

Roland Schöttle (FDP) erkundigt sich, in wie weit das Projekt Stadtbüro in die Gesamtplanung Stadthaus-Geviert integriert ist bzw. ob dies aneinander vorbei gelaufen ist.

SR Kurt Schönberger: "Das ist nicht aneinander vorbei gelaufen. Wir haben daran gedacht, dass man das gesamte Stadthaus-Geviert planen muss. Dies ist mit einbezogen. Das Haus Eckstein ist mit einbezogen, der Freudenfels ist mit einbezogen. Das Stadtbüro ist Bestandteil dieser Gesamtplanung."

Roland Schöttle (FDP) nimmt an, dass das Stadtbüro Teil eines Gesamten sei. "Richtigerweise müsste es heissen: Planungskredit für das Stadthaus-Geviert. Das Haus "Freudenfels" liegt auf der anderen Seite der Strasse."

SR Kurt Schönberger: "Das verstehen Sie falsch. Dieser Kredit ist dafür gedacht, wie es hier steht: Planungskredit für das Stadtbüro."

Peter Kämpfer (SP) weist darauf hin, dass das geplante Stadtbüro Teil der Sanierung des gesamten Stadthaus-Geviets ist. Er erkundigt sich nach dem versprochenen Bericht über die Gesamtsanierung des Gevierts bzw. über die Nutzungsabsichten. Er erinnert ferner an die Pendenza ex Budget 2002 - Pos. 942 703.102 - wo Fr. 300'000.-- für Fassadenrenovationen gesprochen wurden. Der Votant würde eine verbindliche Terminaussage begrüssen.

Josef Eugster (SVP) erklärt, dass die Planung eines Stadtbüros nicht 150'000 Franken kosten kann. Für diesen Betrag würde er einige Büros bauen... .

Stadtpräs. M. Wenger führt zum betrieblichen Aspekt dieser Angelegenheit aus, dass es sich hier nicht um ein einziges Büro handelt. Geplant ist die Sanierung der ehemaligen Klosterbauten. Die Garagen und Räumlichkeiten, wo die Signalisationsabteilung untergebracht ist, spotten jeder Beschreibung. Diese Räumlichkeiten - Erd- und Obergeschoss - wären ideal für die Platzierung der Steuerverwaltung, der Einwohnerkontrolle, Passkontrolle und aller die BürgerInnen interessierenden Dienstleistungen. Die geplante Zusammenfassung dieser Dienstleistung hat sich verzögert. Der Kanton hat das Projekt "Gemeinsames Zivilstandamt" des Kantons Schaffhausen, geführt durch die Stadt Schaffhausen entwickeln müssen. Wir mussten sehr lange auf die Vorgaben des Bundes warten. Frau Ulrich hat diese Planung mitgetragen. Wir sind erst jetzt soweit, dass der Kanton uns für diese Planung grünes Licht geben kann. Es kommt im letzten Quartal 2003 zu einer Zusammenlegung, wofür wir im Haus "zum Freudenfels" mehrere Räumlichkeiten benötigen und dafür die Forstverwaltung heraus nehmen müssen. Jetzt sind wir in der Lage, die Sanierung so zu planen, wie der Baureferent vorhin angetönt hat. Die Sanierung dieser alten Liegenschaft wird eine "Kleinigkeit" kosten. Diese 150'000 Franken sind eine gute Investition in eine gescheite Planung.

Roland Schöttle (FDP) ist froh um die ergänzenden Erklärungen des Stadtpräsidenten. "Nachdem hier wirklich Planungskredit steht und ein solcher normalerweise zwischen 20 und 25% eines Ausführungskredites beträgt, müsste man wirklich annehmen, dieses Stadtbüro würde 600' bis 700'000 Franken kosten. Das kann es wirklich nicht sein. Die Überlegungen des Stadtpräsidenten kann ich nachvollziehen, dass da etwas getan werden muss.

Aber wenn im Kommentar auf Seite 209 des dicken Buches zwei Zeilen von einem Stadtbüro sprechen, dann ist das mehr als verwirrend. Ich beantrage Ihnen wirklich, diese Position umzubenennen in "Planungskredit für das Stadthaus-Geviert". Dann wissen wir, wovon der SR reden will. Dann sind das offene Karten."

SR Kurt Schönberger: "Wahrscheinlich kann man vorne diese Position nicht ändern. Das müsste man im Kommentar auf Seite 209 richtig stellen."

X. BETRIEBE

Seite 299 **Gaswerk Schaffhausen**

Erdgas Erschliessung Beringen Fr. 400'000.--

Christian Meister (SVP): "Es ist mir ein Anliegen, zu Händen des Protokolls festzuhalten, dass uns der Stadtpräsident anlässlich der letzten Fraktionssitzung zugesichert hat, dass der Anschluss von Beringen ans Erdgasnetz der städt. Werke nicht einfach und klammheimlich über den Budgetweg realisiert werden wird - wie das auf den ersten Blick auf Seite 299 den Anschein erweckt -, sondern wie dies auch von Kommissionsmitglied GrSR Kurt Zubler anlässlich der GrSR-Sitzung vom 2. Juli 2002 angekündigt worden war, dem Grossen Stadtrat eine Vorlage präsentiert wird, über die wir dann im Rat debattieren können. Falls die Gesamt-Investitionssumme den Betrag von Fr. 600'000.-- übersteigen sollte, kann dazu auch der Souverän Stellung beziehen."

Stadtpräs. M. Wenger: "Es ist natürlich so. Diese 400'000 Franken sind ein Teil der Erdgaserschliessung. Ich erinnere daran, dass wir bereits im Budget 2002 einen Betrag von Fr. 680'000.-- hierfür drin haben. Auch wenn die Gesamtinvestition durch einen allfälligen Beitrag der Erdgas Ostschweiz AG reduziert wird, werden wir in eine Grössenordnung kommen, die mindestens dem fakultativen Referendum zu unterstellen ist. Die Vorlage ist zwingend notwendig."

Damit ist das Budget (dickes Buch) durchberaten.

Das bereinigte Budget 2003 ergibt in der **Laufenden Rechnung einen Aufwandüberschuss von Fr. 2'199'900.--**. Die **Investitionsrechnung** ergibt einen budgetierten **Mehraufwand von Fr. 12'280'800.--**.

ANTRÄGE des Stadtrates

ex Botschaft des SR an den GrSR vom 17. September 2002, Seite 10.

Ernst Spengler, 1. Vizepräsident, verliest die Anträge.

1. Der Voranschlag für das Jahr 2003 wird genehmigt und gemäss Art. 11 lit. a der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

2. Der Gemeindesteuerfuss wird auf 108 % festgesetzt und gemäss Art. 11 lit. b der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Paul Bösch (OeBS): "Ich möchte das Querdenken meines Kollegen Jakob Deppe als "Querpass" aufnehmen und den Antrag stellen, den Steuerfuss bei 109% zu belassen - und zwar mit folgender Überlegung: Es wurde schon gesagt, dass mit diesem 1 Punkt für die meisten BürgerInnen wenig bis nichts erreicht wird. Vielleicht haben viele von uns heute Morgen die Zeitung gelesen und die Zahlen vom Kanton Zürich ein wenig studiert. Wenn ich dort die Perspektiven sehe, dass Millionen oder sog. Milliarden-Beträge fehlen werden, und der Steuerfuss wieder heraufgesetzt werden muss, möchte ich Sie bitten, weitsichtiger zu denken. Es ist besser, längerfristig beim heutigen Steuerfuss bleiben zu können, als kurzfristig den Spatz in der Hand zu haben und dafür in 1 oder 2 Jahren den Steuerfuss wieder heraufsetzen zu müssen.

Alfred Zollinger (SVP) bittet das Plenum, am Antrag des SR festzuhalten und der Steuerfussenkung um einen Prozentpunkt auf 108 % zuzustimmen. "Wir wollen damit ein Signal setzen. Auch wenn es nur 1 % ist, bleibt man im positiven Sinn im Gespräch."

Peter Neukomm (SP) nimmt Bezug auf sein Eintretensvotum. Er unterstützt den Antrag von Paul Bösch. "Wenn wir auf diese Steuerfussenkung verzichten, so müssen wir ganz klar ein Zeichen setzen, dass wir dieses Geld - ungefähr 1 Mio Franken - auch einsetzen wollen, damit es die Wirkung zeigt, wie ich Ihnen geschildert habe. Es ist wichtig, dass man 2003 antizyklisch zu Gunsten des Gewerbes Investitionen auslöst. Ich bitte Sie, den SR zu beauftragen, dass er diesen Betrag nächstes Jahr für dringend notwendige Sanierungen vorzieht und uns darüber Bericht erstattet, damit wir wissen, dass dieses Geld in unserem Sinne eingesetzt worden ist. Ich fordere Sie auf, den Gegenantrag von Paul Bösch zu unterstützen."

Raphaël Rohner (FDP) unterstützt das Votum von Alfred Zollinger. "Der Stadtrat hat sich sehr wohl etwas überlegt, wenn er in seiner Besetzung mit sozialdemokratischer Vertretung und hier in einem fundierten Budget eine 1%ige Steuerfussenkung empfiehlt. Die Argumentation von Peter Neukomm ist inhaltlich nicht ganz logisch. Sie bewegt sich wie immer - wie schon bei der Diskussion um die Indexierung der Rente - in einem relativ stark ideologisch gefärbten Feld. Wir lassen uns hier nicht irreführen. Wir beantragen Ihnen, dass wir diese Abstimmung unter Namensaufruf machen. Der/die StimmbürgerIn soll wissen, wer ihnen die Steuerfussenkung vorenthalten will."

Stadtpräs. Marcel Wenger zeigt sich auch von diesem Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf nur begrenzt begeistert. "Es ist eine Unsitte. Es geht um ein kleines Signal an die Steuerzahlenden analog dem Kanton. Auch beim Kanton hat man jetzt den Steuerfuss innerhalb von 2 Jahren um 4 Prozentpunkte gesenkt. Damit sind die Möglichkeiten des kleinen Kantons Schaffhausen ausgeschöpft. Auch die Stadt Schaffhausen wird - wenn Sie dieser Steuerfussenkung heute zustimmen -, den Steuerfuss im gleichen Zeitraum um 4 Prozentpunkte gesenkt haben. Zusammen mit dem Kanton sind dies 8 Prozent." Der Stadtpräs. weist darauf hin, dass das keine 30 Prozent seien, aber auch kleine Schritte könnten etwas bewirken. Er bedauert den Antrag von Paul Bösch, den Steuerfuss bei 109 % zu belassen, nachdem signalisiert wurde, wenn der Teuerungsausgleich für die Pensionierten durchgehe, man im Sinne einer Konsensfindung auch dem beantragten Steuerfuss von 108 % zustimmen könne.

M. Wenger räumt ein, dass die Stadt SH im Vergleich zu den zürcherischen Nachbargemeinden nach wie vor ein recht grosses Steuergefälle aufweist, doch lägen grössere Steuerfussenkungsschritte bei uns finanziell einfach nicht drin.

An Peter Neukomm gewandt führt der Stadtpräsident aus, dass man seinerzeit - als M. Wenger noch Baureferent und Heinz Albicker Finanzreferent war - "eine antizyklische Investitionspolitik gefahren habe. Man habe das bitter bereut. Als es nachher darum ging, die stark angewachsene Verschuldung abzutragen, kam von Seiten des Gewerbes nicht unbedingt die gleiche Unterstützung für eine Entschuldung der Stadt. Für diese Mehrinvestitionen hat die Stadt einen Mehrpreis bezahlt. Wir haben die Verschuldung massiv erhöht. Wir haben noch nie von einer Zeitung, einem Verband oder einem Gewerbetreibenden ein Dankeschön dafür bekommen, dass wir beim ersten Konjunkturtief mehr investiert haben. Im Gegenteil, man hat dem Stadtrat zu Recht eines "übergebraten", als er in einer Schulhaussanierung zu teuer gebaut hat. Man hat in der Folge eine PUK-Motion lanciert. Ich muss Ihnen heute sagen: Seid vorsichtig mit antizyklischem Verhalten in einer Krise! Das könnte uns sehr schnell wieder einholen. Wir haben im Jahr 2003 einen zweiten Taucher zu verkraften. Den können wir nicht durch erhöhte Investitionen kompensieren. Das schaffen wir nie und nimmer. Wir haben im SR einen Mittelweg gewählt und versucht, einen Kompromiss zu finden. Nicht jeder Kompromiss ist schlecht!"

Christian Meister (SVP): "Ich wundere mich ein wenig über die linke Ratsseite. Sie haben doch jetzt ein Zeichen gesetzt bei den RentnerInnen der Stadt. Viele RentnerInnen, welche einer privaten Pensionskasse angeschlossen sind, streichen sich den Teuerungsausgleich ans Bein. Wir haben zwar von Köbi Deppe gehört, dass die Steuerfussreduktion von 1% beim einzelnen Steuerzahlenden wenig ausmacht - in Franken umgesetzt. Der heute Abend bewilligte Teuerungsausgleich für die RentnerInnen wirkt sich zum Teil auch bescheiden aus, es sind vielleicht auch nur 10 Franken pro Monat. Aber ihr habt dort ein Zeichen gesetzt, nun sollten wir auch hier ein Zeichen setzen für alle BürgerInnen der Stadt Schaffhausen."

Roland Schöttle (FDP) nimmt Bezug auf das Votum von Peter Neukomm bezüglich Unterstützung des Gewerbes durch vorgezogene Investitionen. "Das Gewerbe steht hinter einer Steuerfussenkung. Das Gewerbe schaut weiter als auf diese eine kurzfristig investierte Million Franken der Stadt. Es peilt an, dass unsere Region gesamtheitlich wirtschaftlich bessere Fortschritte macht. Wenn wir etwas für das Gewerbe tun können, dann müssen wir dafür sorgen, dass investitionswillige SchaffhauserInnen ihre Bauvorhaben durchziehen können und nicht ein halbes Steuerprozent, nämlich rund 500'000 Franken für ein Projekt bereits investieren und alles noch blockiert ist. An Planungsaufwand wird da gefordert und gefordert. Das ist ein halbes Steuerprozent, das private Investoren aus dem eigenen Sack risikieren. Das ist Wirtschaftsförderung, und dieser muss man die Türen öffnen. Da tut man etwas für das Schaffhauser Gewerbe. Senken wir den Steuerfuss und fördern wir so ganz pragmatisch die Wirtschaft!"

Peter Wullschleger (CVP) appelliert, beim Antrag des Stadtrates - bei diesem Mittelweg der Senkung des Steuerfusses - zu bleiben. "Ich möchte jetzt auch noch etwas Öl ins ideologische Feuer giessen. Zur Meinung des antizyklischen Investitionsverhaltens gibt es auch abweichende Haltungen."

Es gibt z.B. die Meinung, dass dieses Verhalten gar nicht so gut sei, weil dadurch Strukturanpassungen, welche letztlich notwendig sind, verhindert werden, und dass dann das Ganze zeitlich verzögert um so schlimmer kommt. Das muss man irgendwann auch zur Kenntnis nehmen."

Stadträtin Veronika Heller: "Es war nicht ganz einfach, im Stadtrat beim Budget inklusive Steuerfuss einen Konsens zu finden. Es war auch in der GPK nicht ganz selbstverständlich, dass wir es zustande gebracht haben, einen Konsens zu finden. Deshalb ersuche ich Sie eindringlich, beim beantragten Steuerfuss von 108 % zu bleiben."

Esther Bänziger (SP) vertritt die Ansicht, dass viele Leute bezüglich Steuern die Rechnung nie ganz machen; insbesondere dann, wenn Vergleiche mit den Zürcher Gemeinden angestellt werden (Stichworte z.G. von SH: günstige Mietzinsen, niedrige Landpreise, gut ausgebauter öffentlicher Verkehr, kein Zweitauto notwendig usw.). "Die SP ist nicht grundsätzlich gegen Steuersenkungen. Der Staat muss nicht alles finanzieren. Aber er ist verantwortlich für gute Schulen, für ein gutes Gesundheitswesen, für ein gutes Polizeiwesen im Interesse der Sicherheit der BürgerInnen usw.. Das möchten wir kommunizieren. Wir haben vor einem Jahr die Interpellation behandelt: "Verlotterte Gebäude sind auch Schulden." Heute haben wir es wieder gehört und wir wissen es auch alle, dass wir sträflich viel zu wenig Geld für den Gebäudeunterhalt ausgeben. Dies ist alles nur aufgeschoben. Die sanierungsbedürftigen Gebäude sind da, und deren Zustand wird immer schlechter. Wir müssen diese Liegenschaften einmal sanieren; dies wird immer teurer. Aus diesem Grund und weil eine Steuerfussenkung auf die einzelnen Steuerzahlenden bezogen eh so wenig bringt, finde ich auch, dass es richtig ist, den Steuerfuss bei 109 % zu belassen. Wir müssen das auch kommunizieren, dass wir dieses Geld für vernachlässigte Unterhaltsarbeiten städtischer Liegenschaften einsetzen wollen."

Das Budget 03 wurde vom Stadtrat im Sommer verabschiedet. Seither hat sich einiges verändert - auch in Bezug auf die Arbeitsmarktsituation. Es ist ein deutliches Ansteigen der Arbeitslosenzahlen zu vermerken. Auch qualifizierte Leute haben es nicht mehr so leicht, eine Stelle zu finden. Unter diesen Aspekten können wir heute unsere Meinung ändern."

Peter Kämpfer (SP) nimmt Bezug auf das Votum von Raphaël Rohner. Er räumt ein, dass Diskussionen über den Steuerfuss eine ideologische Komponente beinhalten; dies sei jedoch auf beiden Seiten der Fall. P. Kämpfer zweifelt an der viel zitierten Signalwirkung dieser bescheidenen Steuerfussenkung. Andererseits befürchtet er, dass man angesichts der wirtschaftlich unerfreulichen Situation dann in einem Jahr den Steuerfuss wieder erhöhen muss. Der Votant unterstreicht weiter die bescheidene Steuerermässigung in Franken je Familie, wenn man diese dem Anstieg bei den Krankenkassenprämien gegenüber stellt.

Peter Kämpfer vertritt die Meinung analog Peter Neukomm und Esther Bänziger, wonach man diese 1 Mio Franken gescheiter für Unterhalt und Investitionen verwenden könnte. "Für die nachhaltige Stabilisierung der städtischen Finanzen macht es mehr Sinn, wenn wir den Steuerfuss jetzt bei 109 % belassen, und diesen bei einer günstigeren konjunkturellen Entwicklung dann etwas reduzieren."

Annina Keller (OeBS) möchte die Diskussion nicht ideologisch vertiefen, sondern aus rationaler Sicht und mit gesundem Menschenverstand zur Frage des Steuerfusses Stellung nehmen. "Wenn ich Paul Bösch unterstütze, geht es mir - Raphaël Rohner - nicht darum, jemandem eine Steuererleichterung zu verwehren. Mir wäre es auch am liebsten, wenn wir heute die Situation hätten wie nach dem 30-jährigen Krieg, wo die Stadt so gut mit den Kriegsversehrten im süddeutschen Raum gewirtschaftet hat, dass man während X Jahren gar keine Steuern bezahlen musste. Heute haben wir eine andere Situation. Als Steuerzahlerin mit kleinem Budget kann ich es nicht verstehen, wie Sie das ideologisch vertreten können, im Budget 2,2 Mio. Defizit zu haben und sich trotzdem eine Steuerfussenkung zu leisten. Rein logisch kann ich das nicht nachvollziehen. Die Wirtschaftsprognosen sind nicht rosig. Wie es schon bei früherer Gelegenheit gesagt wurde, gehen die Leute nicht wegen den Steuern von Schaffhausen weg, sondern weil der luxuriöse Wohnraum fehlt und weil es so schwierig ist, in Schaffhausen sein eigenes Haus zu bauen und zu besitzen. Das ist viel wichtiger als 1 oder 2 Steuerprozent mehr oder weniger. Aus diesem Grund bitte ich Sie: Überlegen Sie rational und machen wir das, was unseren Finanzen am besten tut. Belassen wir den Steuerfuss und investieren diese Million gescheiter, statt ein Zeichen zu setzen, das mehr einer Alibiübung gleichkommt."

Bernhard Egli (OeBS) nimmt Bezug auf das Votum des Stadtpräsidenten bezüglich Verschuldung. "Heute geht es nicht um eine zusätzliche Verschuldung - im Gegenteil. Es geht um die Frage, was man mit diesem einen Prozent Steuerfuss-Senkung - 1 Mio Franken - im Investitionsbereich machen könnte. Wenn man jetzt den Steuerfuss senkt, dann ist er unten. Wir haben gehört, dass man diese 1 Mio Franken gescheiter investieren soll. Für das Budget 2004 hätten wir - wenn wir dem Antrag von P. Bösch folgen, die Ausgangslage Steuerfuss 109 %, was ein Beitrag zur Nichtweiterverschuldung der Stadt wäre."

Kurt Zubler (SP) möchte "die flammenden Voten" von Stadtpräsident Marcel Wenger und Finanzreferentin Veronika Heller aufnehmen. Die Finanzreferentin hat gesagt, dass dieses Budget im heissen August verabschiedet wurde, dass nun aber die Situation völlig anders ist. Stadtpräsident M. Wenger hat auf das antizyklische Verhalten der Stadt hingewiesen, welches zu einer hohen Verschuldung führte und schlecht belohnt wurde. "Der Stadtrat hat uns damit eigentlich die Argumente geliefert, weshalb man den Steuerfuss beibehalten sollte."

Susanne Günter (FDP) hat heute Abend mit Befriedigung vernommen, dass die Bevölkerungszahlen in der Stadt Schaffhausen steigende Tendenz aufweisen und dass auch etliche ältere Leute mit Vermögen in Schaffhausen den Wohnsitz genommen haben. Die Votantin vertritt die Meinung, dass vielleicht auch die Abschaffung der Erbschaftssteuer im Kt. SH vor etlichen Jahren mit dazu beigetragen hat. S. Günter tritt auch für einen gut geführten Staat ein. Sie ist aber der Auffassung, dass man den Leuten auch ein "Zückerchen" geben muss in Form einer moderaten Senkung des Steuerfusses um einen Prozentpunkt auf 108 %. Sie unterstützt daher den Antrag des Stadtrates.

Paul Bösch (OeBS): "Ich habe gemerkt, dass ich ein Feuer angezündet habe, in welches Herr Wullschleger noch Oel gegossen hat. Ich musste auch merken, dass ich Spielverderber bin, der einen gut ausgehandelten Kompromiss aufs Spiel setzt. Ich bin mir bewusst, dass dieser viele Gespräche und die Bereitschaft zum Einlenken beinhaltet. Aber wir sind ein Parlament, welches demokratisch abstimmen kann."

Sie haben auch demokratisch abgestimmt über die Teuerungszulage für die Pensionierten. Mit dem gleichen Recht können wir über den Steuerfuss abstimmen. Ich werde daher meinen Antrag aufrecht erhalten."

SR Veronika Heller zitiert ein Mitglied der GPK, welches bezüglich des Steuerfusses die Frage gestellt hat: "Macht es überhaupt einen Sinn, dass man so viele Energien in dieses eine Steuerprozent investiert?" Die Finanzreferentin bittet den Rat nochmals, den Kompromiss mitzutragen, damit man ab 1. Januar 2003 mit dem Budget 03 arbeiten kann und nicht wieder mit einem Referendum gebremst wird.

Peter Neukomm (SP) meldet sich noch einmal, um sicher zu stellen, dass - falls der Antrag Bösch durchkommt - der Stadtrat seinem Antrag bezüglich Verwendung dieser 1 Mio Franken für Unterhalt und Investitionen Folge leistet. Er ist ferner erstaunt darüber, von der rechten Seite als Ideologe bezeichnet zu werden, wenn er versucht, dem Gewerbe zu Aufträgen zu verhelfen. Schliesslich gibt er dem Rat noch zu bedenken, dass die Stadt 142 Mio Franken Schulden hat. Er wendet sich auch aus diesem Grund gegen Steuergeschenke, welche den Normalverdienenden nichts bringen.

Damit hat sich die Diskussion um den Steuerfuss erschöpft.

Die **Ratspräsidentin** stellt fest, dass ein Antrag von Raphaël Rohner (FDP) auf Abstimmung unter Namensaufruf vorliegt. Sie fragt daher, wer die Abstimmung unter Namensaufruf wünscht. Das nötige Quorum von 10 Stimmen (gemäss § 47 der Geschäftsordnung des GrSR) wird erreicht.

ABSTIMMUNG unter Namensaufruf

Der Grosse Stadtrat beschliesst mit 29 : 17 Stimmen bei 3 Enthaltungen, dem Antrag des SR zu folgen und den Gemeindesteuerfuss auf 108 % festzusetzen.

Die Namensliste liegt dem Protokoll bei.

Ernst Spengler, 1. Vizepräsident fährt fort in der Verlesung der bereinigten Anträge des SR.

3. Die folgenden Ausgaben werden gemäss Art. 11 lit. d der Stadtverfassung einzeln dem fakultativen Referendum unterstellt: Fr.

Wiederkehrende Ausgaben der laufenden Rechnung:

3480.365.303	Stiftung Sporthalle Schweizersbild Schaffhausen, Beitrag an die Betriebskosten	60'000.-
5490.365.514	Beitrag an Mittagstisch Bocksriet	30'000.-
5490.365.514	Beitrag an Mittagstisch Breite	30'000.-
5490.365.514	Beitrag an Mittagstisch Zündelgut	30'000.-
8400.365.915	Beitrag an Verein "SH total" für Bereitstellung der Infrastruktur Wohnortmarketing	30'000.--

Einmalige Beiträge der Investitionsrechnung:

341.500.302	Schweizersbild; 3. Rasenspielfeld	400'000.-
620.501.615	Dorfkern Herblingen, Verkehrsberuhigungen	350'000.-

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

4. Der Stadtrat wird ermächtigt, die im Jahre 2003 benötigten fremden Mittel zu beschaffen.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst den Voranschlag 2003 der Einwohnergemeinde SH bzw. die bereinigten Anträge der GPK einschliesslich den Leistungsauftrag/ Globalbudget 2003 der 5 Pilotabteilungen in der Schlussabstimmung mit 44 : 0 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Die **Ratspräsidentin** gibt zum Schluss noch bekannt, dass das Büro beschlossen hat, die erste Sitzung im neuen Jahr, d.h. am **Dienstag, 14. Januar 2003** angesichts der pendenten Geschäfte als **Doppelsitzung, Beginn 16.00 Uhr** abzuhalten.

An dieser Stelle schliesst die Ratspräsidentin die Sitzung.

Der Ratssekretär:

René Gisler

Nächste Ratssitzung: Dienstag, 17. Dez. 2002

**Ergebnis Abstimmung unter Namensaufruf vom 10. Dez. 2002
bzgl. Teuerungszulage für Pensionierte
JA NEIN**

Amsler Dieter		
Amstad Rolf		
Bächtold Andres		
Bächtold Christian		
Bänziger Esther		
Bösch Paul		
Brambrink Theres		
Cadario Alfons		
Derksen Theresia		
Deppe Jakob		
Distel Herbert	abwesend	
Egli Bernhard		
Eichenberger Iren		
Ertogrul Mehmet		
Eugster Josef		
Freivogel Susanna		
Gründler Ernst		
Günter Susanne		
Hablützel Christian		
Hauser Thomas	Enthaltung	
Hefti Wilhelm		
Hotz Walter		
Huber Hans Peter		
Ith Hans		
Käppler Peter		
Keller Annina		
Keller Mariann		
Meier Hanspeter		
Meister Christian		
Mittler Edgar		
Möller Peter		
Neukomm Peter		
Neukomm Thomas		
Oechslin Brigitte		
Palaz Hüseyin		
Rohner Raphaël		
Schlatter Stephan		
Schlatter Werner		
Schmidig Rainer		
Schöttle Roland		
Spengler Ernst		
Stutz Verena		
Sutter Erwin		
Tanner Urs		
Walch Gertrud		
Winzeler Lotti		
Wullschleger Peter		
Zehnder Edgar		
Zollinger Alfred		
Zubler Kurt		

Resultat: 28 Ja, 20 Nein, 1 Enthaltung

**Ergebnis Abstimmung unter Namensaufruf vom 10. Dez. 2002
bzgl. Steuerfuss 2003**
108 % 109%

Amsler Dieter		
Amstad Rolf		
Bächtold Andres	Enthaltung	
Bächtold Christian		
Bänziger Esther		
Bösch Paul		
Brambrink Theres		
Cadario Alfons		
Derksen Theresia		
Deppe Jakob	Enthaltung	

Distel Herbert	abwesend	
----------------	----------	--

Egli Bernhard		
Eichenberger Iren		
Ertogrul Mehmet		
Eugster Josef		
Freivogel Susanna		
Gründler Ernst		
Günter Susanne		
Hablützel Christian		
Hauser Thomas		

Hefti Wilhelm		
Hotz Walter		
Huber Hans Peter		
Ith Hans		
Käppler Peter		
Keller Annina		
Keller Mariann		
Meier Hanspeter		
Meister Christian		
Mittler Edgar		

Möller Peter		
Neukomm Peter		
Neukomm Thomas		
Oechslin Brigitte	Enthaltung	
Palaz Hüseyin		
Rohner Raphaël		
Schlatter Stephan		
Schlatter Werner		
Schmidig Rainer		
Schöttle Roland		

Spengler Ernst		
Stutz Verena		
Sutter Erwin		
Tanner Urs		
Walch Gertrud		
Winzeler Lotti		
Wullschleger Peter		
Zehnder Edgar		
Zollinger Alfred		
Zubler Kurt		

Resultat: 108% 29 Stimmen, 109% 17 Stimmen, 3 Enthaltungen